POLITISCHES ARCHIV

8. JAHR 20. JANUAR 1953 2. FOLGE

Probleme der Französischen Union

Zweiter Teil: Indochina

Von Professor Raymond-Jean Guiton, Paris

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung vor dem Zweiten Weltkrieg

Die Staaten Indochinas

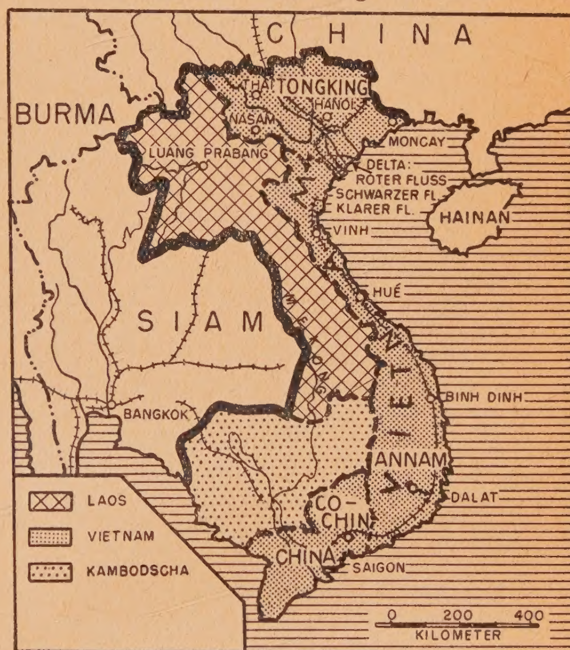
Während der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts[1] wurden die Königreiche Laos und Kambodscha sowie das Kaiserreich Annam dem französischen Kolonialreich angegliedert. Sie wurden zu dem verwaltungsrechtlichen Gebilde des „Gouvernement Général de l'Union Indochinoise" vereinigt. Die Königreiche, die nur unter französischer Schutzherrschaft standen, behielten ihre Struktur weitgehend bei. Das annamitische Kaiserreich hingegen wurde aufgeteilt. Schon 1861 war sein südlicher Teil abgetrennt worden und unter dem Namen Cochinchina als Kolonie in unmittelbare französische Verwaltung übergegangen. Der mittlere Teil (Annam[2]) und der nördliche Teil (Tongking) wurden erst 1883 beziehungsweise 1884 ähnlich wie Laos und Kambodscha zu Protektoraten erklärt.

Nach einem halben Jahrhundert innerer Befriedung und wirtschaftlichen Aufblühens leitete der Zweite Weltkrieg eine Aera erbitterter Kämpfe und grundlegender Umwälzungen ein, deren Ende heute noch nicht abzusehen ist[3]. Als Fazit dieser Entwicklung können vorerst nur die Wiedervereinigung des Vietnams, die sich im wesentlichen aus den Vereinbarungen vom 5. Juni 1948[4] ergab, und die Umwandlung von Vietnam, Laos und Kambodscha in drei souveräne, mit der Französischen Republik im Rahmen der Französischen Union freiwillig assoziierte Staaten[5] angeführt werden.

Mit 175 000 Quadratkilometern und 3 050 000 Einwohnern ist *Kambodscha* eine konstitutionelle Monarchie, deren Institutionen denjenigen Frankreichs nachgebildet sind. Sein König besitzt ähnliche Befugnisse wie das Oberhaupt der Französischen Republik. Er beruft den Ministerpräsidenten, der mit dem ganzen Kabinett einer alle vier Jahre neugewählten Nationalversammlung verantwortlich ist. Die Nationalversammlung geht aus direkten Wahlen hervor. Der Königsrat stellt als Oberhaus eine Parallele zu dem französischen Rat der Republik dar, mit dem Unterschied allerdings, daß nicht die lokale Selbstverwaltung dessen Mitglieder bestimmt, sondern zum Teil der König, zum Teil die Nationalversammlung und im übrigen die beruflichen Organisationen. Kambodscha ist in sieben Provinzen aufgeteilt. Jeder Provinz steht ein Vertreter der Exekutive vor.

Laos, das mit 231 000 Quadratkilometern 1 020 000 Einwohner aufweist, ist ebenfalls eine konstitutionelle Monarchie. Seinem König stehen jedoch größere Machtbefugnisse zu als in Kambodscha. Die Nationalversammlung, die alle vier Jahre neu gewählt wird, kann ausschließlich in Verfassungsfragen, bei der Verabschiedung des Staatshaushalts und der Ausschreibung von Anleihen verbindliche Entscheidungen treffen. Auf allen übrigen Gebieten der Gesetzgebung wirkt sie nur konsultativ mit, sofern der Ministerrat ihre Beratung in Anspruch nimmt. Auch der Königsrat übt eine beratende Funktion aus. Er setzt sich aus neun Mitgliedern zusammen, die alle vier Jahre neu ernannt werden, und zwar sechs durch den König und drei durch die Nationalversammlung.

Die staatliche Gliederung Indochinas



Die Errichtung der französischen Schutzherrschaft hatte Laos und Kambodscha vor der Eroberung durch den Vietnam gerettet. Der *Vietnam* umfaßt 330 000 Quadratkilometer und zählt 19 Millionen Einwohner. Er ist reicher und steht kulturell höher als die benachbarten Königreiche[6]. Seit seiner Wiedervereinigung ist er in drei Provinzen aufgeteilt: Nord-, Mittel- und Südvietnam. Der Bürgerkrieg verhinderte bisher die Einführung parlamentarischer Institutionen. Erst nach dessen Beendigung soll das vietnamesische Volk entscheiden, ob es eine konstitutionelle Monarchie oder eine Demokratie vorzieht.

Auf die Zweigleisigkeit zwischen den Institutionen der Französischen Union und denen der Französischen Republik wurde schon hingewiesen[7]. In die Versammlung der Französischen Union entsendet der Vietnam 19 Abgeordnete, Kambodscha und Laos je 3. Sie werden durch ihre jeweiligen Regierungen im Hohen Rat der Union vertreten. Gleichzeitig ist aber auf der Ebene der Republik für die Assoziierten Staaten Indochinas ein besonderes Ministerium zuständig. Kommissare vertreten die Republik bei den einzelnen Staaten[8].

Hauptcharakterzüge der französischen Kolonisation in Indochina

Das vietnamesische Volk war aus China gekommen. Es hatte jedoch schon 938 die chinesische Vorherrschaft abgeschüttelt und es seither verstanden, dem chinesischen Expansionsdrang einen Riegel vorzuschieben. Die Geschenke, die der Kaiser von Annam (Vietnam) dem Kaiser von China regelmäßig überreichen ließ, galten nicht dem Lehnsherrn, sondern dem Oberhaupt der gemeinsamen Kultur- und Glaubenswelt. Vom 17. Jahrhundert an waren die Provinzen Tongking und Cochinchina besonders stark am fernöstlichen Handel beteiligt. Japaner und Chinesen spielten allerdings im Geschäftsleben des Vietnams eine bedeutende Rolle; die Einheimischen beschränkten sich im allgemeinen auf die Landwirtschaft. Auch Portugiesen, Holländer, Engländer und Franzosen hatten sich im Vietnam niedergelassen. Sie verbanden den Handel mit der Missionstätigkeit. Gegen Mitte des 18. Jahrhunderts wurde allein in Tongking die Zahl der Christen auf 300 000 geschätzt.

Die Indochinesische Union wurde 1886 gegründet. Sie hatte die Errichtung des Generalgouvernements zur Folge, das aus drei Gründen einen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Halbinsel ausübte:

a) Es schuf die Grundlage zu deren wirtschaftlicher Erschließung.

b) Da der Generalgouverneur ausschließlich dem Kolonialminister verantwortlich war, bildete es eine Mittelinstanz, die eine Verständigung zwischen den indochinesischen Völkern und Frankreich erschwerte.

c) Die dadurch erreichte Zentralisation täuschte eine nicht vorhandene Einheit Indochinas vor. Für die Vietnamesen schien das Generalgouvernement dazu bestimmt, die Aufteilung ihres Landes zu verewigen, zumal die Sonderbehandlung Cochinchinas die Absicht unterstrich, die der Spaltung des Vietnams zugrundelag[9]. Das Generalgouvernement war es in erster Linie, das unter dem Einfluß der Kolonisten sowie zur Verteidigung seiner eigenen Position das rechtzeitige Zustandekommen von Liberalisierungsmaßnahmen verhinderte, die vielleicht ohne Krieg die Umwandlung des überlieferten Statutes in eine Partnerschaft auf der Basis der Gleichberechtigung zwischen Frankreich und den einheimischen Völkern erlaubt hätten.

Die wirtschaftliche Erschließung Indochinas wurde 1897 von Paul *Doumer*, dem damaligen Generalgouverneur und späteren Präsidenten der Französischen Republik, eingeleitet[10]. Mit *Galliéni* auf Madagaskar und *Liautey* in Marokko gehört Doumer zu den hervorragendsten Persönlichkeiten der französischen Kolonialpolitik. Er schuf einen gesamtindochinesischen Haushalt, der die Finanzierung öffentlicher Arbeiten erlaubte. Mit der Unterstützung der Banque de l'Indochine, die vom wirtschaftlichen Aufstieg Indochinas nicht wegzudenken ist, wurden in Cochinchina besonders die Landwirtschaft und in Tongking die Industrie entwickelt[11]. Von 380 000 Hektar im Jahre 1866 wurde in Cochinchina die Reisanbaufläche bis 1938 auf 2 650 000 Hektar ausgedehnt. Die Erzeugung von Rohgummi, die erst 1900 anfing, ermöglichte vor dem Zweiten Weltkrieg im Durchschnitt eine Jahresausfuhr von 60 000 Tonnen, die den französischen Bedarf annähernd deckte[12]. Das Eisenbahnnetz erstreckte sich auf 3400 km, wovon 2950 zwischen 1900 und 1918 im Rahmen des Doumer-Plans angelegt worden waren. Während 1912 nur 1000 km der vorhandenen Straßen für den Kraftfahrzeugverkehr benutzt werden konnten, waren es 1938 27 500 km. Vor dem Zweiten Weltkrieg hatte der Hafen von Saigon einen Jahresumschlag von 2,5 Millionen Tonnen, der von Haiphong 1,6 Tonnen und der von Hongay-Campha 1,5 Tonnen.

Im Jahre 1931 wurde das Sozialprodukt Gesamtindochinas auf 750 Millionen Piaster geschätzt (1 Piaster = 10 ffrs in der damaligen Währung) und 1937 auf 1014 Millionen. Der Vietnam allein war 1931 mit 650 Millionen Piaster am gesamten Sozialprodukt beteiligt. Im selben Jahre betrugen die französischen Investitionen 400 Millionen Piaster gegenüber 2000 Millionen seitens der einheimischen Bevölkerung. Dieses Verhältnis zeigt, wie groß das Interesse des vietnamesischen Kapitals an der französischen Kolonisation war[13].

Der Aufstieg Indochinas vor dem Zweiten Weltkrieg ähnelt demjenigen Marokkos seit 1940. Es wird allgemein anerkannt, daß die wirtschaftliche Erschließung Indochinas alle anderen kolonialen Leistungen

Frankreichs in den Schatten stellt. Zur politischen Beurteilung dieses Erfolgs müssen jedoch zwei Fragen beantwortet werden:

a) Wem nutzte die Hochkonjunktur?
b) War und ist Frankreich auf Grund seiner Leistungen berechtigt, an Indochina Forderungen zu stellen, die über das hinausgehen, was es sonst im Ausland für seine Beteiligung an der Durchführung wirtschaftlicher Projekte verlangen darf[14]?

Die Konzession von bislang nicht bewirtschaftetem Ackerboden kam in erster Linie den vermögenden vietnamesischen Familien zugute. Im Jahre 1938 besaßen französische Kolonisten in Cochinchina 334 000 Hektar, während der vietnamesische Großgrundbesitz in dieser Provinz 2 262 000 Hektar betrug[15]. Dieser ließ aber seine Güter durch zahllose kleine Pächter, die ta-dien, bewirtschaften, die sich zu einem landwirtschaftlichen Proletariat entwickelten. Aus einer Untersuchung, die 1934 durch die gewerbliche Vereinigung der Reisexporteure durchgeführt wurde, geht hervor, daß vom Erlös des Reisverkaufs die Landwirtschaft 76 Prozent erhielt, während die restlichen 24 Prozent für die Handelsspannen, die Frachtkosten und die Steuer in Anspruch genommen wurden. Von diesen 76 Prozent kam aber den Pächtern knapp die Hälfte zugute. Bei der Zersplitterung der Pachtverhältnisse verdiente der ta-dien somit nicht genug, um über die primitivsten Lebensbedingungen hinauszukommen.

Besonders seit der Einführung des *Kirchertarifs* im Jahre 1928 war eine restlose Eingliederung Indochinas ins französische Zollgebiet vollzogen worden. Dies hatte zur Folge, daß sowohl die indochinesischen Erzeugnisse auf dem französischen Markt als auch französische Waren in Indochina vor jeder ausländischen Konkurrenz wirksam geschützt wurden. Zwischen Frankreich und Indochina wies die Handelsbilanz nur ein leichtes Defizit zu Lasten Indochinas auf. Es wurde aber festgestellt, daß rund die Hälfte der französischen Konsumgüterausfuhr nach Indochina von der kleinen vermögenden Oberschicht aufgenommen wurde; wegen ihrer unzulänglichen Kaufkraft vermochten 90 Prozent der Bevölkerung nicht mehr als die andere Hälfte der französischen Ausfuhr für sich in Anspruch zu nehmen[16].

An Erwerbstätigen befanden sich 1931 in Indochina 13 400 Europäer, 9000 Angehörige der reichen einheimischen Oberschicht, 920 000 der mittleren und 9 600 000 der unteren sozialen Kategorie. Auf den einzelnen erwerbstätigen Europäer entfiel im Durchschnitt ein Jahreseinkommen von 5000 Piaster; auf den Angehörigen der reichen einheimischen Oberschicht eines von 6000 Piaster, während die mittlere Schicht sich mit 168 und die untere Schicht mit 49 Piaster zufriedengeben mußten. In Cochinchina hatten sich die sozialen Unterschiede noch mehr vertieft: Die Europäer und die reichen Einheimischen durften zusammen 53 Prozent des gesamten Sozialproduktes für sich in Anspruch nehmen[17].

Das Steueraufkommen diente unter anderem zur Finanzierung der öffentlichen Arbeiten, die den wirtschaftlichen Aufstieg Indochinas ermöglichten. Es nutzte also den europäischen und einheimischen Finanz- und Unternehmerkreisen. An diesem Steueraufkommen waren aber die französischen Unternehmen verhältnismäßig wenig beteiligt, weil sie Privilegien genossen. Besonders bei den direkten Steuern ruhte die Last auf der einheimischen Bevölkerung, und zwar auf der ärmeren Schicht, die namentlich durch die Kopfsteuer relativ stärker herangezogen wurde als die wohlhabenden Kreise.

Derartige Einzelheiten vermögen nur Schlaglichter auf die sozialen Verhältnisse in Indochina zu werfen. Trotzdem lassen sie eine Antwort auf die Frage zu, wem die wirtschaftliche Erschließung des Landes genutzt hat. Der wirtschaftlich schwächere Teil der einheimischen Bevölkerung scheint keine nennenswerte Hebung seines Lebensstandards erzielt zu haben. Die Lebensbedingungen der Stadt- und Landarbeiterschaft haben sich innerhalb eines halben Jahrhunderts nicht merklich gebessert. Darum hat man auch von gemäßigter Seite die Frage aufwerfen dürfen, inwiefern die wirtschaftliche Erschließung Indochinas zur Errichtung einer technischen Welt geführt habe, an der fast ausschließlich die Europäer und die einheimischen Kapitalisten teilnehmen, während insbesondere der ta-dien nach wie vor unter armseligen Umständen und auf unverändert patriarchalische Weise seinen Acker umgräbt[18].

Der Vorwurf, die wirtschaftliche Expansion mit einer sozialen Reaktion verbunden zu haben, trifft sowohl die französische Kolonisation als auch die vietnamesische Führungsschicht. Er hat seit 1930 den Kommunisten eine günstige Gelegenheit geboten, das im ganzen Volk vorhandene Nationalbewußtsein mit radikalen sozialen Forderungen zu verquicken[19]. Ist demnach die Behauptung richtig, die französische Kolonisation wäre einer glatten Ausbeutung gleichgekommen? Gewiß, auf die Dauer waren gewisse Sonderrechte nicht mehr zu rechtfertigen. Die Aera der Pioniere war zu Ende. Es darf jedoch angenommen werden, daß die Erschließung Indochinas, die nach den unerläßlichen sozialen Reformen dem ganzen vietnamesischen Volk zugute kommen kann, nicht möglich gewesen wäre, wenn Frankreich oder eine andere europäische Macht sie nicht mit der erforderlichen Autorität vorangetrieben hätte. Nicht die Kolonisation als solche verdient Tadel, sondern ein gewisser Mißbrauch der französischen Position in Indochina durch einzelne französische und einheimische Persönlichkeiten zum Nutzen von Sonderinteressen — und die unzulängliche Berücksichtigung der sozialen Belange des vietnamesischen Volkes durch die französische Verwaltung.

Frankreich hat auch nicht rechtzeitig begriffen, daß es den kulturellen und politischen Forderungen des vietnamesischen Volkes entgegenkommen müßte. Es hat den Vietnam bestenfalls französieren wollen, statt ihm bei der Anpassung seiner Lebens- und Gesellschaftsform an die modernen Verhältnisse behilflich zu sein[20]. Frankreich hat es an einer gewissen Großzügigkeit fehlen lassen und sich dadurch in ein ungünstiges Licht gesetzt. Die untere Bürokratie hat allzu oft vor dem vietnamesischen Volk Frankreich vertreten.

Die Leistungen der französischen Kolonisation würde man dennoch nicht ausreichend würdigen, wenn man nicht auch hervorheben würde, daß bis zum Zweiten Weltkrieg der Einzelne — auch der armseligste Pächter — eine Sicherheit gekannt hat wie nie zuvor. Die Kolonisation hat eine bedeutende Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse erzielt. Die Säuglingssterblichkeit beispielsweise, die noch 1925 in Hanoi 44 Prozent betragen hatte, war 1938 auf 19 Prozent gesunken. Im Jahre 1937 besuchten 414 729 vietnamesische Kinder die Volks- und Mittelschule[21]. Besonders wichtig für die Fortentwicklung des Vietnams war die Tatsache, daß eine Elite von Gymnasiasten und Studenten in Frankreich selbst den gleichen Unterricht genoß wie ihre weißen Mitschüler. Es ist bekannt, daß heute auf der Seite des kommunistischen Vietminh Wirtschaftswissenschaftler und nicht zuletzt ehemalige Angehörige der Ecole Polytechnique stehen. Trotz ihrer systematischen Bemühungen vermögen die Vietnamesen heute noch nicht, die aus der modernen Kultur gewonnenen Begriffe in ihrer Muttersprache auszudrücken. Sie sind gezwungen, auf die französische Sprache zurückzugreifen. Der Vietminh selbst erkennt diese Dankesschuld an. Als er nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges die Straßen der vietnamesischen Städte umbenannte, ließ er die Namen der Forscher und Praktiker des Institut Pasteur unangetastet.

Zusammenarbeit und Widerstände vor dem Zweiten Weltkrieg

Die Befriedung des Vietnams wurde erst 1896 erreicht. Hauptmann *Gosselin,* der die Geschichte der Landnahme geschrieben hat, berichtet: „Wir sahen uns einem Volk gegenüber, das von den Bergen des oberen Tongking bis zu der Grenze Kambodschas sowohl in ethnischer als auch in politischer und sozialer Hinsicht die denkbar größte Einheit aufwies."

Nachdem die vietnamesischen Souveränitätsrechte im diplomatischen und militärischen Bereich durch die Protektoratsverträge auf Frankreich übertragen worden waren, wurden die Befugnisse des Kaisers auch im Innern immer mehr eingeschränkt. Das Generalgouvernement war bestrebt, Annam und Tongking der französischen Verwaltung ebenso unmittelbar zu unterstellen wie die Kolonie Cochinchina. Diese Gleichschaltung wurde durch die zunehmende Schwäche der Krone begünstigt. Als 1925 der zwölfjährige *Bao-Dai* den Kaiserthron bestieg, gingen die letzten im Zuständigkeitsbereich des Kaisers und seines Kabinetts liegenden Ressorts auf das Generalgouvernement über. Bao-Dai versuchte im Jahre 1933, die Führung der Geschäfte persönlich zu übernehmen und dem Vietnam eine parlamentarische Verfassung zu geben, der die oppositionelle Intelligenz hätte zustimmen können. Seine Bemühungen scheiterten jedoch schon innerhalb eines einzigen Jahres, nicht zuletzt an dem mehr oder weniger getarnten Widerstand hoher französischer Beamter, die dem jungen Kaiser als Berater und Zensoren beigegeben worden waren. Am 11. Oktober 1933 faßte André *Malraux,* der infolge seiner politischen Tätigkeit in Indochina und China zu den gründlichsten Kennern der ostasiatischen Probleme gehört, die Situation mit den Worten zusammen: „Man kann sich kaum vorstellen, daß ein mutiger Vietnamese kein Revolutionär wäre."

Nach der Landnahme war innerhalb der gebildeten Schicht eine Spaltung eingetreten. Die einen hatten die Krone der Kollaboration mit Frankreich beschuldigt; sie waren nach China und Japan ausgewandert, um von dort aus die Voraussetzungen zum Widerstand und zur nationalen Erneuerung zu schaffen. Mit der Zeit hatten sie jedoch immer mehr von ihrer Bedeutung eingebüßt, zumal sie unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg von Japan und China, die freundschaftliche Beziehungen zu Frankreich unterhielten, keine wirksame Unterstützung mehr bekommen konnten. Andere hatten es vorgezogen, die Krone weiterhin als den Mittelpunkt der nationalen Erneuerung zu betrachten. Sie vertraten die Ansicht, daß der Vietnam zuerst bei Frankreich in die Schule gehen müßte und Frankreich zu gegebener Zeit in die Umwandlung des Abhängigkeitsverhältnisses in eine freie Partnerschaft einwilligen würde. Sie stellten die Ingenieure, Juristen, Beamten und Aerzte, ohne deren Mitarbeit Frankreich seine kolonialen Aufgaben nicht erfüllt hätte. Neben ihnen entwickelte sich übrigens bald eine Oligarchie der Bank, der Industrie und des Großgrundbesitzes, deren Interessen einer möglichst engen Annäherung an Frankreich galten, solange sie sich nicht für fähig und mächtig genug hielt, Frankreich abzulösen.

Als Generalgouverneur hatte Albert *Sarraut,* der von 1911 bis 1919 in Indochina blieb und heute Präsident der Versammlung der Französischen Union ist, eine Liberalisierung der Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vietnam angestrebt. Er hatte die Beendigung der im Rahmen des Doumer-Plans unternommenen Arbeiten mit politischen Versprechungen verbunden, die leider von seinen Nachfolgern nicht eingelöst wurden. Erst 1924, nachdem in Frankreich die Koalition der Liberalen und der Sozialisten bei den Wahlen den Sieg davongetragen

hatte, waren Reformen durch Generalgouverneur *Varenne* eingeleitet worden. Die Vietnamesen sollten eine selbständige, von ihnen unmittelbar gewählte Lokalverwaltung erhalten. Den vietnamesischen Beamten sollte im Vergleich zu ihren französischen Kollegen eine gewisse Gleichberechtigung eingeräumt werden. Varenne wurde jedoch abberufen. Die angekündigten und vorbereiteten Maßnahmen wurden nicht durchgeführt[22].

In Cochinchina hatte Frankreich schon 1880 eine liberale Fassade errichtet. Ein Kolonialrat war gebildet worden, der in der späteren Zeit dank der Querverbindungen, die er zu den politischen Kreisen in Paris unterhielt, dem Generalgouvernement die Waage hielt. Im Jahre 1897 waren jedoch in ganz Cochinchina knapp 2000 Wähler vorhanden, davon 1500 Beamte[23]. Nur die Kolonisten, die französischen Beamten und die Vietnamesen, welche die französische Staatsbürgerschaft erhalten hatten, durften sich an den Wahlen zum Kolonialrat beteiligen. Im Jahre 1937 hatten im ganzen Vietnam nur 2555 Einheimische die französische Staatsbürgerschaft bekommen, davon drei Fünftel in Cochinchina, wo die Zahl der Wahlberechtigten im Verlauf von 40 Jahren folglich nicht merklich angestiegen war. Diese Zahl lag erheblich unter derjenigen der Vietnamesen, die der kapitalkräftigen Oberschicht angehörten und die wirtschaftliche Erschließung mitfinanzierten — ein Umstand, der die Vorbehalte dieser Schicht der französischen Herrschaft gegenüber begreiflich macht.

Seit 1926 hatten die Vietnamesen bei gleichen Titeln gleichberechtigten Zugang zu den Aemtern erhalten. Im Vergleich zu den französischen Beamten waren sie jedoch stark benachteiligt geblieben. Ein vietnamesischer Provinzgouverneur bekam 1930 ein Monatsgehalt von 300 Piaster; dagegen verdiente ein französischer Polizist in Hanoi in unterster Stellung schon 350 Piaster[24]. Diese Ungleichheit hatte zur Folge, daß der hohe vietnamesische Beamte auf die Methoden der früheren Feudalherrschaft zurückgriff und den Bauern Zwangsabgaben auferlegte. Im Jahre 1937 waren in Gesamtindochina 4700 französische Zivilbeamte beschäftigt gegenüber 4400 im Jahre 1914. Davon waren nur 400 bis 450 in leitenden Stellungen. Auf den führenden Posten waren die Franzosen zahlreicher als die Vietnamesen, die umgekehrt — mit Ausnahme des Zolls, der Polizei und des Sicherheitsdienstes — die meisten untergeordneten Posten besetzten[25].

Schon zu Beginn des Jahrhunderts hatten Unruhen gezeigt, daß der Vietnam auf die Dauer sich nicht dazu hergeben würde, von Frankreich nur als ein Objekt behandelt zu werden. Der Widerstand, der besonders in Annam unzählige Geheimbünde errichtete, berief sich auf Montesquieu, Voltaire und Rousseau: er bekämpfte die französische Demokratie mit ihren eigenen Waffen, indem er seine Forderungen auf die universale Geltung der von ihr verkündeten Menschenrechte gründete. Einen besonders starken Widerhall hatte die Schrift „Lettre d'Outremer écrite avec du sang", die in Tokio von einem emigrierten Vietnamesen verfaßt worden war. Japans Sieg über Rußland hatte 1908 Unruhen in Cochinchina, in Hanoi und im mittleren Annam ausgelöst. Auch die Errichtung der Republik Kuomintang wirkte sich auf die innenpolitische Lage des Vietnams aus. Sie führte 1913 und 1916 zu Aufständen, die blutig unterdrückt wurden.

Eine Liberalisierung des zwischen dem Vietnam und Frankreich bestehenden Rechtsverhältnisses wurde 1922 und 1930 mit besonderer Prägnanz und Eindringlichkeit von dem Journalisten *Pham Quynh* gefordert[26]. Pham Quynh war kein Gegner Frankreichs. Er hatte aber eine klare Vorstellung von der ethnischen und kulturellen Bedeutung des Vietnams und strebte die verfassungsmäßige Anerkennung der vietnamesischen Gleichberechtigung an. Er stand unter dem Einfluß der Thesen von Maurice *Barrès* und Charles *Maurras,* die im Gegensatz zum demokratischen und aufklärerischen Universalismus das an Rasse und Volk Spezifische hervorgehoben hatten.

Während der zwanziger Jahre hatte die Sowjetunion im Hintergrund der linksgerichteten Koalitionen gestanden, die zusammen mit einer Befreiung des Vietnams eine gewaltsame Aenderung seiner sozialen Struktur anstrebten. Die VNQDD *(Viêt-Nam-Quoc-Dan-Dang)* war eine geheime Organisation, die sich vorwiegend aus Intellektuellen zusammensetzte und für die Errichtung einer sozialistischen Republik eintrat. Sie wurde von der Kuomintang unterstützt. Anfang 1929 verfügte sie über 120 Zellen mit 1500 Mitgliedern. Die Repression, die auf den Aufstand von Yen Bay am 9. und 10. Dezember 1930 folgte, war gegen sie gerichtet. Nachdem die Kommunistische Partei Indochinas im März 1930 in Haiphong gegründet worden war, kam eine „demokratische Front" zwischen ihr und der VNQDD zustande, deren Führer damals schon die Kommunisten *Nguyen-Ai-Quoc, Pham-Van-Dong* und *Vo-Nguyen-Giap* waren[27]. Zu erwähnen ist auch die religiöse Sekte der Caodaisten, die 1938 in Cochinchina über 300 000 Anhänger zählte. Sie war ausgesprochen japanfreundlich[28].

Nachdem in Frankreich die Volksfront 1936 gesiegt hatte, erhielt Cochinchina als Kolonie politische Freiheiten (Presse, Assoziation), die auf die Protektorate nicht ausgedehnt wurden. Cochinchina wurde dadurch zur Zentrale der kommunistischen Umtriebe. Es ist kennzeichnend für die zwischen den nationalen und den sozialen Belangen eingetretene Verquickung, daß im April 1939 bei den Wahlen zum Kolonialrat in Cochinchina die reiche wahlberechtigte Oberschicht selbst zu 80 Prozent ihre Stimmen den Marxisten gab.

Im Jahre 1938 war Kaiser *Bao-Dai* nach Paris ge-

reist. Er hatte den damaligen Kolonialminister, Georges *Mandel,* auf die Unzulänglichkeit der seit den Aufständen von 1930 eingeleiteten Reformen hingewiesen. Die Zuspitzung der internationalen Lage hinderte jedoch den Minister daran, sich näher mit dem Problem zu befassen.

Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen

Als der Zweite Weltkrieg ausbrach, gab die innere Lage des Vietnams keinen besonderen Anlaß zur Besorgnis, obgleich es nicht mehr verkannt werden durfte, daß seine politische und soziale Ordnung ihr Fundament nicht in der Zustimmung des Volkes, sondern in der Macht der Kolonialverwaltung hatte.

Schon Ende 1939 hatten die Japaner vergeblich versucht, den Transit amerikanischen Kriegsmaterials nach den nationalchinesischen Verteidigungszentren zu unterbinden. Am 19. Juni 1940 richteten sie an den damaligen Generalgouverneur, General *Catroux,* ein Ultimatum, das mit der Einstellung dieses Transitverkehrs eine Kontrolle der Grenzübergänge durch japanische Beamte forderte. Am 20. Juni teilte Unterstaatssekretär Sumner *Welles* dem französischen Botschafter in Washington mit, daß die Vereinigten Staaten sich an einem Konflikt mit Japan nicht beteiligen würden, der sich aus der Ablehnung des Ultimatums durch Frankreich ergeben könnte. Am 27. Juni teilte Lord *Halifax* für Großbritannien mit, daß dieses ebenfalls nicht in der Lage wäre, Indochina militärisch zu unterstützen[29]. General Catroux nahm das japanische Ultimatum an. Er präzisierte am 27. Juni in Saigon dem britischen Kommandanten von Singapur, Sir Percy *Noble,* daß Indochina sich nicht von Frankreich lossagen und zur Dissidenz übergehen dürfte, weil er sich am 18. Juni 1940 Japan gegenüber verpflichtet hätte, im pazifischen Raum den status quo aufrechtzuerhalten. Inzwischen hatte ihn jedoch die französische Regierung abberufen, und Admiral *Decoux,* den Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte im Fernen Osten, zu seinem Nachfolger bestimmt. Decoux lehnte die Ernennung ab[30] und wies auf die Gefahren eines Wechsels hin. Unter dem Druck der obersten Leitung der Kriegsmarine mußte er trotzdem den Posten annehmen. Catroux übergab ihm sein Amt am 20. Juli 1940[31].

Die französische Regierung wurde gezwungen, Japan gegenüber eine nachgiebigere Haltung anzunehmen, nachdem Sumner Welles auf das Drängen des französischen Botschafters in Washington erklärt hatte, das Staatsdepartement hätte Verständnis für die schwierige Lage Frankreichs bei seinen Verhandlungen mit Japan und hielte sich nicht für berechtigt, Frankreich einen Vorwurf zu machen, wenn es Japan militärische Zugeständnisse einräumen würde[32]. Mit jedem Zugeständnis erhöhte dann Japan seine Forderungen. Die Vereinbarungen vom 29. Juli 1941 *(Darlan-Kato)* gaben Japan formal das Recht, Indochina als militärische Basis zu benutzen, nachdem es praktisch schon damit begonnen hatte.

Von London aus hatte das unter der Führung von General *de Gaulle* gebildete Komitee „Freies Frankreich" am 8. Dezember 1941 an Japan den Krieg erklärt, obgleich es über keinerlei Truppen und Aktionsmöglichkeiten im Fernen Osten verfügte. Im Oktober 1943 brach dann China die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich ab. Indochina war von allen Seiten bedroht. Trotzdem gelang es Decoux, zumindest bis 1943, den japanischen Einmischungsversuchen in die französische Verwaltung erfolgreich zu begegnen[33]. Nachdem die britische Blockade den Güteraustausch zwischen Indochina und Frankreich unterbunden hatte, blieb Decoux nichts anderes übrig, als im ostasiatischen Raum selbst für die indochinesische Ausfuhr Absatz zu finden und die lebensnotwendigen Güter zu kaufen. Die Folge dieser Zwangslage waren die Handelsvereinbarungen von Mai 1941 mit Tokio. Nach 1943 blieben jedoch die japanischen Gegenlieferungen aus.

Decoux gelang es, die Ordnung im Inneren aufrechtzuerhalten. Seine Aufgabe wurde jedoch dadurch erschwert, daß die Kommunistische Partei am 8. September 1941 die vietnamesische Unabhängigkeitsfront (Vietminh) gründete, die sich auf China und die Vereinigten Staaten stützte, um Indochina „vom französischen und japanischen Faschismus zu befreien". Das Tsin-Tsi-Programm des Vietminh schob den nationalen Befreiungskampf in den Vordergrund und verschwieg die Verbindung mit der Sowjetunion. Den kommunistischen Führern sollte die Zusammenarbeit mit der vietnamesischen Oberschicht, die sich vorstellte, die Nachfolge Frankreichs antreten zu können, erleichtert werden.

Als Gegenspieler von Decoux und Anführer des Vietminh trat während des Krieges ein gewisser *Ho-Chi-Minh* („der Leuchtende") in Erscheinung, von dem erst im Oktober 1943 festgestellt wurde, daß er kein anderer war als *Nguyen-Ai-Quoc,* der Gründer der Kommunistischen Partei Indochinas im Jahre 1930 und selbst prominentes Mitglied der Kommunistischen Partei seit Ende des Ersten Weltkrieges[34]. Nguyen-Ai-Quoc war gegen Ende 1941 von den Chinesen gefangengenommen worden. Er hatte dann in ihren Vorschlag eingewilligt, die chinesische Spionage in Tongking zu leiten und den Vietminh an einer revolutionären Front zu beteiligen, die von *Tschiang-Kai-Schek* kontrolliert und von den zivilen und militärischen Vertretern der Vereinigten

Staaten in China unterstützt wurde[35]. Die Entlarvung von Nguyen-Ai-Quoc war der Zusammenarbeit zu verdanken, die auf Anweisung von Decoux zwischen dem Chef seiner diplomatischen Mission, *de Boisanger*, und den in China mitwirkenden Offizieren der Bewegung „Freies Frankreich" stattfand.

Ende 1943 hatte *Giap*[36] als Mitarbeiter Ho-Chi-Minhs die Vietminhfront für den Guerillakrieg ausgerüstet. Er hatte es erreicht, durch Anwendung von Terror die einheimische Bevölkerung davon zu überzeugen, daß Frankreich sich in Indochina nicht mehr halten könnte. Er machte keinen Unterschied zwischen Decoux und der Bewegung „Freies Frankreich", die in Brazzaville für den Commonwealthgedanken eingetreten war, sich aber dann durch die Erklärung vom 8. Dezember 1943[37] in Algier bemüht hatte, angesichts des bevorstehenden Sieges die Grenzen schärfer hervortreten zu lassen, die dem Selbstbestimmungsrecht der kolonialen Völker gesetzt werden sollten. Die Ausweitung des Guerillakrieges stellte die französische Souveränität in Frage. Die Vorbereitungen für einen Gegenangriff waren von Decoux getroffen worden, als am 9. März 1945 die japanischen Streitkräfte in ganz Indochina die französischen Truppen nach blutigen Kämpfen entwaffneten und internierten. Decoux hatte sich geweigert, sie dem japanischen Oberbefehl zu unterstellen.

Die Provisorische Regierung, die im September 1944 in Paris gebildet worden war, hatte an Hand der von Decoux erteilten Informationen die gefährliche Lage Indochinas erkannt. Decoux hatte aus Paris den Befehl erhalten[38], die Bewegung „Freies Frankreich" im Fernen Osten zu ignorieren und Japan gegenüber auf der Aufrechterhaltung des status quo zu bestehen. Unterdessen sollten von Paris aus Vorbereitungen zur Befreiung Indochinas getroffen werden. Es kam darauf an, daß Frankreich eingriff, bevor von alliierter Seite eine gemischte chinesisch-amerikanische Schutzherrschaft in Indochina errichtet wurde[39].

Durch die Entwaffnung der französischen Truppen und die Internierung von Decoux waren die Japaner den französischen Vorbereitungen zuvorgekommen. Sie forderten den Kaiser *Bao-Dai* auf, eine Regierung zu bilden. Der Kaiser folgte der Aufforderung[40]. Er und seine Mitarbeiter wollten die Zeitspanne bis zur japanischen Niederlage ausnutzen, um die Wiedervereinigung und die Unabhängigkeit des Vietnams durchzusetzen. Der Mangel des vietnamesischen Volkes an politischer Reife, die unzulängliche Autorität der Regierung (die durch die japanische Vormundschaft noch verringert wurde), der Zusammenbruch der Verkehrsmittel und die britische Blockade hatten jedoch Hungersnöte und blutige Unruhen zur Folge. Der Vietminh ordnete am 10. August 1945 (vier Tage nach Hiroshima) den allgemeinen Aufstand an. Bao-Dai dankte am 25. August ab, um die Errichtung einer neuen Regierung auf breiter nationaler Basis zu ermöglichen. Neben *Ho-Chi-Minh* als Präsidenten wies jedoch diese Regierung als führende Persönlichkeiten nur die Kommunisten *Giap* und *Dong* auf. Sie verkündete am 2. September 1945 die Unabhängigkeit des Vietnams[41]. Am 11. September erklärte der Kongreß der Kommunistischen Partei Vietnams: „Die Partei übernimmt die alleinige Führung der Vietminhfront." Bao-Dai gehörte der Regierung unter dem Namen des Bürgers *Vinh Thuy* als oberster Berater an.

Anarchie in Indochina

Der geschichtliche Ablauf der Ereignisse, die sich in Indochina von der japanischen Kapitulation bis zum Frühjahr 1947 zutrugen, wurde in der Nummer vom Februar-März 1947 des Europa-Archivs dargelegt. Es darf daher auf diese Veröffentlichung verwiesen werden. Nur wenige Gesichtspunkte und Tatsachen bedürfen an Hand des seitdem zugänglich gewordenen Materials einer Ergänzung.

Die Provisorische Regierung Frankreichs gab am 24. März 1945 die Richtlinien ihrer zukünftigen Indochina-Politik bekannt. Sie kündigte die Errichtung einer indochinesischen Föderation an, die sich aus fünf Staaten zusammensetzen sollte: Cochinchina, Annam, Tongking, Kambodscha, Laos. An der Spitze der Föderation war eine Regierung unter dem Vorsitz des Generalgouverneurs vorgesehen. Die Minister sollten teils Franzosen, teils Einheimische und nur dem Generalgouverneur verantwortlich sein. Der Regierung sollte eine Kammer beigegeben werden, die sich ebenfalls aus Einheimischen und Weißen zusammensetzen würde, wobei die Vietnamesen jedoch höchstens 50 Prozent der Sitze für sich beanspruchen dürften. Die Befugnisse dieser Kammer würden sich auf die Billigung des Staatshaushalts und auf die Beratung der Gesetzentwürfe beschränken, die ein Staatsrat auszuarbeiten hätte. Welche Reformen auf der Ebene der einzelnen Staaten in Aussicht genommen werden sollten, wurde nicht bekanntgegeben.

Die angekündigten Reformen stimmten bis auf geringe Abweichungen mit dem Plan überein, den Edouard *Daladier* 1930 dem Parlament unterbreitet hatte[42]. Sie standen nicht nur hinter der Charta von Brazzaville zurück, sondern sogar hinter der Erklärung vom 8. Dezember 1943, da sie der Forderung des Vietnams nach nationaler Einheit nicht Rechnung trugen und der versprochenen Selbstbestimmung nicht einmal in den inneren Angelegenheiten Raum ließen. Die Provisorische Regierung war bestrebt, durch eine möglichst baldige Befreiung Indochinas vollendete Tatsachen zu schaffen, die eine Ueberprüfung der Vereinbarungen von Quebec und Yalta und insbesondere der amerikanischen Haltung ermöglichen würden. Dabei übersah sie jedoch, daß sie

ein Kolonialregime alten Stils nicht wiederherstellen und den Vietnam nur dann an Frankreich binden könnte, wenn sie seinen Forderungen entgegenkäme.

Nachdem die Combined Chiefs of Staff in Washington monatelang die Entsendung französischer Truppen nach Indochina aufgeschoben hatten[43], wurde die Provisorische Regierung durch die japanische Kapitulation überrascht. Am 16. August 1945 wurde General *Leclerc* zum Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte in Indochina ernannt und mit den verfügbaren, aus Europa zurückgezogenen Einheiten nach dort entsandt. Am 17. August 1945 wurde Admiral Georges Thierry *d'Argenlieu* zum Hohen Kommissar in Indochina und obersten Befehlshaber sämtlicher französischer Streitkräfte im Fernen Osten bestellt[44]. Die Tatsache, daß General Leclerc dem Admiral untergeordnet war, verdient besondere Beachtung. Leclerc bemühte sich, sobald er die Ruhe wiederhergestellt hatte[45], mit dem Vietminh einen Kompromiß zu erzielen, der zu den Vereinbarungen vom 28. Februar 1946 führte. Seine Politik wurde jedoch durch d'Argenlieu vereitelt, der auf höherer Ebene entgegengesetzte Ziele verfolgte.

Admiral d'Argenlieu war ein ehemaliger Marineoffizier, der vor dem Kriege Karmeliter geworden war. Erst bei Kriegsausbruch war er in den aktiven Dienst zurückgekehrt. Seinen Aufstieg hatte er General *de Gaulle* zu verdanken, dem er vorbehaltlos ergeben war[46]. D'Argenlieu war in keiner Weise auf die Rolle vorbereitet, die er im Fernen Osten zu spielen hatte. Ihm fehlten jedoch nicht allein Kenntnisse und Erfahrung, sondern auch die Gewandtheit und sogar der Wille, Kompromisse zu erreichen. Die demokratischen Regierungen, die nach de Gaulles Rücktritt gebildet wurden, stellten nach seiner Ansicht nur ein Provisorium dar. Er erwartete die Rückkehr des Generals und hielt an dessen Politik fest, ohne sich durch die Weisungen ablenken zu lassen, die aus Paris an ihn gerichtet wurden.

In der ganzen Geschichte der indochinesischen Kolonisation war das Generalgouvernement oder Hohe Kommissariat noch nie mit solcher Wirksamkeit als Schirmwand zwischen der indochinesischen Wirklichkeit und der Pariser Politik in Erscheinung getreten. Die Bemühungen d'Argenlieus galten der Beibehaltung eines besonderen Statutes für Cochinchina, die zugleich privaten französischen Interessen entgegenkommen und der Bildung eines freien vietnamesischen Staates Schach bieten sollte[47]. Durch den Erlaß vom 4. Februar 1946 schuf er für Cochinchina einen Konsultativrat, den er mit der Ausarbeitung einer Verfassung beauftragte. Dieser Konsultativrat setzte sich allerdings aus 4 Franzosen und 8 Vietnamesen zusammen, von denen 7 die französische Staatsbürgerschaft besaßen. Dagegen hatte sich General Leclerc durch die Vereinbarungen, die er am 6. März 1946[48] mit Ho-Chi-Minh traf, im Namen der französischen Regierung verpflichtet, die Wiedervereinigung des Vietnams nicht zu verhindern, sofern ein Volksentscheid in Cochinchina sie fordern sollte. Admiral d'Argenlieu mußte befürchten, daß der Sozialist Marius *Moutet*, der in der Regierung Félix *Gouin* das Kolonialministerium übernommen hatte, der Haltung Leclercs beipflichten würde. Darum ließ er in Frankreich selbst verbreiten, daß Ho-Chi-Minh als Kommunist ein grundsätzlicher und kompromißloser Gegner Frankreichs wäre, daß es eine Utopie wäre, zu erhoffen, daß der Vietnam unter seiner Führung im französischen Staatsverband verbleiben würde — und daß er für das vietnamesische Volk nicht repräsentativ wäre. D'Argenlieu wollte mit diesem Manöver Leclerc diskreditieren und die Unterstützung der Interessen bekommen, die in den rechtsgerichteten Kreisen des Parlaments vertreten waren.

Admiral d'Argenlieu sagte einmal vor der Oeffentlichkeit zu General Valluy vom Stabe Leclercs: „Ich wundere mich, jawohl, General, das ist das richtige Wort, ich wundere mich, daß Frankreich in Indochina über so gut ausgerüstete Truppen verfügt, und daß deren Führer es vorziehen, zu verhandeln statt zu kämpfen." Bei einer anderen Gelegenheit bezeichnete er ebenfalls vor der Oeffentlichkeit die Vereinbarungen vom 6. März 1946 als ein „neues München". Er erreichte, daß die französische Regierung sich auf seinen Standpunkt stellte[49], und versuchte, Zeit zu gewinnen, bis Leclerc Indochina verließ. Auf diese Weise inszenierte er mit dem Einverständnis von Paris die Konferenz von Dalat, die am 17. April 1946 zwischen ihm und Ho-Chi-Minh begann[50]. Eine Einigung über Cochinchina konnte natürlich nicht erzielt werden. D'Argenlieu war es gelungen, die Vereinbarungen vom 6. März, die den Weg zu einer friedlichen Regelung des indochinesischen Problems eröffnet hatten, erneut in Frage zu stellen.

Während Ho-Chi-Minh nach Paris reiste, wie seine Vereinbarungen mit Leclerc es vorsahen, gab d'Argenlieu aus eigener Machtvollkommenheit, ohne von der französischen Regierung dazu ermächtigt worden zu sein, Cochinchina das Statut einer unabhängigen Republik im Verband der indochinesischen Union. Die zu diesem Zweck geschaffenen Institutionen waren natürlich nur eine Fassade, die Macht blieb ungeteilt in französischen Händen. Dann befahl er am 21. Juni 1946, unmittelbar vor dem Beginn der Konferenz von Fontainebleau, den französischen Truppen, auf der Hochebene Südindochinas anzugreifen.

Dem schrittweisen Vorgehen d'Argenlieus um eine Wiederherstellung der vor dem Zweiten Weltkriege herrschenden Verhältnisse stand die Radikalisierung der Vietminhfront unter der Führung von *Giap* gegenüber. Es ist natürlich sehr schwer, über die letzten Absichten *Ho-Chi-Minhs* Stichhaltiges zu

berichten. Die Hypothese, daß er sich nur deswegen gemäßigt und kompromißbereit gezeigt, weil er Giap die konsequente Verfolgung der extremistischen Ziele des Vietminh anvertraut hätte, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Gegen diese Hypothese spricht jedoch die Tatsache, daß nicht nur Leclerc, sondern gründliche Kenner des Vietnams wie Administrator *Sainteny,* Paul *Mus* und Philippe *Devillers,* die Ho-Chi-Minh persönlich gekannt haben, an seinen Verständigungswillen glaubten. Danach hätten die Extremisten d'Argenlieu und Giap über die Gemäßigten gesiegt, die durch Leclerc und Ho-Chi-Minh vertreten waren. Wie dem auch sei: während Ho-Chi-Minh in Paris verhandelte, spitzte sich im Vietnam die Lage immer mehr zu. Seit Dalat zweifelte der Vietminh an der Aufrichtigkeit Frankreichs und war sich über die Absichten des Hohen Kommissars klar geworden.

In Paris versuchte Ho-Chi-Minh, die Unterstützung der Linken zu bekommen. Taktisch mochte es nicht ungeschickt sein, da die Sozialisten sich bereit erklärt hatten, an einer kommunistischen Regierung teilzunehmen. Er sah aber nicht ein, daß das parlamentarische Pendel bei der Linken nicht stillhalten würde — wobei man ihm einräumen muß, daß Frankreich tatsächlich noch nie der Gefahr eines kommunistischen Staatsstreichs so stark ausgesetzt gewesen war wie damals. Ho-Chi-Minh bedachte nicht, daß ein autonom gewordener Vietnam die Hilfe der französischen Finanz- und Geschäftskreise gebraucht hätte. Er nutzte die Möglichkeiten nicht aus, die ihm aus der durchaus positiven Einstellung der Banque d'Indochine hätten erwachsen können.

Während in Fontainebleau verhandelt wurde, eröffnete Admiral d'Argenlieu trotz der gegenteiligen Empfehlungen von Kolonialminister Marius *Moutet* in Dalat am 1. August 1946 eine zweite Konferenz, zu der auch Laos und Kambodscha geladen waren. Sie sollte einer eventuellen Einigung auf Pariser Ebene vorbeugen — und verfehlte ihre Wirkung nicht. In Dalat setzte d'Argenlieu seine Thesen durch, wie es auch nicht anders zu erwarten gewesen war. Er wollte Zeit gewinnen, um militärische Dispositionen zu treffen, die den französischen Truppen die Beseitigung des Vietminh und die völlige Beherrschung Indochinas ermöglicht hätten. Eine Unterstützung erhielt er in Frankreich selbst dadurch, daß in den letzten Augusttagen Edouard *Herriot,* General *de Gaulle* und die MRP *(Mouvement Républicain Populaire)* sich einhellig gegen Zugeständnisse an den Vietnam aussprachen. An der Weigerung Frankreichs, die Einheit und Unabhängigkeit des Vietnams im Rahmen der Französischen Union anzuerkennen, mußte die Konferenz von Fontainebleau scheitern. Nach manchem Zögern erklärte sich Ho-Chi-Minh jedoch bereit, den modus vivendi vom 14. September 1946 zu unterzeichnen[51].

Das Hohe Kommissariat legte den modus vivendi aus, als ob der Vietminh die Zollhoheit der indochinesischen Föderation anerkannt hätte. Diese Auslegung gab Anlaß zu dem Zwischenfall von Haiphong, der sich am 20. November 1946 knapp nach der Rückkehr von Ho-Chi-Minh ereignete. In Haiphong liegen drei Städte nebeneinander: die französische, die chinesische und die vietnamesische. Vietnamesische Soldaten waren in die chinesische Stadt eingedrungen. Das französische Kommando forderte sie auf, die Stadt zu verlassen. Sie ließen jedoch die im Ultimatum vorgesehene Frist unter dem Vorwand verstreichen, daß sie von ihrer vorgesetzten Stelle Instruktionen erhalten müßten. Französische Panzer fuhren auf. Von einer vietnamesischen Barrikade wurde auf sie geschossen. Fünf Minuten später feuerte die französische Artillerie — nicht auf die chinesische Stadt, was diplomatische Verwicklungen ausgelöst hätte — sondern auf die Grenzviertel der vietnamesischen Stadt, die im Ultimatum nicht erwähnt worden waren. Sie war mit Flüchtlingen vollgestopft. Insbesondere eine Flüchtlingskolonne, die von der Kriegsmarine für eine militärische Einheit gehalten worden war, erlitt schwere Verluste. Der Oberkommandierende der französischen Streitkräfte im Fernen Osten schätzte später, daß dieser Irrtum die vietnamesische Bevölkerung etwa 6000 Tote gekostet hätte[52].

D'Argenlieu hatte der französischen Regierung den Zwischenfall von Haiphong als eine Verletzung der im modus vivendi getroffenen Vereinbarungen gemeldet. Er erhielt von ihr Vollmachten, um notfalls mit Gewalt die Einhaltung dieser Vereinbarungen zu erzwingen. Daraufhin richtete er an Giap ein Ultimatum. Zwischen dem Vietminh und d'Argenlieu war die Kraftprobe unvermeidlich geworden.

Ho-Chi-Minh war vielleicht bemüht gewesen, einen offenen Konflikt zu vermeiden. Vielleicht hatte er auch nur Mäßigung vorgetäuscht und Giap insgeheim freie Hand gelassen. Jedenfalls sandte er am 15. Dezember 1946 ein persönliches Telegramm an Léon *Blum,* der schon am 10. Dezember in der Parteizeitung *Le Populaire* für einen Ausgleich mit dem Vietminh eingetreten war. Dieses Telegramm enthielt konkrete Vorschläge zur Vermeidung eines bewaffneten Konfliktes[53]. Léon Blum war am 16. Dezember Ministerpräsident geworden. Das Telegramm von Ho-Chi-Minh wurde jedoch erst am 26. Dezember vom Hohen Kommissariat weitergeleitet, also elf Tage später. Das Hohe Kommissariat wollte sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, zu kämpfen statt zu verhandeln. Ho-Chi-Minh mußte das Ausbleiben einer Antwort als eine Ablehnung auffassen.

Nachdem Ho-Chi-Minh das Telegramm abgesandt hatte, waren mehrere Zwischenfälle eingetreten. Giap führte am 19. Dezember gegen Hanoi eine

militärische Aktion durch, die mit einem Massaker der weißen Bevölkerung endete und eine Verständigung fortan ausschloß. Die Frage, ob Ho-Chi-Minh mit seinem Telegramm nur ein Alibi gesucht hatte oder Giap absichtlich mit dem Massaker die Möglichkeit eines Ausgleichs hatte vereiteln wollen, bleibt offen. Der Krieg war ausgebrochen, ein Krieg, dessen Tragweite Admiral d'Argenlieu offenbar nicht ermessen hatte.

Admiral d'Argenlieu wurde erst am 5. März 1947 durch Emile *Bollaert* ersetzt, nachdem die militärische Lage unter der Führung von General Leclerc sich wieder stabilisiert hatte. Aus Prestigegründen war es nicht möglich erschienen, ihn früher abzuberufen; er selbst wollte nicht zurücktreten. Sein Rücktrittsgesuch, schrieb Léon Blum später[54], wäre Mitte Dezember sofort angenommen worden. Der Historiker, der sich mit diesen Zeiten befaßt, wird sich nur wundern, daß d'Argenlieu nicht schon anläßlich der zweiten Konferenz von Dalat seines Amtes enthoben wurde.

Frankreich überprüft seine Indochina-Politik

Der sozialistische Kolonialminister, Marius *Moutet*, der am 26. Dezember 1946 zu einer Informationsreise in Saigon eingetroffen war, überraschte durch die vorbehaltlose Billigung, die er Admiral d'Argenlieu zuteil werden ließ[55]. Er sprach sich für die Autonomie Cochinchinas aus und ließ die Angebote Ho-Chi-Minhs unbeantwortet, der am 29. Dezember eine Einstellung des Feuers bei Zurückziehung der kämpfenden Truppen auf die Positionen vom 17. Dezember vorgeschlagen und am 1. Januar 1947 um eine Aussprache mit dem Minister gebeten hatte. Weder sein handgeschriebener Brief noch sein Memorandum vom 31. Dezember über die Entwicklung der Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vietnam wurden dem Minister vor dessen Rückflug nach Paris am 8. Januar 1947 ausgehändigt.

Schon am 2. Januar hatte d'Argenlieu in einem an die Pariser Zeitung *France-Soir* gewährten Interview erklärt, Frankreich könne nicht mehr mit Ho-Chi-Minh verhandeln. Vor seinem Rückflug präzisierte der Minister, daß Frankreich nur mit repräsentativen Vertretern des vietnamesischen Volkes eine politische Lösung der Probleme anstreben würde, die sich aus den getroffenen Vereinbarungen ergeben hatten.

Die Folgerichtigkeit der Politik, die d'Argenlieu durch die militärische Beseitigung des Vietminh vorbereitet hatte, geht aus den Ausführungen hervor, die in der Note Nr. 9 seines Beraters Léon *Pignon* (4. Januar 1947) enthalten sind. In dieser Note heißt es unter anderem: „Die Massen vom Vietminh zu trennen, dürfen wir zur Zeit nur dann hoffen, wenn wir durch Wort und Tat zeigen, daß die nationale Idee von uns nicht in Frage gestellt wird. Die Vereinbarungen vom 6. März müssen, sofern sie den Vietnam als einen freien, echte innere Souveränität genießenden Staat anerkannt haben, von uns immer noch als gültig angesehen werden ... Unser Ziel steht fest: wir müssen den Streit, den wir mit der Vietminhpartei durchfechten, auf die Ebene der vietnamesischen Innenpolitik übertragen, damit wir selbst möglichst wenig an militärischen Aktionen und Vergeltungsmaßnahmen teilnehmen, deren Durchführung den einheimischen Gegnern dieser Partei obliegt."

Für den scheidenden d'Argenlieu und — was wichtiger ist — für seinen politischen Berater, den späteren Hohen Kommissar Léon *Pignon*, sollte folglich Frankreich um den Preis von ohnehin unvermeidlich gewordenen Zugeständnissen bemüht sein, den vom Vietminh gegen Frankreich geführten Unabhängigkeitskrieg in einen vietnamesischen Bürgerkrieg zur Beseitigung des kommunistischen Vietminh umzuwandeln. Mit der Bekämpfung des Kommunismus eilten d'Argenlieu und Pignon der Entwicklung voraus, die Präsident *Truman* am 12. März 1947 zur Verkündung der Doktrin des „containment" und Ministerpräsident *Ramadier* am 5. Mai desselben Jahres zur Entfernung der kommunistischen Minister aus der Regierung veranlaßte. Ihre Politik wies jedoch mehrere Schwächemomente auf:

a) Sie hatte den Nachweis nicht erbracht, daß der Vietminh aufgehört hätte, eine repräsentative nationale Unabhängigkeitsfront darzustellen.

b) Ihre Absicht trat allzu deutlich in Erscheinung, die vietnamesischen Unabhängigkeitsparteien sich aneinander aufreiben zu lassen, bis Frankreich seine Position wieder festigen könnte.

c) Sie hatten dem vietnamesischen Volk kein befriedigendes Reformprogramm anzubieten, welches das Monopol des Vietminh in sozialen Fragen gebrochen hätte.

Im Januar 1947 hatte General *Leclerc* im Gegensatz zu d'Argenlieu und Pignon erklärt: „Für den Hebel des Antikommunismus wird man keinen Ansatzpunkt finden, solange das Problem der nationalen Einheit nicht gelöst ist." Tatsächlich ließen sich weder die antikommunistischen nationalen Parteien noch der abgedankte Kaiser Bao-Dai auf das Spiel des Admirals ein. D'Argenlieu blieb nichts anderes übrig, als auf Cochinchina zurückzugreifen und der separatistischen Regierung *Lê Van Hoach* durch den — von Paris nicht gebilligten — Erlaß vom 1. Februar 1947 etwas größere Befugnisse einzuräumen.

Schon in der Mitte des März hatten sich die französischen Truppen stärker erwiesen als der Vietminh, der allerdings seine regulären Einheiten nicht eingesetzt hatte. Ho-Chi-Minh konnte die Gefahr nicht übersehen, die ihm aus der Bereitschaft Frankreichs erwuchs, mit legitimierten Vertretern des Vietnams über die Wiedervereinigung und die Rückgabe der inneren Souveränität zu verhandeln[56]. Die Ent-

sendung des radikalsozialistischen Abgeordneten Emile *Bollaert* nach Indochina als Nachfolger d'Argenlieus sollte der französischen Regierung die Möglichkeit geben, sich über die Partner zu informieren, die auf vietnamesischer Seite für Verhandlungen in Frage kamen. Ho-Chi-Minh war diplomatisch isoliert. Weder die Vereinigten Staaten — weil er Kommunist war — noch China noch die Sowjetunion unterstützten ihn. Die nichtkommunistischen Nationalisten, die sich auf China stützten und Beziehungen zu amerikanischen Kreisen unterhielten, veranstalteten in Kanton vom 15. bis 22. März 1947 einen Kongreß, in dessen Verlauf sie sich von ihm distanzierten und an Bao-Dai appellierten. Ho-Chi-Minh mußte befürchten, Frankreich werde ihm nun eine national-konservative Front gegenüberstellen. Darum erklärte er sich am 21. März zu Verhandlungen mit Frankreich unter der Voraussetzung bereit, daß Frankreich die Einheit und Unabhängigkeit des Vietnams verbindlich anerkennen würde. Für die Wahrung der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen Frankreichs wollte der Vietminh seinerseits Garantien erteilen.

Am 19. April 1947 sandte der Vietminh an den Hohen Kommissar ein Telegramm mit dem Angebot, die Feindseligkeiten sofort einzustellen[57]. Die Annahme dieses Angebotes hätte die Regierung *Ramadier* gezwungen, in Verhandlungen mit dem Vietminh einzuwilligen, die trotz der Ereignisse der letzten Monate seine erneute Anerkennung bedeutet hätten. Der Berater Bollaerts, Paul *Mus* (der 1946 auch Leclerc beraten hatte), führte Unterredungen mit dem Außenminister des Vietminh, *Giam*, und mit *Ho-Chi-Minh* selbst. Die Verhandlungen scheiterten an der französischen Forderung nach Auslieferung der Deserteure. Paul Mus kehrte am 20. Mai nach Saigon zurück.

Schon am 20. Mai 1947 richtete die antikommunistische „nationale Einigungsfront" einen Appell an Bao-Dai, wobei sie die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit dem Vietminh offen ließ. Frankreich konnte sich fortan den ihm genehmeren Partner aussuchen. Bollaert traf am 14. Juni zur Berichterstattung in Paris ein.

Die Verhandlungen mit Bao-Dai

Die konservativen Kreise, die für Bao-Dai eintraten, hatten für Frankreich den Nachteil, daß sie traditionell nach China und Japan orientiert waren und der französischen Kultur und Denkart nicht so nahestanden wie die meisten Mitarbeiter Ho-Chi-Minhs. Ferner war Bao-Dai, der immer noch als Bürger Vinh-Thuy in Hongkong lebte, für das vietnamesische Volk in keiner Weise repräsentativ. Es lag nahe, daß er die öffentliche Meinung nur dann für sich gewinnen könnte, wenn es ihm gelänge, von Frankreich noch mehr zu erreichen, als schon dem Vietminh im Verlauf der bisherigen Verhandlungen zugestanden worden war. Dafür spekulierten in Frankreich die Kreise, die nach wie vor die Aufrechterhaltung der französischen Herrschaft in Indochina forderten, auf die Möglichkeit, den Kaiser zu ihren Zwecken auszunutzen. Sie rechneten mit der Charakterschwäche, die er vor dem Krieg gezeigt hatte.

In einem Interview, das er am 5. Juni 1947 der Saigoner Zeitung *L'Union Française* gewährte, betonte Bao-Dai seine parteipolitische Neutralität und seine Bereitschaft, im Namen des Vietnams mit Frankreich zu verhandeln. Ho-Chi-Minh beantwortete dieses Interview mit einer Erweiterung seiner Regierung nach rechts, die trotzdem der kommunistischen Partei alle Schlüsselstellungen vorbehielt, und mit der Bestätigung von Bao-Dai als oberstem Berater. Am 22. Juli erklärte Bollaert auf einer Pressekonferenz, daß es bei Beendigung des Konfliktes weder Sieger noch Besiegte geben sollte, worauf Ho-Chi-Minh, ebenfalls auf einer Pressekonferenz, den überparteilichen Charakter seiner neuen Regierung hervorhob und Bollaert von neuem anbot, mit den Verhandlungen zu beginnen.

Ende Juli hatte General *Valluy* eine Offensive vorbereitet, von der er erwartete, daß sie binnen zwei Monaten Frankreich in die Lage versetzen würde, den Frieden zu diktieren. Am 27. August veröffentlichte die Zeitung *Climats* einen sichtlich inspirierten „Plan" zur Herbeiführung von Verhandlungen mit Bao-Dai[58]. Wie es in diesem Plan vorgesehen war, wurden am 9. September 24 Delegierte eines sogenannten Nationalkonvents nach Hongkong zu Bao-Dai entsandt: zum Teil Nationalisten, zum Teil vietnamesische Exponenten der Zusammenarbeit mit Frankreich. Sie versuchten nicht, dem Vietminh eine Erweiterung aufzuzwingen, die eine entscheidende politische Bedeutung gehabt und die Regierung Ramadier vor die Notwendigkeit gestellt hätte, den Konflikt durch eine endgültige Regelung zu beenden, ähnlich wie die Regierung Attlee für Indien und Pakistan. Sie zogen es vielmehr vor, mit Frankreich zu verhandeln, um dann mit französischer Unterstützung den Vietminh zu beseitigen. Es war gerade die Taktik, die Léon Pignon in seiner Note vom 4. Januar vorgezeichnet hatte.

Obgleich die Rede Bollaerts vom 10. September 1947 über die Autonomie des Vietnams und deren Grenzen Bao-Dai enttäuscht hatte, entschloß sich dieser, am 18. September in einer Proklamation anzukündigen, daß er zwischen Frankreich und dem Vietnam vermitteln würde[59]. Von William C. *Bullit*, der in Hongkong Station machte, hatte er erfahren, daß die Vereinigten Staaten zu den vietnamesischen Unabhängigkeitsbestrebungen eine positive Einstellung an den Tag legen würden, wenn diese Bestrebungen nicht von den Kommunisten verfochten würden. In den ersten Oktobertagen erteilte die

Regierung Ramadier General Valluy ihre Genehmigung zur geplanten Herbstoffensive.

In Frankreich waren jedoch die Sozialisten und zahlreiche Radikalsozialisten nicht bereit, Bao-Dai als Partner anzunehmen. Der abgedankte Kaiser fand eher bei den Gaullisten und den Volksrepublikanern Anklang. Wieder in *Climats* erschien am 26. November 1947 ein programmatischer Artikel, der die Möglichkeit behandelte, im Vietnam zwischen Ho-Chi-Minh und Bao-Dai eine „dritte Kraft" zu schaffen, die den innenpolitischen Verhältnissen in Frankreich entsprochen hätte. Der Exponent dieser Richtung war der inzwischen zum General avancierte Oberst *Xuân*. Xuân hatte sich in Frankreich aufgehalten, seitdem Hoach ihm als Vorsitzender der separatistischen Regierung Cochinchinas vorgezogen worden war[60].

Xuân kehrte am 15. September nach Cochinchina zurück und erreichte es schon am 1. Oktober, Ministerpräsident von Cochinchina zu werden. Er wurde jedoch vom Vietminh und von Bao-Dai abgelehnt, der am 5. Oktober Bollaert in einem offiziellen Schreiben ersuchte, die Regierung Cochinchinas durch einen Verwaltungsausschuß nach dem Muster Annams und Tongkings zu ersetzen. Beim Regierungswechsel, der sich in Frankreich am 21. November ereignete, ging das Kolonialministerium den Sozialisten verloren. Die indochinesischen Angelegenheiten blieben fortan in den Händen der Volksrepublikaner, zunächst mit Paul *Coste-Floret* und seit Oktober 1949 mit Jean *Letourneau*. Damit war Xuâns Versuch, die Wiedervereinigung und die innere Freiheit des Vietnams auf der Ebene einer „dritten Kraft" zu erreichen, auf längere Sicht zum Scheitern verurteilt.

Am 6. Dezember 1947 fand in der Bucht von Along an Bord der Duguay-Trouin eine zweitägige Aussprache zwischen *Bollaert* und *Bao-Dai* statt. Eine Einigung wurde erzielt. Die gemeinsame Erklärung enthielt das Wort „Unabhängigkeit". Bao-Dai versah aber gleichzeitig mit seiner Unterschrift ein geheimes Protokoll, das wesentliche Einschränkungen enthielt. Da dieses Protokoll von Bollaert als verbindlich angesehen wurde, flog Bao-Dai nach Europa (zunächst nach Genf), um in direkten Verhandlungen mit Paris die Lage zu klären. Wie im Sommer 1946 Ho-Chi-Minh versuchte er, über den Hohen Kommissar hinweg sich mit den verantwortlichen Leitern der französischen Indochina-Politik zu verständigen.

Außenminister Georges *Bidault* fand jedoch schon, daß Bollaert zuviel Zugeständnisse an Bao-Dai gemacht hätte (er befürchtete Auswirkungen auf Nordafrika). Bollaert ließ sich von der Regierung ihr Einverständnis bestätigen, da er vermeiden wollte, daß Bao-Dai mit anderen Persönlichkeiten verhandeln könnte. Bao-Dai glaubte jedoch, daß er nur Zeit zu gewinnen brauchte. Die Gaullisten hatten ihm ihre Unterstützung zugesagt, und er erwartete die Bildung einer gaullistischen Regierung in naher Zukunft. Auch in diesem Punkte folgte er dem Beispiel Ho-Chi-Minhs, der in der französischen Innenpolitik den Schlüssel zum vietnamesischen Problem gesehen hatte.

Da Bao-Dai den Abbruch der Verhandlungen mit Frankreich um jeden Preis vermeiden wollte, erklärte er sich am 26. März 1948 mit der Bildung einer zentralen provisorischen Regierung einverstanden, deren Hauptaufgabe die Wiedervereinigung des Vietnams sein sollte. Diese zentrale Regierung sollte Xuân als Präsidenten haben. Am 5. Juni 1948 unterzeichneten Bollaert und Xuân in Gegenwart von Bao-Dai in der Bucht von Along Vereinbarungen, die denjenigen vom 29. Dezember 1947 entsprachen, nun jedoch lediglich als befristeter modus vivendi angesehen wurden. Das Protokoll wurde nicht veröffentlicht, sondern nur die gemeinsame Erklärung[61]. Sowohl bei den französischen Kolonisten als auch auf der Seite des Vietminh löste sie schärfsten Protest aus (der Vietminh verurteilte Xuân in Abwesenheit zum Tode). Die französische Regierung stellte ihrerseits fest, daß die getroffenen Vereinbarungen erst dann wirksam werden könnten, wenn die Wiedervereinigung vom vietnamesischen Volk gebilligt und das französische Parlament sie gutgeheißen hätte[62]. Am 19. August 1948 erklärte jedoch die Nationalversammlung auf Veranlassung von Ministerpräsident André *Marie* (gegen die Stimmen der Kommunisten) ihr grundsätzliches Einverständnis.

Der Vietnam in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West

Schon am 25. August 1948 hatte Bao-Dai erklärt, daß „die im Protokoll enthaltenen Bestimmungen nicht geeignet wären, den Frieden herbeizuführen". Nun mußte die französische Regierung jedoch auf eine rasche Einigung drängen. Der bevorstehende Endsieg *Mao-Tse-Tungs* in China stellte für Frankreich zugleich eine Gefahr und eine Chance dar. Eine Gefahr, weil ein kommunistisches China keinen französischen Imperialismus im Vietnam dulden und dem Vietminh die zu dessen Beseitigung nötige Unterstützung gewähren würde. Eine Chance, weil Frankreich unter dem Generalgouvernement d'Argenlieus die Gelegenheit versäumt hatte, einen Kompromiß zu erzielen. Da diese Versäumnisse sich nicht wieder gutmachen ließen, mußte es den allgemeinen französischen Interessen, den besonderen Interessen der am indochinesischen Geschäft Beteiligten und den Belangen der globalen Strategie entsprechen, daß der Vietnam in die Auseinandersetzung zwischen Ost und West einbezogen wurde. D'Argenlieu und Pignon hatten zwei Fehler gemacht, indem sie die Kompromißmöglichkeiten grundsätzlich abgelehnt und die Erfolgsaussichten ihrer ultimativen Politik der Stärke falsch eingeschätzt hatten. Ihre Fehler zwangen Frankreich als unausweichliche Konsequenz die

Durchführung des Plans auf, den Léon Pignon in seiner Note vom 4. Januar 1947 niedergelegt hatte.

Als Gegner Ho-Chi-Minhs konnte Xuân nicht in Frage kommen. Er war in keiner Weise repräsentativ und wirkte als Exponent der Dritten Kraft nur noch anachronistisch. Der einzige Partner war *Bao-Dai* — unter der Bedingung allerdings, daß Frankreich an seiner Abdankung nicht festhielt und ihm gleichsam einen Herrschaftsanspruch von Gottes Gnaden zubilligte. Um erfolgreich zu werden, bedurfte diese Lösung außerdem des Nachweises, daß Bao-Dai und das von ihm zu errichtende Regime in genügendem Maße echte Unabhängigkeit besäßen. Die französische Regierung entschied sich für diesen Versuch. Bao-Dai sah ein, daß er nicht mehr verhandeln könnte, sondern entweder endgültig ablehnen und resignieren oder auf den schon vereinbarten Grundlagen den Versuch wagen müßte. Am 8. März 1949 wurde das Abkommen von Saint-Germain zwischen ihm und Präsident Vincent *Auriol* unterzeichnet[63]. Am 23. April wurde die Wiedervereinigung des Vietnams nach einer nur zum Schein durchgeführten Befragung der Bevölkerung Cochinchinas verwirklicht[64]. Am 24. April 1949 flog Bao-Dai nach Indochina.

Die der Entwicklung innewohnende Logik wollte, daß Léon *Pignon* zum Nachfolger Bollaerts ernannt wurde[65]. Schon Ende September 1948 hatte Bao-Dai in der Schweiz William C. *Bullit* getroffen, der ihm zur Annahme der französischen Bedingungen geraten hatte. Gleichzeitig hatte sich der amerikanische Botschafter in Paris, Jefferson *Caffery*, bei der französischen Regierung für eine Liberalisierung der Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vietnam verwendet.

Zunächst versuchte Bao-Dai seine trotz aller zweckbedingten Resolutionen fortbestehende Isoliertheit durch einen Kompromiß mit dem Vietminh zu überwinden[66]. Um die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen, verpflichtete er sich ebenfalls am 2. Juli 1949, das Abkommen vom 8. März durch das vietnamesische Volk billigen zu lassen, sobald die Umstände dessen Befragung gestatten würden. Auch über das politische Regime des Vietnams — ob Monarchie oder Republik — sollte das Volk selbst entscheiden.

Es ist kaum anzunehmen, daß ein so später Kompromiß unter solchen Umständen und angesichts der Bolschewisierung Chinas Bao-Dai gerettet und dem Vietnam eine gewisse Neutralität im Konflikt zwischen Ost und West gesichert hätte. Der Kompromiß kam zum Teil infolge einer französischen Intervention nicht zustande. Um Bao-Dai in der Spannung zum Vietminh das nötige Gleichgewicht zu geben, mußte das Hohe Kommissariat ihn unterstützen. Diese Unterstützung hatte zwangsläufig zur Folge, daß das neue Regime sich von der französischen Verwaltung nicht emanzipieren konnte.

Im Juli 1949 hatte der Vietminh von einem Bericht Kenntnis erhalten[67], den der französische Generalstabschef, *Revers*, nach einer Besichtigung der chinesischen Grenze ausgearbeitet hatte. Dieser Bericht sollte die Grundlage zu einer Säuberung von Tongking bilden, durch die direkte Hilfeleistungen Chinas an den Vietminh unterbunden würden. Er hatte den Vietminh endgültig davon überzeugt, daß er als Verhandlungspartner für Frankreich nicht mehr in Frage kam. Er hatte ihm auch die Befürchtungen enthüllt, die Frankreich in bezug auf ein kommunistisches China hegte. Schon am 7. August hatte die in Paris immer noch anwesende Vietminh-Vertretung ihre Tätigkeit eingestellt. Am 16. Oktober meldete der Vietminh-Funk, daß Ho-Chi-Minh an Mao-Tse-Tung ein Glückwunschtelegramm gesendet hatte. Die chinesischen Kommunisten erreichten im Dezember die vietnamesische Grenze. Als am 30. Dezember 1949 Frankreich dem Vietnam seine Souveränität zurückgab, protestierte der Vietminh auf diplomatischem Wege gegen die damit verbundene Anerkennung der Regierung Bao-Dais. Am 18. Januar 1950 meldete Radio-Peking, daß die chinesische Volksrepublik die „demokratische Republik des Vietnams" anerkannt hatte. Am 31. Januar 1951 folgte die Sowjetunion dem chinesischen Beispiel.

Die chinesische Hilfe an Waffen und Lebensmitteln erlaubte es Ho-Chi-Minh, im Herbst 1950 zur Offensive überzugehen. Unter dem Oberbefehl von *Giap* zwang der Vietminh die französischen Truppen, den oberen Teil des Tongking zu räumen. Nachdem Marschall *Juin* nach Indochina geflogen war und die dringendsten Maßnahmen angeordnet hatte, wurde der Hohe Kommissar Léon *Pignon* am 6. Dezember 1950 durch Marschall *De Lattre de Tassigny* ersetzt, der den militärischen Oberbefehl mit der zivilen Verfügungsgewalt verband. De Lattre begnügte sich nicht damit, die militärische Situation zu meistern. Vor seinem Tode schuf er noch die Grundlagen, auf denen der Vietnam seither in zunehmendem Maße an seiner eigenen Befreiung vom Kommunismus mitwirkt. (Fortsetzung folgt)

Anmerkungen

1) Vgl. Zeittafel in Europa-Archiv, Doppelheft Febr./März 1947, S. 375.

2) Um Mißverständnisse zu vermeiden, wird in dieser Studie das annamitische Kaiserreich stets mit seinem modernen Namen Vietnam bezeichnet. Die Bezeichnung Annam bleibt der Provinz vorbehalten, die unter diesem Namen zu einem französischen Protektorat geworden war.

3) Vgl. „Probleme der Französischen Union", Teil IV in einer späteren Folge.

4) In der Bucht von Along von Generalgouverneur Emile Bollaert und Ministerpräsident Xuân in Anwesenheit von Kaiser Bao-Dai unterzeichnet. Siehe unten.

5) Vgl. „Probleme der Französischen Union", Teil I. Europa-Archiv, 20/1952, S. 5236 ff.

6) Vgl. Europa-Archiv, Febr./März 1947, S. 375.
7) Vgl. Europa-Archiv, 20/1952, S. 5236 ff.
8) Das Abkommen mit Vietnam vom 8. März 1949 wurde am 20. Juni 1949 in Paris und Saigon veröffentlicht (s. AFP Information et Documentation Nr. 245 vom 25. Juni 1949. Für das Abkommen mit Kambodscha vom 8. November 1949 s. AFP Inf. et Doc. Nr. 268 vom 3. Dezember 1949; für das Abkommen mit Laos vom 19. Juli 1949 s. AFP Inf. et Doc. Nr. 250 vom 30. Juli 1949.
9) Vgl. Philippe *Devillers:* „Histoire du Viêt-Nam", Paris 1952, S. 33 ff. Der Autor war Presseattaché bei General Leclerc und Korrespondent der Zeitung *Le Monde*, bevor er einen Lehrstuhl am „Collège Libre des Sciences sociales et économiques" annahm.
10) Vgl. Paul *Doumer:* „L'Indochine Française", Souvenirs. Paris 1903.
11) Vgl. „L'oeuvre de la France en Indochine", hrsg. vom Syndicat des exportateurs français d'Indochine.
12) Vgl. *Devillers*, a. a. O. S. 45.
13) Vgl. Paul *Bernard:* „Le problème économique indochinois", Paris 1934, passim.
14) Vgl. Vorwort von André *Malraux* zu: „Indochine SOS" von Andrée *Viollis.*
15) Vgl. *Devillers*, a. a. O. S. 32.
16) Vgl. *Bernard*, a. a. O. S. 33.
17) Paul *Bernard:* „Nouveaux aspects du problème économique indochinois", sowie „Annuaire Statistique de l'Indochine".
18) Vgl. Paul *Mus:* „Vietnam, sociologie d'une guerre", Paris 1952. Auf das Werk von Paul Mus kann im Rahmen einer Darlegung der Ereignisse nicht näher eingegangen werden. Es ist jedoch für das Verständnis dieser Ereignisse wesentlich. Der Leser wird darauf verwiesen.
19) Vgl. M. *Marty:* „Contribution à l'histoire des mouvements politiques de l'Indochine Française", Hanoi 1933.
20) Vgl. *Mus*, a. a. O.
21) Vgl. „Rapports au Grand Conseil", hrsg. vom Gouvernement Général de l'Indochine, 1937, S. 155 und „Annuaire Statistique de l'Indochine", Jahrgang 1937/38, S. 24—26.
22) Vgl. *Devillers*, a. a. O. S. 38 ff.
23) Vgl. *Doumer*, a. a. O. S. 72 bis 74.
24) Vgl. *Journal Officiel*, 2. Teil (Débats parlementaires), die Ausführungen von Alexandre *Varenne* am 20. Juni 1930.
25) Vgl. *Devillers* a. a. O. S. 42.
26) Vgl. insbesondere seine vier Artikel von Juni 1930 in *France-Indochine* (Erscheinungsort Hanoï).
27) Vgl. *Marty*, a. a. O. Bd. IV, S. 21 ff. und die Reden von Edouard *Daladier*, Alexandre *Varenne*, Marius *Moutet* u. a. m. am 6., 13., 20. und 27. Juni 1930 im *Journal Officiel.*
28) Vgl. *Devillers*, a. a. O. S. 69.
29) Drei Monate später nahm Großbritannien selbst die japanische Forderung an, die Burmastraße zu schließen. Siehe den Brief von General *Catroux* an *Le Monde*, 8. September 1949 In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß der frühere Aufsichtsratsvorsitzende der Banque d'Indochine Baudouin in der französischen Regierung Außenminister geworden war.
30) Nachricht von Admiral *Decoux* an den französischen Kolonialminister vom 30. Juni 1940.
31) Admiral *Decoux:* „A la barre de l'Indochine", S. 56 ff. Die Ausführungen, die im Europa-Archiv von Febr./März 1947, S. 375 ff. enthalten sind, bedürfen in diesem Punkte einer Berichtigung.
32) Vgl. *Devillers*, a. a. O. S. 77.
33) Ebenda S. 81.
34) Ausführliche Biographie bei *Devillers*, a. a. O. S. 57.
35) Vgl. Rede von Henry *Wallace* in Chunking, Juni 1944.
36) Ausführliche Biographie in *Le Monde*, 5. Dezember 1952. Giaps Frau wurde im Mai 1941 von der französischen Sûreté verhaftet, wegen kommunistischer Umtriebe zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und starb 1943 im Gefängnis von Hanoï. Auch wegen kommunistischer Umtriebe wurde seine Schwägerin um die gleiche Zeit in Saigon hingerichtet.
37) Vgl. *Devillers*, a. a. O. S. 110, Dokumente aus der propagandistischen Tätigkeit des Vietminh zu Beginn des Jahres 1944.
38) Nach dem Bericht von Oberst Weiser hat die Résistance im südlichen Teil Indochinas nur 215 Mitglieder aufzuweisen gehabt. Vgl. *Devillers*, a. a. O. S. 120.
39) Präsident Roosevelt, der einmal erklärte, Indochina wäre „das am schlechtesten verwaltete Land im ganzen Fernen Osten", hatte die Ablösung Frankreichs durch eine gemischte chinesisch-amerikanische Schutzherrschaft vorgesehen. Die amerikanischen Generäle Donovan und Wedemeyer unterstützten Ho-Chi-Minh.
40) Wortlaut der Kaiserlichen Proklamation in *Devillers*, a. a. O. S. 125.
41) Dokumente über die Abdankung Bao-Dais und die Verkündung der vietnamesischen Unabhängigkeit in *Devillers*, a. a. O. S. 138 ff.
42) Vgl. *Journal Officiel*, II. Teil, s. auch oben, Fußnote 27).
43) Ueber die diesbezüglichen Verhandlungen s. *Devillers*, a. a. O. S. 146 ff.
44) Irrtümlicherweise wurde im Europa-Archiv Febr./März 1947 auf S. 377 angegeben, d'Argenlieu wäre erst zu Beginn des Jahres 1947 (nach Bildung der Regierung Blum) nach Indochina entsandt worden. In Wirklichkeit fand die Aera d'Argenlieu gerade unter der Regierung Blum ein Ende.
45) Ueber die Rolle der Chinesen, s. *Devillers*, a. a. O., S. 191 ff., 222 ff. sowie den Bd. 1946 der *Année politique.*
46) Ueber die Verwirrung, die durch d'Argenlieus Säuberungsaktionen sowohl bei den Franzosen als auch in vietnamesischen Kreisen verursacht wurde. berichtet *Devillers*, S. 168 ff.
47) Ueber die privaten französischen Interessen in Conchinchina und über die Rolle der Administratoren Cédile und de Raymond. s. *Devillers*. a. a. O., S. 172 ff. In Paris war Gouverneur de Langlade der Generalsekretär des „Comité de l'Indochine". Er war Gaullist und eng verbunden mit der Finanzgruppe de Rivaud (groupe des terres rouges). die sehr ausgedehnte Plantagen in Cochinchina besaß. Der Leiter der Résistance in Cochinchina. Bocquet. der für die Autonomie Cochinchinas eintrat. war ebenfalls Plantagenbesitzer.
48) Wortlaut bei *Devillers*. a. a. O., S. 225.
49) D'Argenlieu hatte nach Paris eine Abordnung entsandt, die von Oberst Xuân, einem Kameraden von Jules Moch in der Ecole Polytechnique, geführt wurde. Xuân gewann für die Autonomie Cochinchinas insbesondere Außenminister Georges Bidault, dessen Schwager, Major Borel, nicht zufällig um diese Zeit zum Leiter des Nachrichtendienstes beim Expeditionskorps von General Leclerc ernannt wurde.
50) Ueber die Konferenz von Dalat, s. *Devillers*, a. a. O., S. 256 ff.
51) Wortlaut ebenda. S. 309 ff.
52) Nähere Einzelheiten. s. ebenda, S. 331 ff.
53) Wortlaut s. ebenda. S. 351.
54) Léon *Blum* in *Le Populaire*. 18. Juni 1949.
55) Vgl. *Le Monde* vom 29. Dezember 1946. Beim dritten Parteikongreß der MRP stellte der Abgeordnete Max André die Behauptung auf, daß Moutet wohl als Vermittler nach Indochina abgereist wäre. dann jedoch unter dem Druck der MRP (die der Richtung Bidaults gefolgt wäre, s. Anm. 49) von Verhandlungen Abstand genommen hätte.
56) Vgl. die Erklärung von Ministerpräsident *Ramadier* am 21. Januar 1947 im *Journal Officiel.* Ferner seine Erklärungen vom 18. März (ebenda), bei denen er sich auf die Verfassung vom 27. Oktober 1946 bezog und die Grenzen hervorhob, die der Unabhängigkeit des Vietnams auf den Gebieten der Diplomatie und der militärischen Verteidigung gesetzt werden sollten.
57) Vgl. *Bulletin d'Informations du Ministère de la France d'Outre-Mer* vom 28. Juli 1947.
58) Vgl. *Devillers*, a. a. O., S. 405 ff.
59) Ebenda, S. 411 ff.
60) Auch Xuân war Separatist. Am 3. Februar 1947 hatte er Kolonialminister Marius Moutet gebeten, Cochinchina als souveränen Staat anzuerkennen und einen Vertrag unmittelbar zwischen Frankreich und Cochinchina zu schließen.
61) Wortlaut s. *Devillers*, a. a. O., S. 431.
62) Erklärung von Kolonialminister Paul *Coste-Floret* in der Nationalversammlung am 8. Juni 1947 (s. *Journal Officiel).*
63) Wortlaut des Abkommens von Saint-Germain und der Zusatzabkommen vom 31. Dezember 1949 in der *Année Politique*, Jahrgang 1949.
64) Vgl. *Devillers*. a. a. O., S. 443.
65) Am 21. Oktober 1948. Bollaert hatte sein Mandat nicht erneuern lassen.
66) Xuân, der Ministerpräsident des wiedervereinigten Vietnams geworden war, hatte am 1. Mai 1949 in Dalat erklärt, daß eine Beteiligung Ho-Chi-Minhs an der Regierung nicht grundsätzlich ausgeschlossen wäre (s. *L'Aube*, 2. Mai 1949).
67) Aussage von Léon Pignon vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der sich mit der „affaire des généraux" befaßte.

DOKUMENTATION

8. JAHR 20. JANUAR 1953 2. FOLGE

Die Ergebnisse der zehnten Tagung des Atlantikrates in Paris vom 15. bis 18. Dezember 1952

Resolution über die EVG vom 17. Dezember 1952

Der Nordatlantikrat

erinnert an die Beschlüsse des Rates in Brüssel und Lissabon über die Mitwirkung Deutschlands an der Verteidigung des Westens und an die Resolution vom 26. Mai 1952, mit welcher der Rat festgestellt hat, daß der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft den Bedingungen entspricht, die in seinen Beschlüssen von Brüssel und Lissabon enthalten sind,

nimmt davon Kenntnis, daß dieser Vertrag am 27. Mai 1952 unterzeichnet worden ist,

stellt die erzielten Fortschritte auf dem Gebiete einer europäischen Integrierung fest, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet dank der Schaffung der europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft,

nimmt vom Bericht über die Tätigkeit des interimistischen Komitees der Konferenz für die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft Kenntnis, der vom Präsidenten dieses Komitees unterbreitet wurde,

bestätigt erneut, daß die Verteidigung Europas, Westdeutschland inbegriffen, die baldige Errichtung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft verlangt,

bestätigt die Bedeutung der gegenseitigen Garantie zwischen den Mitgliedstaaten des Nordatlantikpakts und jenen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft,

betont das große Interesse, welches die Atlantische Gemeinschaft am raschen Inkrafttreten des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und demzufolge an seiner Ratifizierung durch alle Signatarmächte sowie an der Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum Nordatlantikpakt über die Garantien der Mitgliedstaaten des Nordatlantikpakts an die Mitglieder der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft hat.

Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 19. Dezember 1952.

Resolution über Indochina vom 17. Dezember 1952

Der Nordatlantikrat anerkennt, daß der direkte oder indirekte Widerstand gegen die kommunistische Aggression in irgendeinem Teil der Welt ein wesentlicher Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit der freien Welt ist,

nimmt Kenntnis von der jüngsten Entwicklung der militärischen und politischen Lage in Indochina,

gibt seiner Bewunderung über den mutigen Kampf Ausdruck, welcher unaufhörlich von den französischen Truppen und den Armeen der assoziierten Staaten gegen die kommunistische Aggression geführt wird,

anerkennt, daß der Widerstand der freien Völker in Südostasien wie in Korea in vollständiger Uebereinstimmung mit den Zielen und dem Ideal der atlantischen Gemeinschaft steht. Demzufolge ist der Nordatlantikrat der Auffassung, daß der von den Truppen der Französischen Union in Indochina geführte Kampf es verdient, unfehlbar die Unterstützung der atlantischen Regierungen zu erhalten.

Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 19. Dezember 1952.

Das Schlußkommuniqué vom 18. Dezember 1952

Die Ministertagung des Atlantikrates ging heute in Paris zu Ende. Sie stand unter dem Vorsitz des dänischen Außenministers, Ole Björn Kraft. 32 Außen-, Finanz-, Wirtschafts- und Verteidigungsminister nahmen an der Tagung teil.

Der Rat nahm einen Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs über die Struktur des internationalen Sekretariats entgegen. Der Bericht schildert die Arbeit, die während der vergangenen acht Monate im Verlaufe der regelmäßigen Zusammenkünfte der ständigen Vertreter geleistet wurde sowie die Entwicklung der engen Arbeitsbeziehungen zwischen den zivilen und militärischen Behörden der NATO. Außerdem befaßt er sich mit der konstruktiven Arbeit des Ausschusses für die zivile Verteidigung und der verschiedenen Ausschüsse, die sich mit den nichtmilitärischen, in Artikel 2 des Vertrages angeführten Angelegenheiten, wie Fragen der Ueberbevölkerung, soziale und kulturelle Fragen und Informationsfragen, befassen.

Nach Kenntnisnahme des Berichtes von Lord Ismay nahm der Rat eine Entschließung an, wonach die von der Organisation auf Grund des Artikels 2 des Vertrages geleistete Arbeit in regelmäßigen Zeitabständen überprüft werden soll.

Neben dem Bericht des Generalsekretärs prüfte der Rat den Tätigkeitsbericht des Militärausschusses. Dieser Bericht zeigt, daß der Ausbildungsstand und die Schlagkraft der dem Oberkommando zugewiesenen nationalen Streitkräfte bedeutende Fortschritte aufzuweisen hat. Kombinierte Land-, See- und Luftmanöver ließen eine wesentliche Verbesserung in der Zusammenarbeit zwischen den Einheiten und auch unter den Stäben erkennen. Ferner weist der Bericht auf wesentliche Fortschritte in der internationalen Standardisierung der militärischen Reglements und Methoden, besonders auf dem Gebiet des Nachrichtenwesens, hin.

Der Rat billigt die Vorschläge des Militärausschusses zur Schaffung eines Mittelmeerkommandos, wodurch die Kommandostruktur für die Verteidigung des nordatlantischen Bereichs vervollständigt wird. Dieses neue Kommando ist Admiral Lord Mountbatten anvertraut worden.

Der Rat prüfte die ihm vom Militärausschuß vorgelegten strategischen Richtlinien, die dem Beitritt Griechenlands und der Türkei zur NATO Rechnung tragen. Mit der Billigung dieser Richtlinien bestätigte der Rat seinen Willen, alle Gebiete und Völker im Bereich des Atlantikpaktes zu verteidigen.

Dem Rat lagen auch die Erklärungen des Oberkommandierenden der alliierten Streitkräfte in Europa und des Oberkommandierenden der Streitkräfte des Atlantikpaktes vor. General Ridgway würdigte die hohe Qualität der seinem Kommando unterstellten Streitkräfte, betonte aber gleichzeitig, daß nur eine fortwährende Stärkung der zu seiner Verfügung stehenden Truppen ihm die Möglichkeit geben werde, seine Aufgaben zu erfüllen. Es darf demnach kein Nachlassen der Anstrengungen geben. Im Gegenteil muß alles getan werden, um die Verteidigungskräfte der NATO so rasch wie möglich zu steigern. In diesem Sinne äußerte sich auch Admiral McCormick.

Der Rat prüfte im Lichte dieser Erwägungen den ersten Bericht zur Jahresübersicht für 1952. Er stellte mit Genugtuung fest, daß die in Lissabon beschlossene Verstärkung der Streitkräfte bis Ende 1952 im wesentlichen erreicht sein würde. Es wurde der Vorsatz gefaßt, die vorhandenen Verteidigungskräfte durch individuelle und kollektive Anstrengungen im Jahre 1953 weiter zu vermehren, zu verbessern und zu stärken. Gleichzeitig erkannte der Rat, daß eine wirksame Verteidigung gesunde wirtschaftliche Verhältnisse voraussetzt.

In Zukunft soll auf Anweisung des Rates mehr Wert auf eine Verbesserung der Schlagkraft bei den Streit-

kräften der Organisation und den zu ihrer Unterstützung benötigten Einheiten gelegt werden als auf die zahlenmäßige Stärke, soweit die vorhandenen Mittel nicht genügen, um beides zu erreichen. Der Rat nahm die Fortschritte zur Kenntnis, die in der Koordinierung der Produktion von Verteidigungsmaterial gemacht worden sind und gab Anweisung, daß diesem Punkte sowie der weiteren Standardisierung weiterhin besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden solle. Außerdem äußerte sich der Rat anerkennend über die Unterstützung, die die europäische Produktion durch die „Off shore"-Aufträge der Vereinigten Staaten empfängt.

Der Rat einigte sich über die Finanzierung eines neuen Abschnitts der „Infrastruktur" für Flugplätze, das Verbindungswesen und die Versorgung mit Düsentreibstoffen, dessen Kosten sich auf annähernd 80 Millionen Pfund belaufen.

Während der letzten acht Monate hat der Rat regelmäßig einen Meinungs- und Informationsaustausch über die politischen Probleme von gemeinsamem Interesse durchgeführt. Auf der Tagung wurde den Kämpfen in Indochina, dem Vertrag für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und der Lage in Ostdeutschland besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Insbesondere stellte der Rat fest, daß trotz der wiederholten Erklärungen der Sowjetunion zugunsten eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Wiedervereinigung Deutschlands bis jetzt keine Antwort zu den vor drei Monaten von Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten gemachten Vorschlägen einging. Der Rat nahm ferner einen Tätigkeitsbericht über die Arbeit des Interimsausschusses für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft entgegen. Er nahm Entschließungen über Indochina und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft an.

Es wurde vereinbart, daß die nächste Tagung des Rates so früh wie möglich im Frühjahr 1953 abgehalten werden soll. Seine erste Aufgabe wird dann sein, den Schlußbericht zu der Jahresübersicht für 1952 zu prüfen.

Während der gegenwärtigen Tagung prüfte der Rat die jetzige Lage der Atlantischen Gemeinschaft und ihre Zukunftsaussichten. In der Nordatlantikpakt-Organisation haben vierzehn souveräne Staaten einen Grad der freiwilligen Zusammenarbeit erreicht, der in der Geschichte ohne Beispiel ist. Durch Zusammenlegen ihrer Mittel und Kenntnisse, durch Aufteilung der materiellen Lasten der Verteidigung, durch ständige Anwendung der Grundsätze gegenseitiger Konsultation und Unterstützung haben die Mitgliedstaaten ihre gemeinsamen Kräfte, ihre Zusammengehörigkeit und Einigkeit gestärkt.

Die Mitgliedstaaten sind mehr denn je davon überzeugt, daß der von ihnen eingeschlagene Weg der beste zum Schutze der Gemeinschaft der freien Völker gegen die direkten oder indirekten Versuche des Kommunismus ist, sie zu unterjochen. Soweit eine Verbesserung in der allgemeinen internationalen Lage festzustellen ist, kann sie den Anstrengungen zugeschrieben werden, welche die Mitgliedstaaten seit der Bildung ihrer Organisation gemacht haben, um ihre kollektiven Kräfte zu vermehren.

Jedes Nachlassen dieser Anstrengungen würde eine entsprechende Vergrößerung der Gefahr mit sich bringen, der diese Länder ausgesetzt sind. Die immer erfolgreicher durchgeführte Zusammenarbeit der vierzehn Mitgliedstaaten ist ein deutlicher Beweis dafür, daß die zugestandenen Absichten der Sowjetregierung, Zwietracht in die freie Welt zu säen, zum Scheitern verurteilt sind.

Die Mitglieder des Rates bestätigen erneut den Zweck ihres Bündnisses, das der Verteidigung, dem Frieden und der Sicherheit dienen soll, und ihre Entschlossenheit, die Solidarität ihres Vorgehens auf neue Gebiete auszudehnen, um ihr gemeinsames Erbe der Freiheit zu wahren. Der Rat stellte mit Genugtuung fest, daß das Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den Völkern der Atlantischen Gemeinschaft ständig wächst.

Quelle: *The Times* vom 19. Dezember 1952. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Kommuniqué zum Abschluß der Commonwealth-Konferenz in London vom 11. Dezember 1952

Die Commonwealth-Wirtschaftskonferenz, die heute abgeschlossen wurde, war einberufen worden, um die Maßnahmen zur Steigerung der wirtschaftlichen Stärke der Commonwealth-Länder einschließlich der Kolonialgebiete aufeinander abzustimmen und um Verhältnisse zu schaffen, unter denen ihre Völker ihren Teil dazu beitragen können, Wohlstand und Zufriedenheit für sich selber und für die Welt zu erringen.

In den letzten Jahren hat das Sterlinggebiet wiederholte Wirtschaftskrisen erlebt, die seine Mitglieder gezwungen haben, Notmaßnahmen zur Beschränkung des Handels- und Devisenverkehrs zu ergreifen. Diese Maßnahmen waren notwendig, aber sie haben zwangsläufig die Tendenz, die langfristige Wirtschaftsausweitung zu vereiteln, auf der unsere Hoffnungen und Möglichkeiten für die Zukunft beruhen. Das wurde auf der Januar-Konferenz der Commonwealth-Finanzminister anerkannt. Die in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der damaligen Konferenz ergriffenen Maßnahmen haben jedoch die jetzige Konferenz in den Stand versetzt, die Entscheidung zu treffen, daß nunmehr eine positivere Politik verfolgt werden kann, sowohl von den Commonwealth-Ländern selber als auch in Gemeinschaft mit anderen befreundeten Ländern, um die Ausweitung von Welterzeugung und Welthandel zu fördern.

Die Konferenz ist übereingekommen, daß die Commonwealth-Länder zusammenarbeiten werden, um gewisse allgemeine und gemeinsame Ziele zu erreichen. Sie haben nicht die Absicht, zu versuchen, einen diskriminierenden Wirtschaftsblock zu schaffen; vielmehr ist es ihr Ziel, durch die Stärkung ihrer eigenen Wirtschaft der Weltwirtschaft im allgemeinen zu nützen.

Dementsprechend hat sich die Konferenz auf die folgenden Grundsätze als Richtschnur für den ganzen zur Diskussion stehenden Themenkreis geeinigt:

a) Innerwirtschaftlich soll konsequent eine Politik befolgt werden, die geeignet ist, die Inflation und Steigerungen der Lebenshaltungskosten in Schranken zu halten.

b) Die gesunde wirtschaftliche Entwicklung soll gefördert werden, mit dem Ziel, die Produktionskraft und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und den Lebensstandard zu erhöhen.

c) Der multilaterale Handels- und Zahlungsverkehr soll auf das größtmögliche Gebiet ausgedehnt werden.

Die praktische Verwirklichung dieser Grundsätze wird individuelle Maßnahmen der einzelnen Commonwealth-Regierungen und ihre Zusammenarbeit untereinander ebenso nötig machen wie internationales Zusammengehen mit anderen handeltreibenden Nationen und den bestehenden internationalen Organisationen.

Innerwirtschaftliche Maßnahmen

Alle Commonwealth-Regierungen sind übereingekommen, in ihren Bemühungen zur Bekämpfung der Inflation fortzufahren. Inflationistische Verhältnisse vereiteln eine gesunde wirtschaftliche Aufbauarbeit, indem sie deren Kosten erhöhen und das zur Finanzierung notwendige

Sparkapital zerstören. Außerdem wirken sie sich nachteilig auf die äußere Zahlungsbilanz aus, indem sie eine übermäßige Einfuhr und den Verbrauch von Waren, die sonst für die Ausfuhr zur Verfügung ständen, im Innern begünstigen.

Eine angemessene und stabile aktive Zahlungsbilanz muß das erste Ziel aller Regierungen sein. Nichterreichung dieses Ziels bedeutet immer wiederkehrende Krisen, ständig steigende Lebenshaltungskosten, ständige Gefährdung der Beschäftigung und mangelhafte Erschließung der wirtschaftlichen Reserven. Die Konferenz begrüßte die Besserung, die in der Zahlungsbilanz sowohl der einzelnen Länder des Sterlingblocks wie des Sterlingblocks als Ganzem im Gefolge der von den Commonwealth-Finanzministern auf ihrer Konferenz im Januar 1952 gefaßten Beschlüsse eingetreten ist. Sie stellte mit Befriedigung fest, daß das Sterlinggebiet in der zweiten Hälfte dieses Jahres sein Gleichgewicht mit der übrigen Welt herstellen dürfte. Sie war sich jedoch darüber einig, daß dieser Erfolg zwar ermutigend, aber doch nur der erste Schritt auf dem Wege zu einer stabilen Bilanz des Sterlinggebiets sei. Für das Jahr 1953 einigte sie sich auf Maßnahmen, die, so hofft man, im Lauf des Jahres zu einer weiteren Besserung des Standes der Reserven führen werden. Doch, obwohl eine stetige Besserung stattgefunden hat, ist der Stand der Reserven noch zu niedrig, um eine wesentliche Lockerung der Beschränkungen für die Einfuhr aus Nichtsterling-Ländern zu gestatten.

Die Konferenz erörterte die weitgehenden Beschränkungen der Einfuhr aus Großbritannien und anderen Commonwealth-Ländern, die einige Sterlingländer des Commonwealth einführen mußten. Es bestand Uebereinstimmung darüber, daß die wegen Zahlungsbilanzschwierigkeiten eingeführten Restriktionen in dem Maße gelockert werden sollen, wie sich die Devisenlage der betreffenden Länder bessert. Bei der Behandlung des ganzen Problems werden die betreffenden Regierungen in jeder Weise die Schwierigkeiten bedenken, die die Restriktionen für die davon betroffenen Exportindustrien geschaffen haben.

Die wirtschaftlichen und sozialen Ziele der Commonwealth-Länder, im einzelnen wie in ihrer Gesamtheit, können nur erreicht werden, wenn diese imstande sind, einen sich erweiternden Strom von Ausfuhrwaren zu wettbewerbsfähigen Bedingungen zu erzeugen und zu liefern. Es bestand daher auf der Konferenz allgemeine Uebereinstimmung über die entscheidend wichtige Notwendigkeit, die Ausfuhrkapazität aller Sterlingländer zu erhöhen.

Wirtschaftliche Aufbauarbeit

Im ganzen Commonwealth besteht ein weiter Spielraum für eine Steigerung der Produktion der wichtigsten Güter, die die ganze Welt braucht — Lebensmittel und andere Agrarprodukte, Mineralien und technische Erzeugnisse —, sowie für eine Verbesserung der Möglichkeiten ihrer Beförderung. Dieser Ausbau der Grundstofferzeugung ist gelegentlich durch andere Projekte weniger gesunden und dauerhaften Charakters behindert worden, die die Kräfte der betreffenden Länder überstiegen und nicht vermochten, zur Stärkung der Wirtschaftskraft beizutragen. Die Konferenz kam überein, die Aufbauarbeit im Sterlingraum auf Projekte zu konzentrieren, die direkt oder indirekt zur Besserung seiner Zahlungsbilanz mit der übrigen Welt beitragen. Solche Projekte dürften die Wirtschaft der betreffenden Länder stärken, ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt erhöhen, und somit durch Verbesserung ihrer Zahlungsbilanz ihrer Bevölkerung wachsenden Wohlstand bringen. In manchen Ländern des Raumes dagegen wurden oder werden Entwicklungspläne aufgestellt, um eine grundlegende Hebung des Lebensstandards herbeizuführen, die das notwendige Fundament für eine wirtschaftliche Weiterentwicklung bildet. In den höher entwickelten Ländern, von denen einige eine schnell anwachsende Bevölkerung besitzen, sind außerdem gewisse soziale Investierungen dringend notwendig. In diesen Fällen erkannte die Konferenz die Notwendigkeit derartiger Investierungen an.

Damit die Aufbauarbeit vorangehen kann, muß von den Ländern, die diese Entwicklungspläne durchführen, wie auch von anderen Ländern, die ihr Sparkapital dort zu investieren gedenken, für eine ausreichende Kapitalbildung gesorgt werden. Im Vergleich zur Größe der Entwicklungsvorhaben der Commonwealth-Sterlingländer kann das aus auswärtigen Quellen bereitgestellte Sparkapital im Grunde genommen nur klein sein. Es ist daher wesentlich, daß diese Länder von sich aus Maßnahmen ergreifen, die eine Kapitalbildung fördern — obwohl dies unvermeidlich bei Ländern mit niedrigem Volkseinkommen und geringem Spielraum nach Sicherung des Existenzminimums ein langsamer Prozeß ist. Die Entwicklungsarbeit als solche wird das Volkseinkommen erhöhen und damit die Kapitalbildung fördern.

Großbritannien ist die traditionelle Kapitalquelle für auswärtige Investitionen im Commonwealth und hat in den Kolonialgebieten besondere Verantwortlichkeiten. Die britische Regierung ist entschlossen, den Kapitalstrom aus London für gesunde Entwicklungsvorhaben in allen Teilen des Commonwealth aufrechtzuerhalten und zu verstärken. Das wird jedoch nur möglich sein, wenn Großbritannien die inländische Kapitalbildung auf der erforderlichen Höhe halten und auf dem Ueberseekonto einen Ueberschuß erzielen kann, der die zur Erfüllung seiner bestehenden großen Verpflichtungen erforderlichen Summen übersteigt.

Die Regierung Großbritanniens hat sich jedoch verpflichtet, sich besonders darum zu bemühen, zusätzliches Kapital für die Aufbauarbeit im Commonwealth bereitzustellen, indem sie die Finanzierung von Entwicklungsplänen anderer Commonwealth-Länder erleichtert, die zu einer Verbesserung der Zahlungsbilanz des Sterlinggebietes beitragen. Die Konferenz nahm den Wunsch der Regierung Großbritanniens zur Kenntnis, sicher zu sein, daß, ehe sie solches zusätzliche Kapital für die Aufbauarbeit im Commonwealth zur Verfügung stellt, das betreffende Land selber einen angemessenen Teil seiner Mittel zu Investierungen verwendet, die der Verbesserung der Zahlungsbilanz des Sterlinggebietes dienen, und daß es außerdem bereit ist, sich in ausreichendem Maße an dem besonderen in Frage stehenden Projekt zu beteiligen, damit das Interesse beider Länder an einer möglichst zweckmäßigen und sparsamen Durchführung gewährleistet ist.

Die Konferenz begrüßte den Vorschlag einer Gruppe bedeutender Finanz-, Industrie- und Wirtschaftskonzerne Großbritanniens, eine Gesellschaft zur Förderung der Entwicklung in den anderen Ländern des Commonwealth und Kolonialreiches zu bilden. Sie nahm mit Freude zur Kenntnis, daß eine entsprechende Ankündigung dieser Gruppe heute veröffentlicht wird. Die Konferenz begrüßte auch die Erklärung der Vertreter Großbritanniens, daß die britische Regierung mit der Weltbank für Wiederaufbau und Entwicklung über Abmachungen verhandeln will, um ihren Entschluß in die Tat umzusetzen, Sterlinggelder zur Ausleihung durch die Bank für Projekte zur Verbesserung der Zahlungsbilanz des Sterlinggebietes zur Verfügung zu stellen.

Die Konferenz erkannte den bedeutenden Beitrag an, den Geldgeber außerhalb des Sterlinggebietes, insbesondere in den Vereinigten Staaten, zur wirtschaftlichen Entwicklung im Sterlinggebiet leisten können und stimmte überein, daß jede Anstrengung gemacht werden müsse, um Bedingungen zu schaffen, die solche Investierungen fördern. Sie stimmte ferner darin überein, daß alle Regierungen im Sterlinggebiet danach streben sollten, dies

durch Verminderung von Hindernissen, wie den Bestimmungen für die Kapitalbewegung über die Devisengrenzen hinweg, zu erreichen. Die Regierung Großbritanniens hat das Recht zum Kapitaltransfer über die Devisengrenzen hinweg, das Geldgeber außerhalb des Sterlinggebietes zur Zeit genießen, die seit dem 1. Januar 1950 Kapital in anerkannten Projekten in Großbritannien und im Kolonialreich angelegt haben, einer Nachprüfung unterzogen. Gegenwärtig erstreckt sich dieses Recht nur auf den Sterlinggegenwert der ursprünglichen Kapitalanlage. Die Regierung Großbritanniens teilte der Konferenz ihren Entschluß mit, daß es sich künftig auch auf Kapitalerträge erstrecken soll.

Rohstoffpolitik

Die Konferenz erkannte an, daß es kein Universalheilmittel für das Problem der unstabilen Preise der Rohstoffe gibt. Jede Warenart muß für sich im Lichte der Bedingungen betrachtet werden, die zu dem betreffenden Zeitpunkt vorherrschen, und die Umstände müssen bestimmen, welche Art von Abmachungen angebracht sind. Die Konferenz stimmte überein, daß heftige Schwankungen und ein unwirtschaftliches Niveau der Rohstoffpreise den Interessen sowohl der Verbraucher als auch der Erzeuger zuwiderlaufen.

Alle Commonwealth-Regierungen sind daher bereit, bei der Beratung internationaler Regelungen für jeden einzelnen Rohstoff zusammenzuarbeiten, die geeignet sind, eine Stabilität der Nachfrage und der Preise auf einem wirtschaftlichen Stand sicherzustellen. Sie erkennen auch die Notwendigkeit einer Uebereinkunft über ein Verfahren an, um die betreffenden Regierungen zur Beratung von Maßnahmen im Falle eines im Welthandel plötzlich auftretenden Rohstoffüberflusses oder -mangels zusammenzurufen.

Vorzugszollsystem

Der Wert der bestehenden Vorzugszölle wurde auf der Konferenz allgemein anerkannt.

Auf Initiative Großbritanniens fand eine Diskussion statt über den Vorschlag, alle Commonwealth-Länder sollten gemeinsam die Aufhebung des im Internationalen Handels- und Zollabkommen (GATT) verankerten Grundsatzes „keine neuen Vorzugszölle“ anstreben. Dieser Vorschlag Großbritanniens fand bei den Vertretern einiger Länder Unterstützung. Die Vertreter anderer Länder vertraten die Ansicht, daß ein derartiger Schritt dem anerkannten Ziel der Wiederherstellung des multilateralen Welthandels nicht förderlich sei, und die Konferenz konnte ihn daher nicht unterstützen.

Alle Commonwealth-Regierungen beschlossen jedoch, bei einer Fühlungnahme mit anderen Vertragspartnern des GATT zwecks Ueberwindung besonderer, sich aus dem Zolltarif Großbritanniens ergebender Schwierigkeiten mit Großbritannien zusammenzuarbeiten. Das Ziel wäre, Großbritannien im Einklang mit den grundsätzlichen GATT-Bestimmungen auch weiterhin die zollfreie Einfuhr von Waren aus dem Commonwealth zu ermöglichen, ungeachtet irgendwelcher Zollerhöhungen, die zum Schutz der einheimischen Industrie und der Landwirtschaft Großbritanniens von Zeit zu Zeit notwendig werden sollten. Die Commonwealth-Regierungen kamen ferner überein, gewisse besondere Zollprobleme, die die Kolonien berühren, wohlwollend zu prüfen.

Internationale Maßnahmen

Entschlossene Maßnahmen in Uebereinstimmung mit den oben aufgeführten Beschlüssen werden an sich bereits stark dazu beitragen, die Wirtschaft der Sterlingländer des Commonwealth zu stärken. Aber das ist nicht genug. Maßnahmen innerhalb eines weitergezogenen Bereichs sind ebenfalls notwendig. Die Konferenz beschloß daher, andere Länder zur Mitarbeit an einem Plan zu gewinnen, der die Voraussetzungen für eine Ausweitung der Welterzeugung und des Welthandels schaffen soll. Das Ziel ist, eine internationale Uebereinkunft über die sowohl seitens der Gläubiger- als auch der Schuldnerländer zu verfolgende Politik herbeizuführen, die das Gleichgewicht in der Weltwirtschaft nach dem Grundsatz „Handel und nicht Hilfe“ wiederherstellt und schrittweise und innerhalb angemessener Zeit ein echtes multilaterales Handels- und Zahlungssystem schafft, das räumlich so umfassend wie nur möglich ist.

Handel

Der Plan sieht positive internationale Maßnahmen zum schrittweisen, den Umständen angemessenen Abbau von Einfuhrbeschränkungen vor, die eingeführt wurden, um die äußere Zahlungsbilanz eines Landes auszugleichen. Sowohl Gläubiger- wie Schuldnerländer werden Maßnahmen ergreifen müssen. Das Maß des Fortschritts im Abbau diskriminierender Maßnahmen wird von dem Fortschritt in der Herstellung des Gleichgewichts zwischen den Vereinigten Staaten und der übrigen Welt abhängen.

Die Sterlingländer des Commonwealth werden nicht alle in der Lage sein, die Restriktionen zur gleichen Zeit aufzuheben. Besonders die Vertreter einiger Länder betonten, sie müßten ihre Devisen weiterhin so verwenden, daß sie in der Lage sind, ihre geplanten Entwicklungsprogramme mit dem größten Nachdruck durchzuführen, und daß sie Einfuhrbeschränkungen für diesen Zweck wahrscheinlich weiterhin brauchen werden.

Finanzen

Die Konferenz kam überein, es sei nicht nur für Großbritannien und den Sterlingraum, sondern auch für die Welt wichtig, daß das Pfund seine Rolle als Träger des Welthandels und Weltzahlungsverkehrs voll wieder aufnimmt. Ein integrierender Bestandteil jedes echten multilateralen Systems ist die Wiederherstellung der Konvertibilität des Pfundes; aber diese kann nur in Etappen erreicht werden. Die Herbeiführung der Konvertibilität wird grundlegend von drei Vorbedingungen abhängen:

a) einem weiteren Erfolg der Maßnahmen der Sterlingländer des Commonwealth selber, wie oben skizziert;

b) der Aussicht, daß die handeltreibenden Nationen eine Handelspolitik einschlagen, die einer Erweiterung des Welthandels dienlich ist;

c) dem Vorhandensein ausreichender finanzieller Unterstützung durch den Internationalen Währungsfonds oder andere Stellen.

Verfahren

Es wird vorgeschlagen, die Regierungen der USA und der europäischen Länder, deren Mitarbeit wesentlich ist, für die Annahme dieses Planes zu gewinnen, und sich so weit wie möglich der bestehenden für Finanz- und Handelsfragen zuständigen internationalen Institutionen zu bedienen.

Die einzelnen Etappen dieses Planes können zeitlich heute noch nicht festgelegt werden. Dies kann erst geschehen, sobald die notwendigen Vorbedingungen in ausreichendem Maße geschaffen sind.

Schlußfolgerung

Die Konferenz ist glücklich, diesen Bericht über die Zuversicht und das Einvernehmen, die bei den Mitgliedsländern des Commonwealth herrschten, und über die weitgehende Uebereinstimmung, die sie auf dem Gesamtgebiet der Wirtschaftspolitik erzielen konnten, vorlegen zu können. Die Ziele ihrer Zusammenarbeit sind voll und ganz mit den engen Bindungen an die USA und die Mitgliedsländer der OEEC vereinbar. Die Commonwealth-Länder richten ihren Blick nach außen auf eine ähnliche Zusammenarbeit mit anderen Ländern, nicht nach innen auf eine geschlossene Gemeinschaft. Es ist ihr gemeinsames Ziel, durch ihre eigenen Anstrengungen und zusammen mit anderen Ländern den Welthandel zum wechselseitigen Besten aller Völker auszuweiten.

Quelle: *British Information* Nr. 178 vom 22. 12. 1952.

WIRTSCHAFTS-ARCHIV

8. JAHR | 20. JANUAR 1953 | 2. FOLGE

Das Schicksal des Einzelhandels in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

Von Dr. Felix Pöhler

Vorbemerkung

Das Europa-Archiv hat die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands immer mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Sie bietet, abgesehen von dem Sonderfall der sowjetischen Zone Oesterreichs, das für den Westen noch am leichtesten überschaubare Experimentierfeld der sowjetischen Integrationsmethoden. In diesem Zusammenhang ist der nachfolgende Bericht über die Stellung des Einzelhandels in der Versorgung der Bevölkerung der sowjetischen Zone besonders instruktiv*. Träger des Einzelhandels sind vor allem der volkseigene Einzelhandel mit 11 993 Verkaufsstellen (Juni 1952), der konsumgenossenschaftliche Einzelhandel mit etwa 16 000 Verkaufsstellen (Ende 1951) und der private Einzelhandel, der Anfang 1951 etwa 100 000 Betriebe umfaßte. Außer den angeführten Einzelhandelsorganen gibt es noch einen sogenannten „Freien Markt", auf dem die Bauern ihre „freien Spitzen", d. h. ihre über das ablieferungspflichtige Soll hinausgehende Produktion frei verkaufen können. Praktisch hat dieser freie Markt jedoch keine Bedeutung, da das Ablieferungs-Soll sehr hoch angesetzt ist und die freien Spitzen ebenfalls von den „Vereinigungen Volkseigener Erfassungs- und Aufkauf-Betriebe" (VVEAB), allerdings zu höheren als den für das Ablieferungs-Soll gewährten Preisen, aufgekauft werden. Der gesamte Einzelhandel wird vom Ministerium für Handel und Versorgung gelenkt. Die Handelsorganisation (HO) wird überdies von der Hauptabteilung für Staatlichen Einzelhandel dieses Ministeriums als höchster Spitze verwaltet.

Pöhler schreibt dazu a. a. O.: „‚Ausverkauf' — ‚Weiße Woche' —, diese Handelsmethoden waren bisher in der Sowjetzone als kapitalistisch gebrandmarkt, Anfang 1952 führte sie die Handelsorganisation (HO) mit dem Anschein größter Selbstverständlichkeit ein. Daraus darf man nicht etwa auf ein so großes Warenangebot schließen, daß Sonderaktionen notwendig wären, um den Waren der neuen Saison Platz zu machen. Diese Maßnahmen sind aber auch nicht mehr die Auswirkungen einer Situation ähnlich der von 1949, als bei sonst allgemeinem Mangel auf einem kleinen Ausschnitt des Textilgebietes eine ‚Fülle' in minderwertigen Stoffen entstanden war, der damals durch die Sonderaktion ‚Waren ohne Punkte' (WOP) begegnet wurde. Der Wechsel in der Steuerung ist vielmehr als Symptom dafür zu werten, daß mit der zunehmenden Besserung der Versorgungslage der Handelsapparat in der Sowjetzone an Bedeutung gewinnt ... Für den Handel bedeutet die veränderte Versorgungslage wesentlich eine Aufgabenverschiebung. Der Konsument erhält zunehmend die Möglichkeit der Verbrauchswahl. Hier entsteht nun gleichzeitig für die Wirtschaft der Sowjetzone eine Klippe, da der Mangel sich mitunter leichter beherrschen läßt als die Fülle.

Der Handelsapparat wurde im Vergleich zu den ‚Reformen' auf anderen Gebieten der sowjetzonalen Wirtschaft zunächst vernachlässigt. Nun, da man ihm mehr Aufmerksamkeit schenkt, wird er aber ebenfalls von dem Umgestaltungsprozeß erfaßt. So wurde z. B. mit Verordnung vom 27. September 1950 bestimmt, daß jede selbständig finanzierende Stelle der volkseigenen Handelsorgane vom 2. Halbjahr 1950 ab verpflichtet ist, Betriebspläne auf der Grundlage des Volkswirtschaftsplanes bzw. der Warenbewegungs- und Finanzpläne aufzustellen. Nach Bestätigung durch die zuständigen Behörden sind die ‚VEB-Pläne Handel' für die gesamte Tätigkeit des volkseigenen Handels verbindlich.

Nicht nur der staatliche, auch der genossenschaftliche und der private Handel sind an Pläne gebunden, die von der Staatlichen Plankommission aufgestellt werden. Die Verteilung aller Waren sowohl aus dem eigenen Aufkommen der Sowjetzone als auch aus Importen erfolgt nach festen Verteilerplänen, die Bestandteil der Volkswirtschaftspläne sind. Die Plankommission kontrolliert laufend die Planerfüllung durch die bei ihr eingehenden Berichterstattungen."

Co.

*) Er entstammt einer Untersuchung „Der Untergang des privaten Einzelhandels in der sowjetischen Besatzungszone", die demnächst in der Reihe „Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland" vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen herausgegeben werden wird.

Die Beteiligung der Handelsträger am Gesamtumsatz

Entwicklung

Die Handelsorganisation (HO) hat ihren ursprünglichen Charakter bereits weitgehend gewandelt. Sie ist, ausgehend von einem Sondermarkt mit eigenem Preisniveau, in den Einzelhandel mit Normalpreisen hineingewachsen und dringt in die Betriebe und auf das flache Land vor.

Der Einzelhandel der sowjetischen Zone (ohne Ost-Berlin) befand sich 1946 zu 86 vH in privater Hand, während die restlichen 14 vH auf die wieder ins Leben gerufenen Konsumgenossenschaften entfielen. Die Relation änderte sich 1947 auf 83 vH : 17 vH und 1948 auf 82 vH : 17 vH; das restliche Prozent trug 1948 die neugegründete HO[1]. Zunächst zum Teil infolge der überhöhten Preise (vgl. Tabelle 1 im Anhang S. 5452) vergrößerte die HO ihren Anteil am Gesamtumsatz in den Jahren 1949 bis 1951 auf 20,7 vH und 36,1 vH (vgl. Tabelle 2). Diese Steigerung ging allein zu Lasten des privaten Handels, dessen Anteil auf 62,9 vH im Jahre 1949 und auf 43,7 vH im Jahre 1951 sank, während die Konsumgenossenschaften ihre Stellung etwas verbesserten (1949: 16,4 vH, 1951: 20,2 vH).

Der Fünfjahrplan zeigt deutlich die Tendenz zur weiteren Verdrängung des privaten Einzelhandels. Er soll an der geplanten Umsatzsteigerung nicht beteiligt werden, sondern lediglich den bisherigen Umsatz von etwa 9 Milliarden DM behalten, der 1955 nur noch etwa ein Drittel (34,3 vH) des Gesamtumsatzes ausmachen soll. In seiner Bedeutung für die Lebenshaltung ist dieser Rückgang noch gewichtiger. Denn im Zuge der Preisangleichung bei Warenfreigaben nehmen die Privatbetriebe Preiserhöhungen vor, während die HO durch Preissenkungen eine Steigerung des Umsatzes erreicht, die real über den Nominalwerten liegt. Die Konsumgenossenschaften sollten schon vor Inkrafttreten des Fünfjahrplanes ihren Umsatzanteil erhöhen, sie haben jedoch die ihnen gebotene Chance nicht wahrgenommen. Nun soll ihr Anteil planmäßig von rund 17 vH im Jahre 1950 auf 25 vH im Jahre 1955 anwachsen. Da gleichzeitig der Anteil der HO kontinuierlich von 26,6 vH auf 40,7 vH steigen soll, würden beim Auslauf des Fünfjahrplanes zwei Drittel des Einzelhandels unmittelbar unter staatlicher Kontrolle beziehungsweise Lenkung stehen.

Regionale Struktur

Im Ost-Berliner Einzelhandel hat die HO mit einem Umsatzanteil von 39 vH im Jahre 1950 am stärksten Boden gewonnen (vgl. Tabelle 3). Hier soll die HO aus politischen Gründen durch den freien Verkauf beziehungsweise den Verkauf der besseren Qualitäten die Konkurrenz mit West-Berlin antreten und wird daher bevorzugt mit Waren versorgt. Demgegenüber waren die Konsumgenossenschaften in Ost-Berlin relativ am schwächsten beteiligt (11 vH), und auch der private Handel hat hier schon die größte Einbuße erlitten (50 vH). Nächst Ost-Berlin ist in Sachsen der Anteil der HO mit 28 vH am größten, derjenige der Konsumgenossenschaften mit 14 vH am kleinsten. Den Gegenpol zu Ost-Berlin bildet Sachsen beim privaten Einzelhandel, der hier mit einem Anteil von 58 vH unter allen Ländern der Sowjetzone noch die größte Rolle spielt. Dies dürfte darin begründet sein, daß in Sachsen der private Einzelhandel teilweise in enger Verbindung mit der Kleinindustrie steht und daß beide Gruppen diese Tradition pflegen, um sich gegenseitig ihre Existenz zu ermöglichen. Der Umsatzanteil der Konsumgenossenschaften ist in Brandenburg mit 22 vH am höchsten. Hier mußte nach den schweren Zerstörungen der Handelsapparat weitgehend neu geschaffen werden, und die Konsumgenossenschaft war frühzeitig auf dem Plan. Die HO hat von dem Gesamtumsatz des Einzelhandels in der Sowjetzone und in Ost-Berlin im Jahre 1950 27 vH auf sich vereinigt. Unter diesem Durchschnitt lagen ihre Anteile in allen Ländern (außer Sachsen), jedoch betrugen sie auch hier schon rund ein Viertel des Umsa_es.

Warenstruktur

HO, Konsumgenossenschaften und privater Einzelhandel führen grundsätzlich sämtliche Warengattungen des letzten Verbrauchs. Bei allen Waren ist der Anteil des privaten Einzelhandels im Jahre 1950 zurückgegangen[2]. An dem Gesamtumsatz war er 1950 mit 56 vH beteiligt. Bei ihm lag 1950 vornehmlich der Verkauf von Genußmitteln und sonstigen Industriewaren (80 vH beziehungsweise 74 vH); bei Nahrungsgütern gingen 1950 46 vH durch seine Hand, bei Schuhen 41 vH, bei Textilien nur noch 29 vH des Gesamtumsatzes. Die HO mit einer Beteiligung von 27 vH am Gesamtumsatz war bei Textilien mit 39 vH im Jahre 1950 schon am weitesten in den Markt vorgedrungen; bei Nahrungsgütern betrug der Anteil der HO 38 vH, bei Schuhen 26 vH, bei sonstigen Industriewaren 16 vH und bei Genußmitteln 9 vH. Die Konsumgenossenschaften mit einem Anteil von 17 vH am Gesamtumsatz bildeten 1950 nur bei Schuhen und Textilien einen beachtlichen Marktfaktor (33 vH beziehungsweise 32 vH); sie verdankten dies hauptsächlich ihrer bevorzugten Belieferung. Bei Nahrungs-

---

[1]) Werte nach *Wochenberichte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung*, 1951/6, vom 9. 2. 1951.

[2]) Das lassen besonders klar die Anteile des Einzelhandels am Gesamtumsatz im letzten Quartal 1950 erkennen. Trotz der saisonal zu erwartenden Steigerung lagen sie durchweg unter dem Jahresdurchschnitt, zeigten gegenüber dem 1. Halbjahr eine rückläufige Tendenz und fielen bei fast allen Warengattungen sogar gegenüber dem 3. Quartal ab.

gütern haben die Konsumgenossenschaften 1950 nur 16 vH umgesetzt, jedoch dürfte hier in der Folgezeit ihr Anteil ebenfalls auf Grund einer besseren Belieferung gestiegen sein. Bei Genußmitteln und sonstigen Industriewaren war die Beteiligung der Konsumgenossenschaften mit nur 11 vH beziehungsweise 10 vH im Jahre 1950 noch unbedeutend.

Auf welche Güter sich der Absatz der drei Handelsträger in den Ländern konzentriert, zeigt die folgende gruppierende Zahlenübersicht. Die mitunter recht erhebliche Streuung ist sowohl aus der überlieferten Wirtschaftsstruktur als auch aus den neuen Planungen zu ergänzen. Ost-Berlin zeigt auch hier deutlich seine Sonderstellung durch Extremwerte an, die für den Textilien- und Genußmittelverkauf der HO an der Spitze stehen, sonst aber überall die niedrigeren oder niedrigsten Anteile verzeichnen.

Der Anteil der HO am Einzelhandelsumsatz 1950 lag:

am relativ höchsten bei:		am relativ niedrigsten bei:	
Textilien in:		*Alkoholischen Getränken und Tabakwaren* in:	
Ost-Berlin	62 vH	Brandenburg	6 vH
Mecklenburg	39 „	Sachsen	7 „
Sachsen-Anhalt	38 „	Sachsen-Anhalt	8 „
Brandenburg	37 „	Thüringen	9 „
Nahrungsgütern in:		Mecklenburg	11 „
Ost-Berlin	44 „	Ost-Berlin	19 „
Sachsen	43 „		
Thüringen	35 „		

Der Anteil der Konsumgenossenschaften am Einzelhandelsumsatz 1950 lag:

am relativ höchsten bei:		am relativ niedrigsten bei:	
Schuhen in:		*Alkoholischen Getränken und Tabakwaren* in:	
Sachsen-Anhalt	34 vH	Ost-Berlin	5 vH
Sachsen	34 „	Sachsen	8 „
Mecklenburg	33 „	Thüringen	8 „
Ost-Berlin	27 „	Brandenburg	15 „
Textilien in:		*Sonstigen Industriewaren* in:	
Thüringen	39 „	Sachsen	8 „
Brandenburg	39 „	Mecklenburg	11 „
		Sachsen-Anhalt	11 „
		Brandenburg	15 „

Der Anteil des privaten Einzelhandels am Umsatz 1950 lag:

am relativ höchsten bei:		am relativ niedrigsten bei:	
Alkoholischen Getränken und Tabakwaren in:		*Textilien in:*	
Sachsen	85 vH	Ost-Berlin	18 vH
Thüringen	83 „	Brandenburg	24 „
Brandenburg	79 „	Sachsen-Anhalt	31 „
Sachsen-Anhalt	79 „	Thüringen	32 „
Mecklenburg	75 „	Mecklenburg	32 „
Ost-Berlin	74 „	Sachsen	39 „

Die Handelsträger im einzelnen

Die Handelsorganisation (HO)

In der Versorgung der Bevölkerung sowohl für den täglichen Bedarf als auch für Anschaffungen aller Art (Bekleidung, Möbel, Hausgerät usw.) hat die HO stetig an Bedeutung gewonnen. Im November 1948 wurde sie zur Abschöpfung freier Kaufkraft und deren Verwendung für Investitionen und Reparationsleistungen ins Leben gerufen[3]. Von den Kaufzentren, den Großstädten und Industriegebieten mit ihrer großen Nachfrage nach zusätzlicher Belieferung mit Lebensmitteln und industriellen Verbrauchswaren ausgehend, hat sich die HO in schneller, ja bald überstürzter Folge über die ganze sowjetische Zone und Ost-Berlin verbreitet.

Die Umsatzsteuerstatistik vom 10. April 1949 wies in der Rubrik „Freie Läden und Gaststätten" (= HO) erst 68 (39 beziehungsweise 29) Pflichtige aus. Am 31. Juli 1950 aber bestanden schon 3067 HO-Verkaufsstellen, von denen auf die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zusammen rund drei Viertel entfielen.

1950/52 setzte eine weitere Expansion der HO ein. Ein privater Einzelhändler nach dem anderen mußte den Verkaufsstellen der HO weichen, sei es, daß er sein Geschäft ganz aufgeben oder auf eine Filiale verzichten mußte, sei es, daß er in einen anderen kleineren oder ungünstiger gelegenen Laden umzuziehen gezwungen wurde. Geschlossene Läden wurden für die HO wieder eröffnet, neue wurden ausgebaut.

Anzahl der HO-Verkaufsstellen

Zeitpunkt	Warenhäuser	Industriewaren	Lebensmittel	Gaststätten	Insgesamt
30. 6. 1951	6	2205	8066	828	11 105
30. 6. 1952	7	2327	8674	985	11 993

Die HO wich nun aber von dem Prinzip des Alleinverkaufs in eigenen Läden ab und ging in wachsen-

3) *Verwendung des Aufkommens an Haushaltsaufschlägen* in Mill. DM

	1949	1950	1951	1952 (Plan)
a) für Investitionen	1 470	2 202	2 504	2 954
b) für Reparationen und Besatzungskosten	260	425	ca. 430	ca. 450

Auch in Westdeutschland hat der Preisanstieg nach der Währungsreform den Unternehmen weitgehend eine Finanzierung aus den Preisen (Selbstfinanzierung) gestattet. In der sowjetischen Zone wird aber diese Möglichkeit für den Staat durch den Versuch, die Kostensteigerung zurückzuhalten — HO-Preise gehen ja nicht in die Produktionskosten ein! — noch über das Maß erweitert, das sich schon aus der großen Dringlichkeit der Nachfrage ergibt. Allerdings ist die Spanne seit 1948 ständig kleiner geworden.

dem Maße dazu über, den Konsumgenossenschaften und dem privaten Einzelhandel HO-Waren in Kommission zum Verkauf zu geben. Breite neue Käuferschichten in Stadt und Land konnten auf diese Weise vornehmlich mit den Waren des täglichen Bedarfs erfaßt werden. Hier ist insbesondere auf die Sonderaktion „Verbesserte Versorgung der ländlichen Bevölkerung" (VVdL) hinzuweisen, die auch den Umsatz in eigenen HO-Verkaufsstellen fördert, vor allem aber Zahl und Umfang der Agentur-Verträge steigert (vgl. S. 5449); darüber hinaus betreibt die HO im Rahmen dieser Aktion mit Wagenzügen und dergleichen ambulanten Handel. Die „fliegenden Händler" bei Veranstaltungen, Demonstrationen und Festen aller Art werden überhaupt im allgemeinen von der HO gestellt. Auch in die Betriebe drang die HO vor. Die Sonderaktion „Bevorzugte Versorgung der Schwerpunktbetriebe" (BVdS) führte zu der Einrichtung von Betriebsverkaufsstellen. Als Einzeleinsatz wurde beispielsweise im Gebäude der Sozialversicherung eine Verkaufsstelle eröffnet, um die Rentner bei Abholung ihrer Rente gleich zu Einkäufen zu veranlassen.

Die Dichte des Verkaufsstellennetzes ist in den Ländern der sowjetischen Zone und Ost-Berlin unterschiedlich. So hat zum Beispiel Ost-Berlin einen niedrigen zahlenmäßigen Anteil, bei dem aber zu berücksichtigen ist, daß es sich um relativ große Verkaufsstellen handelt. Bei der Neueinrichtung spielen Bevölkerungsdichte, Siedlungs- und soziale Struktur eine wesentliche Rolle.

Das enge Netz von HO-Verkaufsstellen gewinnt für den gesamten Einzelhandel in der sowjetischen Zone an Bedeutung in dem Maße, in dem die Rationierung aufgehoben wird. Die freigegebenen Waren bietet die HO weiterhin an, und zwar dann nicht mehr zu den früheren überhöhten Preisen. So wird die HO für den übrigen Einzelhandel zur echten Konkurrenz.

Bis Ende 1950 war die HO ein ungeteiltes Ganzes unter einer zentralen Leitung. Dieser waren in Ost-Berlin und in den fünf Ländern Landesleitungen unterstellt, von denen jede mehrere Hauptgeschäftsleitungen umfaßte. Die einzelnen Branchen (gewerbliche Gebrauchsgüter, Nahrungs- und Genußmittel usw.) bildeten lediglich besondere Geschäftsbereiche innerhalb der einheitlichen Organisation.

Die ständige Ausweitung der HO führte dann zu einer Aufgliederung. Bereits 1950 waren die Gaststätten vorübergehend ausgesondert worden, da sie als weiterverarbeitende Betriebe unter anderen Bedingungen tätig waren als die reinen Verkaufsstellen. Anfang 1951 wurde die Neuorganisation durchgeführt. Seitdem bestehen vier selbständige, der Hauptabteilung „Leitung des Staatlichen Einzelhandels" im Ministerium für Handel und Versorgung unmittelbar unterstehende Handelsorganisationen (HO-Warenhäuser, HO-Lebensmittel, HO-Industriewaren, HO-Gaststätten) mit je einer zentralen Leitung und einem Hauptgeschäftsführer. Die Landesleitungen wurden entsprechend aufgegliedert, während die Hauptgeschäftsleitungen innerhalb der Landesleitungen bestehen blieben. Die Warenhäuser unterstehen keiner Landesleitung, sondern unmittelbar ihrer zentralen Leitung in Ost-Berlin. Diese Maßnahmen beanspruchten eine starke Vergrößerung des Verwaltungsapparates und hatten durch den Mangel an Fachkräften (Einkäufern, Buchhaltern usw.) — mit Ausnahme der HO-Gaststätten — im Jahre 1951 eine Untererfüllung des Umsatzplanes zur Folge. Im Zuge der Neugliederung der sowjetischen Zone in 14 Bezirke werden ab Oktober 1952 die Landesleitungen der HO aufgelöst und HO-Bezirksverwaltungen gegründet.

Mit Wirkung vom 1. Juni 1951 wurde eine fünfte, ebenfalls selbständige HO geschaffen: der „Wismut-Handel" mit einer zentralen Leitung in Chemnitz. Dieser HO obliegt die Versorgung der Bevölkerung des Wismut-Gebietes. Vorher war der „Wismut-Handel" dem Verband Deutscher Konsumgenossenschaften angeschlossen und hatte sowohl reguläre Ware zu Normal- wie HO-Ware zu erhöhten Preisen geführt.

Mit der Ausdehnung der HO war bisher eine ständige Umsatzsteigerung verbunden:

Umsatzentwicklung der HO seit ihrer Gründung (sowjetische Zone und Ost-Berlin)

Zeitraum	Soll	Ist	vH der Erfüllung
	Mill. DM		
17. 11. bis 31. 12. 1948	—	60	—
1949	2 200	2 615	118,9
1950	4 415	4 520	102,4
1951	7 400	7 045	95,2
1952	8 700	—	—
1953	9 350	—	—
1954	10 200	—	—
1955	11 000	—	—

Infolge der wiederholten Preissenkungen war die Steigerung der Realumsätze noch größer, als die angegebenen Werte aussagen. Zum Teil bestand diese Steigerung auch in Qualitätsverbesserungen. Mit Ausnahme des Jahres 1951 konnte die HO ihr Umsatzsoll stets etwas überschreiten. Zum Ausgleich für das Vorjahr wurde das im Fünfjahrplan ursprünglich mit 8,4 Milliarden DM angesetzte Soll für 1952 um 300 Millionen DM erhöht.

Das Schwergewicht des HO-Umsatzes liegt in Sachsen und soll noch verstärkt dorthin verlagert werden (vgl. Tabelle 5). Das wird, da für den gesamten Einzelhandelsumsatz in Sachsen keine Steigerung vorgesehen ist und der Anteil der Konsumgenossenschaften nicht geschmälert werden soll, nur zu Lasten des privaten Einzelhandels geschehen können. In den anderen Gebieten, einschließlich Ost-Berlin, ist überall

eine absolute Steigerung der HO-Umsätze geplant, jedoch verbunden mit einem Rückgang des HO-Anteils am Gesamtumsatz. Allerdings soll Ost-Berlin im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl auch noch 1952 ebenso wie in den beiden Vorjahren einen höheren Umsatz behalten als die Länder der sowjetischen Zone. Die Reihenfolge der Länder in den Umsatzwerten soll ihrer Bevölkerungszahl entsprechen, bei gewissen Unterschieden in den Pro-Kopf-Umsätzen, die jedoch im wesentlichen die gleiche Reihenfolge zeigen.

Die HO hat in ihr Verkaufsprogramm, soweit Produktion und Außenhandel es nur irgend erlauben, jeweils Waren des dringlichsten Bedarfs aufgenommen, die durch die anderen Handelsträger zunächst wegen der Bewirtschaftung, später lediglich wegen unzureichender Belieferung, nicht angeboten werden können. Anfangs waren dies in erster Linie Nahrungsmittel, bei denen die HO entsprechende Ueberpreise fordern konnte[4], obwohl ein schwarzer Markt weiterbestand, an dessen Preisen man sich teilweise orientierte. 1949 wurden bei der HO zu 60,8 vH Nahrungsmittel umgesetzt. Ihr Anteil am Umsatzwert ging in den folgenden Jahren etwas zurück, machte aber im Plan für 1952 mit 54,6 vH noch mehr als die Hälfte aus; da die Preissenkungen auf diesem Sektor besonders beträchtlich waren, liegt der reale Anteil der Nahrungsmittel noch über dem genannten Satz. Der restliche Umsatz betrifft etwa zur Hälfte Textilien, deren Preise nicht in demselben Maße herabgesetzt worden sind. Es folgen dann anteilmäßig sonstige Gebrauchs- und Industriewaren, Genußmittel, deren Verkauf im wesentlichen den Konsumgenossenschaften und dem privaten Einzelhandel überlassen bleibt, und schließlich Schuhe. Der Schuhumsatz soll besonders gesteigert werden, da hier, soweit es sich um Schuhe von leidlicher Qualität handelt, die Versorgung bisher völlig unbefriedigend ist.

Trotz des großen ungedeckten Bedarfs an Waren aller Art in der Sowjetzone und trotz der bevorzugten Belieferung aus Produktion und Import gibt es doch bei der HO seit Beginn ihrer Tätigkeit Bestände an unkuranten Waren. Um diese abzustoßen, versucht man zunächst, sie in einem reichen Sortiment regional zu streuen. Von vornherein sollen im übrigen hochwertige und besonders teure Waren nur in den Gebieten mit größter Kaufkraft, dort aber in möglichst reicher Auswahl angeboten werden; Industriewaren oder Nahrungsmittel sollen vorzugsweise dorthin geleitet werden, wo für diese Warengattungen eine entsprechende Aufnahmebereitschaft vermutet werden kann. Erst wenn diese Maßnahmen und zusätzliche Werbeaktionen erfolglos bleiben, werden die Preise gesenkt. Im August/September 1951 waren bei der HO Warenbestände im Werte von 143 Millionen DM unkurant, am 30. November 1951 sogar im Werte von 250 Millionen DM.

Ueberbestände der Handelsorganisationen
(in Millionen DM)

Zeitpunkt	Industriewaren	Lebensmittel	Warenhäuser	Insgesamt
30. 8. 1951	120,9	12,7	9,5	143,1
30. 11. 1951	150	70	30	250

Die HO-Industriewaren beabsichtigte, diese Ueberbestände mit Hilfe von Sonderaktionen abzubauen, wie beispielsweise „HO aufs Land" oder „Verbesserte Versorgung der ländlichen Bevölkerung" (VVdL). Das war zwar bis 30. November 1951 nicht gelungen, jedoch trägt diese Sonderaktion schon allgemein zur Ausweitung des Umsatzes bei. Wenn auch der Weihnachtsmonat (Dezember 1951) nicht den gehofften Erfolg gebracht hat, so wurden doch im Februar 1952 die Planwerte um 34 vH und im März um 16 vH überschritten. Am schlechtesten ist die Erfüllung des Umsatzplanes der Aktion VVdL in Brandenburg und Mecklenburg, also in den ländlichen Gebieten. In Thüringen arbeitete man erfolgreicher, obwohl hier relativ wenig Agenturverträge abgeschlossen wurden; auch in Sachsen erzielte man günstige Ergebnisse, obwohl das Soll für beide Länder laufend erhöht worden ist. Der VVdL-Umsatz macht etwa 3 vH des gesamten durchschnittlichen Monatsumsatzes der HO (nach Jahresplanwerten) aus und fast 12 vH des durchschnittlichen Monatsumsatzes (nach Jahresplanwerten) in gewerblichen Gebrauchsgütern. Geringeres Gewicht hat vergleichsweise die Aktion „Bevorzugte Versorgung der Schwerpunktbetriebe" (BVdS). Jedoch bietet dieses unmittelbare Ansprechen der Konsumenten in der Konkurrenz vor allem mit dem privaten Einzelhandel der HO wesentliche Vorteile[5].

Die Konsumgenossenschaften

Wenn auch nicht nach der Zahl der Verkaufsstellen oder nach der Höhe des Umsatzes, so doch gemessen an der Förderung, die ihnen zuteil wird, folgen im Handelsapparat der Sowjetzone an zweiter Stelle nach der HO die Konsumgenossenschaften.

Nach Kriegsende wurden allmählich die ab 1933 ausgeschalteten Konsumgenossenschaften wieder ins Leben gerufen. Ihr Aufbau wurde durch den Befehl 176 der Sowjetischen Militärverwaltung vom 18. Dezember 1945 stark unterstützt. Bis Ende 1946 wurden 245 Genossenschaften[6] mit 1,25 Millionen Mitgliedern gegründet. In den folgenden fünf Jahren bis Ende 1951 hat sich die Mitgliederzahl trotz stärkster Werbung nur verdoppelt. 1950/51 waren nur 100 000 Mitglieder als Nettozugang zu verzeichnen (vgl. Tabelle 7). Für 1951 war ein Bruttozugang von 300 000

[4]) Im Juli 1949 durchschnittlich 1832 vH von 1938.
[5]) Ein anderes Beispiel für die bevorzugte Stellung der HO: die privaten Bäckereien dürfen Brötchen nicht austragen; die HO wirbt gerade durch deren Lieferung ins Haus.
[6]) Brandenburg 67; Mecklenburg 30; Sachsen-Anhalt 40; Thüringen 43; Sachsen 57; Ost-Berlin 8.

Mitgliedern geplant, aber nur 240 000 wurden geworben. In Ost-Berlin war das Ergebnis besonders unbefriedigend, hier war 1949/50 der Mitgliederbestand sogar rückläufig. Die starke Werbung für die Konsumgenossenschaften hält an, nicht zuletzt deswegen, weil mit ihrer fortschreitenden Umwandlung in eine „demokratische Massenorganisation“ ein weiteres Instrument zur politischen Beeinflussung der Bevölkerung geschaffen werden soll. Im August 1949 wurden die Konsumgenossenschaften im „Verband Deutscher Konsumgenossenschaften“ zusammengeschlossen; in jedem Land bestanden bisher Landesverbände, die aber ebenfalls im Rahmen der Neuordnung der sowjetzonalen Verwaltung aufgelöst werden. Ihre Aufgaben werden von 14 Bezirksverbänden wahrgenommen werden. An die Stelle der „Konsumgenossenschaft Groß-Berlin“ sollen wieder die früheren Bezirks-Konsumgenossenschaften treten.

Das Verkaufsstellennetz der Konsumgenossenschaften ist schneller gewachsen als der Mitgliederbestand (vgl. Tabelle 7). Die Zahl der Verkaufsstellen hat sich von 1948 bis Ende 1951 fast verdoppelt, während sich die Zahl der Mitglieder in derselben Zeit nur um etwa ein Drittel vermehrte. Darüber hinaus nahmen die Konsumgenossenschaften ebenso wie die HO mit besonders ausgestatteten Wagen am ambulanten Handel teil, sowohl zur ständigen Belieferung der ländlichen Bevölkerung als auch bei den verschiedensten besonderen Anlässen. Der Kundenkreis geht über den der Mitglieder weit hinaus. Ende 1950 rechneten die Konsumgenossenschaften mit etwa 6 Millionen Kunden, Ende 1951 mit 6,8 Millionen, also mit mehr als einem Drittel der Bevölkerung. In Brandenburg waren es 1950 etwa 960 000 Kunden, in Sachsen 2,2 Millionen; in beiden Ländern lagen die Werte im Verhältnis zur Bevölkerung besonders hoch. Ost-Berlin zählte zum gleichen Zeitpunkt etwa 300 000 Kunden. Die bevorzugte Belieferung der Konsumgenossenschaften mit Mangelwaren beziehungsweise mit den besseren Qualitäten hat viele Käufer angezogen. Außerdem wurden zeitweise die obersten Gruppen der Zusatz-Lebensmittelkarten (A und B) sowie die drei Gruppen der „Intelligenzkarten“ nur in besonderen Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaften beliefert.

Die Konsumgenossenschaften haben vor allem in Brandenburg Fuß gefaßt. Das macht sich weniger in den Mitgliederzahlen bemerkbar — diese liegen auch in Thüringen und Sachsen-Anhalt relativ hoch — als in der Zahl der Verkaufsstellen. Brandenburg verfügt über das dichteste Netz. Auf 934 Einwohner entfiel 1950 eine Verkaufsstelle. Bei etwa gleicher Bevölkerungsdichte stand in Mecklenburg eine Verkaufsstelle für 1724 Einwohner zur Verfügung; hier ist die HO stärker vertreten. In dem dichtbesiedelten und von der HO besonders berücksichtigten Ost-Berlin hatten die Konsumgenossenschaften wiederum relativ mehr Mitglieder als Verkaufsstellen. Die Entwicklung 1951 brachte nur ganz geringe Verschiebungen mit sich.

Der Umsatz der Konsumgenossenschaften blieb bisher ständig unbefriedigend. Das hochgestellte Soll wird in Zukunft trotz der bevorzugten Belieferung wohl kaum erreicht werden. Zwar stieg der Gesamtumsatz laufend (vgl. Tabelle 8), aber die Konsumgenossenschaften erreichten nicht die ihnen zugedachte Position in dem Handelsapparat der Sowjetzone. Im ersten Halbjahr 1949 erfüllten sie ihr Soll von 700 Millionen DM zu 139 vH (971,8 Millionen DM), im ersten Halbjahr 1950 blieben sie jedoch um 9 vH darunter, da das zweite Quartal 1950 mit nur 82 vH des Planes abschloß.

Da die anderen Handelsträger im ersten Halbjahr 1950 ihr Soll übererfüllten, konnten die Konsumgenossenschaften den für sie vorgesehenen Anteil am Gesamtumsatz nicht wahrnehmen. Nach dem Fünfjahrplan sollen die Konsumgenossenschaften im Jahre 1955 236 vH des Planes von 1950 (2,86 Millionen DM) und damit eine fast ebenso große Umsatzsteigerung erreichen wie die HO (Vergleichswert 1955 = 250 vH vom Plan 1950). Für 1951 wurde eine Erfüllung des Verkaufsplanes mit 102 vH bekanntgegeben[7]. Dabei war Brandenburg 1950 mit 15,8 vH an dem Umsatz der Konsumgenossenschaften in der sowjetischen Zone und in Ost-Berlin relativ hoch beteiligt. Sachsen (27,3 vH) und Ost-Berlin (8,0 vH) hatten einen verhältnismäßig geringen Anteil, Mecklenburg (10,3 vH), Thüringen (15,8 vH), Sachsen-Anhalt (22,8 vH) lagen etwa auf dem Durchschnitt (vgl. auch Tabelle 3).

Lagerbestände an unkuranten Waren bei den Konsumgenossenschaften Herbst 1950

Gebiet	Bestand an unkuranten Waren Mill. DM	vH	Anteil der Länder am Gesamtumsatz*) 1950 vH
Brandenburg	3,9	15,3	15,8
Mecklenburg	3,6	14,1	10,3
Sachsen-Anhalt	5,7	22,3	22,8
Thüringen	4,3	16,9	15,8
Sachsen	6,5	25,5	27,3
Ost-Berlin	1,5	5,9	8,0
Insgesamt	25,5	100,0	100,0

*) 1. Halbjahr Ist-Werte, 2. Halbjahr Plan-Werte.

Auch bei den Konsumgenossenschaften gibt es unkurante Waren. Im Herbst 1950 belief sich ihr Wert auf 25,5 Millionen DM, hiervon war etwa ein Viertel (6,3 Millionen DM) als unverkäuflich anzusehen. Die übrigen als unkurant bezeichneten Waren lagen zu hoch im Preis, um auf Punkte der Bezugskarten verkauft werden zu können; dabei handelte es sich wohl hauptsächlich um Textilien. Ab November

7) Zweiter deutscher Genossenschaftstag, Februar 1952, in Berlin.

1950 waren infolgedessen die unkuranten Waren weitgehend für etwa die Hälfte der vordem erforderlichen Punkte erhältlich. In Mecklenburg war der Bestand an unkuranten Waren im Verhältnis zum Umsatz mit 14,1 vH (3,6 Millionen DM) besonders hoch, während die Relationen für Ost-Berlin und Sachsen günstiger waren.

Auch bei den Konsumgenossenschaften steht der Lebensmittelhandel im Vordergrund, vornehmlich in den sächsischen und thüringischen Industriegebieten, weniger in Mecklenburg[8] und Ost-Berlin. Im 1. Halbjahr 1950 wurde das Soll im Lebensmittelumsatz nur mit 70 vH erfüllt. Damit verliert die Steigerung des Absatzes von Lebensmitteln im 1. Quartal 1951 um 59,5 vH gegenüber dem 1. Quartal 1950 entsprechend an Gewicht. Durch den Ueberhang aus der alten Punktkarte und die Ausgabe einer neuen erhöhte sich im 1. Halbjahr 1950 der Umsatz in Textilien, Schuhen und sonstigen Industriewaren (587,8 Millionen DM = 120 vH des Plans) und überstieg sogar den Umsatz an Lebensmitteln. Die Entwicklung im 2. Halbjahr 1950 ist anscheinend nicht entsprechend gewesen.

Der private Einzelhandel

Die kommunistische Propaganda behauptet, daß der Privathandel der Sowjetzone in einem „gesunden Wettbewerb" mit den anderen Einzelhandelsorganen stehe und der Privatinitiative freier Spielraum gelassen werde. Tatsächlich wird jedoch die gesamte Privatwirtschaft in jeder nur möglichen Weise gehemmt. Der private Einzelhandel steht entscheidend unter dem Aspekt einer planmäßigen Anteilschmälerung am Gesamtumsatz. Diese ist allerdings bisher vielfach hinter den vorgesehenen Quoten zurückgeblieben. Der private Einzelhandel hat in den Jahren 1949 und 1950 einen größeren Anteil am Gesamtumsatz gehabt, als man ihm in den Plänen zugestehen wollte, sein „Ist"-Anteil in diesen Zeiträumen überschritt den „Soll"-Anteil.

Genaue Zahlen über die Verkaufsstellen des privaten Einzelhandels können für das Gesamtgebiet der Sowjetzone und Ost-Berlins nicht angegeben werden. Nach der Anzahl dürften auch heute noch die Verkaufsstellen des privaten Einzelhandels gegenüber denen der HO und der Konsumgenossenschaften überwiegen[9], die Vorrangstellung im Umsatz geht aber verloren. In der Zeit der strengen Bewirtschaftung, des allgemeinen Warenmangels und der sich hieraus notwendig ergebenden geringen Umsätze diente manchen Betrieben der Schwarzhandel zur Aufrechterhaltung der Existenz, die durch eigene Leistung infolge der unzureichenden planmäßigen Zuteilungen und der Benachteiligung gegenüber dem konsumgenossenschaftlichen Einzelhandel nicht gesichert werden konnte. Heute benutzt der private Einzelhandel die Möglichkeit des kommissionsweisen Verkaufs für die HO als Notlösung, um überhaupt im Geschäft zu bleiben, wenn auch die Verdienstmöglichkeiten hierbei gering sind.

Der private Einzelhandel hat sich 1950 in Sachsen noch den breitesten Raum gewahrt. Am weitesten zurückgedrängt wurde er in Ost-Berlin (vgl. auch Tabelle 3).

Qualitativ sowie im Sortiment muß der private Einzelhandel in dem relativ größten Angebot von Lebensmitteln vielfach hinter HO und Konsumgenossenschaften zurückbleiben. Besonders auffällig ist sein hoher Anteil an dem Umsatz von Genußmitteln, deren Verkauf man ihm frühzeitig überlassen hat, während der Textilabsatz eine Domäne der HO und der Konsumgenossenschaften wurde. Schon bei der Zuteilung punktpflichtiger Waren wurde der private Einzelhandel benachteiligt. Relativ hoch ist sein Umsatz in sonstigen Industriewaren, allerdings handelt es sich auch hier vielfach um die minderwertigen Sortimente. Je nach der Wirtschafts- (und Konsumenten-) Struktur zeigen sich im Umsatz des privaten Einzelhandels bei den Warengruppen regional Unterschiede (vgl. Tabelle 6).

Zusammenfassung

Der Handelsapparat der sowjetischen Zone und Ost-Berlins ist mit Besserung der Versorgung der Bevölkerung weitgehend umgestaltet worden. Die Staatliche Handelsorganisation (HO) und die fast gleichermaßen staatlich beeinflußten Konsumgenossenschaften traten in den Vordergrund. Ihre wachsende Bedeutung läßt sich an den steigenden Umsatzwerten ablesen. HO und Konsumgenossenschaften trachten danach, den besonders dringenden Bedarf zu befriedigen und bessere Kaufmöglichkeiten zu bieten. Durch ständige organisatorische Aenderungen, Verbesserungen der Rechnungsführung, der Kartengestaltung, der Verkaufsstruktur (mit Wettbewerben aller Art) versucht man, das hochgestellte Ziel zu erreichen. Demgegenüber werden dem privaten Einzelhandel nur wenig Entwicklungsmöglichkeiten gegeben, es sei denn als Kommissionär für die HO.Unregelmäßigkeit der Versorgung, Mängel in Qualität und Sortiment der angebotenen Waren kennzeichnen trotz offenbarer Fortschritte weiterhin den Handelsapparat der Sowjetzone.

8) In 1949 entfielen auch in Mecklenburg 38,1 vH des Gesamtumsatzes (207 Millionen DM) auf Lebensmittel, während Textilien und Schuhe nur 31 vH ausmachten. Hier bilden die realen Versorgungsmöglichkeiten noch die Grenze; 21,4 vH entfielen auf Spirituosen und Tabak, 9,5 vH auf Haus- und Wirtschaftswaren.

9) In Ost-Berlin gab es 1950 rund 5000 private Lebensmitteleinzelhändler (603 Konsum-Verkaufsstellen, 173 der HO).

Tabellarischer Anhang

Tabelle 1
Index der Einzelhandelspreise für die sowjetische Zone und Ost-Berlin[1] (1938 = 100)

Normalpreise und HO-Preise *(kursiv)*

Zeit	Gesamtindex		Nahrungsmittel		Genußmittel		Bekleidung		Hausrat	
1949 Juli	335,9	*1 489,4*	134,9	*1 832,0*	795,2	*795,2*	179,2	*1 118,4*	208,7	*662,9*
Oktober	332,2	*1 289,7*	125,9	*1 504,6*	794,4	*794,4*	178,0	*1 118,4*	206,6	*662,9*
1950 Januar	340,6	*1 214,5*	140,4	*1 504,6*	784,4	*784,4*	213,4	*872,0*	220,5	*447,9*
April	344,1	*1 010,1*	140,5	*1 193,6*	784,4	*784,4*	230,9	*847,2*	231,5	*417,9*
Juli	341,7	*777,0*	134,5	*823,3*	785,2	*785,2*	235,5	*835,3*	230,0	*395,7*
Oktober	303,2	*682,9*	137,9	*712,8*	643,7	*643,7*	237,0	*761,6*	227,4	*395,3*
1951 Januar	308,0	*665,4*	150,6	*685,4*	643,2	*643,2*	241,9	*759,8*	224,3	*389,0*

[1]) Vgl. „Die wirtschaftliche Entwicklung in West-Berlin und in der sowjetischen Zone", Schriftenreihe herausgegeben von der Berliner Zentralbank, Heft 3, Berlin 1951, S. 62.

Tabelle 2
Der Einzelhandelsumsatz der sowjetischen Zone und Ost-Berlins nach Handelsträgern 1949—1955[1]

in Milliarden DM und vH *(kursiv)*

Jahr	Gesamtumsatz		Handelsorganisation		Konsumgenossenschaften		Privater Einzelhandel	
1949	12,68	*100,0*	2,62	*20,7*	2,08	*16,4*	7,98	*62,9*
1950	17,00	*100,0*	4,52	*26,6*	2,86	*16,8*	9,62	*56,6*
1951	19,5	*100,0*	7,045	*36,1*	3,935	*20,2*	8,52	*43,7*
1952	23,0	*100,0*	8,7	*37,8*	5,2	*22,6*	9,1	*39,6*
1953	24,05	*100,0*	9,35	*38,9*	5,55	*23,1*	9,15	*38,0*
1954	25,7	*100,0*	10,2	*39,7*	6,2	*24,1*	9,3	*36,2*
1955	27,0	*100,0*	11,0	*40,7*	6,75	*25,0*	9,25	*34,3*

[1]) 1949 bis 1951 Ist-Werte auf Grund verschiedener Wertangaben zusammengestellt und berechnet; 1952 bis 1955 Planwerte, für privaten Einzelhandel als Restgröße ermittelt. Die genannten Umsatzwerte ergeben sich aus den Preisen des jeweiligen Jahres, sind also nicht auf eine vergleichbare Preisbasis gebracht.

Tabelle 3
Der Einzelhandelsumsatz in den Ländern der sowjetischen Zone und Ost-Berlins 1950[1] nach Handelsträgern

in Millionen DM und vH *(kursiv)*

Land	Gesamtorganisation		Handelsorganisation		Konsumgenossenschaften		Privater Einzelhandel	
Sowjetische Zone und Ost-Berlin	16 505	*100*	4 526	*27*	2 751	*17*	9 227	*56*
Brandenburg	1 942	*100*	469	*24*	436	*22*	1 037	*54*
Mecklenburg	1 555	*100*	388	*25*	283	*18*	884	*57*
Sachsen-Anhalt	3 362	*100*	841	*25*	628	*19*	1 893	*56*
Thüringen	2 316	*100*	565	*24*	434	*19*	1 317	*57*
Sachsen	5 289	*100*	1 468	*28*	753	*14*	3 069	*58*
Ost-Berlin	2 041	*100*	793	*39*	221	*11*	1 027	*50*

[1]) 1. Halbjahr 1950 Ist-Werte, 2. Halbjahr 1950 Plan-Werte.

Tabelle 4

Umsatzwerte und Gewinnabführung der Handelsorganisation (HO) 1948—1952 (sowjetische Zone und Ost-Berlin)

Zeitraum	Umsatzwert in Mill. DM	Gewinnabführung[1] in Mill. DM	Gewinnabführung in vH des Umsatzes	Indices[2] (1. Hj. 1949 = 100) Umsatzwert	Indices[2] (1. Hj. 1949 = 100) Gewinnabführung
1	2	3	4	5	6
17. 11. — 31. 12. 1948	60	50	83	—	—
1. Halbjahr 1949	885	650	73	100	100
2. Halbjahr 1949	1 730	1 080	62	195	166
1. Halbjahr 1950	1 899	1 156	61	215	178
2. Halbjahr 1950	2 621	1 471	56	296	226
1. Halbjahr 1951	3 187	1 562	49	360	240
2. Halbjahr 1951	3 858	1 372	35	436	216
Plan 1952	8 700	3 404[3]	39	—	—

[1]) 1948 wurde die gesamte Summe an die Sowjetische Kontrollkommission abgeführt, 1949 rund 260 Millionen DM, 1950 rund 425 Millionen DM und 1951 ca. 430 Millionen DM. (s. a. S. 5448).

[2]) Die Herabsetzung des abzuführenden Steuersatzes (Spalte 4) hatte zur Folge, daß die Gewinnabführung nicht in dem Maße anstieg wie die Umsätze (vgl. Spalten 5 und 6).

[3]) Die Steuerabführung erscheint zu hoch angesetzt, da voraussichtlich der geplante Umsatzwert nicht erreicht werden wird.

Tabelle 5

Der Umsatz der Handelsorganisation (HO) in den Ländern der sowjetischen Zone und Ost-Berlin 1950—1952

in Millionen DM und vH *(kursiv)*

Gebiet	1950		1951		Plan 1952	
Brandenburg	472	*10,4*	744	*10,6*	825	*9,5*
Mecklenburg	384	*8,5*	495	*7,0*	570	*6,6*
Sachsen-Anhalt	852	*18,8*	1 216	*17,3*	1 405	*16,1*
Thüringen	559	*12,4*	712	*10,1*	870	*10,0*
Sachsen	1 450	*32,1*	2 814	*39,9*	3 800	*43,7*
Ost-Berlin	803	*17,8*	1 064	*15,1*	1 230	*14,1*
Sowjetische Zone und Ost-Berlin	4 520	*100,0*	7 045	*100,0*	8 700	*100,0*

Tabelle 6

Umsatz des privaten Einzelhandels in der sowjetischen Zone und Ost-Berlin 1950[1]

in 1000 DM und vH *(kursiv)*

	Nahrungsgüter		Alkoholische Getränke und Tabakwaren		Schuhe		Textilien		Sonstige Industriewaren		Insgesamt[2]	
Sowjetische Zone und Ost-Berlin	3 180	*34,5*	2 709	*29,3*	157	*1,7*	772	*8,4*	2 409	*26,1*	9 227	*100*
Brandenburg	359	*34,6*	323	*31,1*	19	*1,8*	77	*7,4*	260	*25,1*	1 038	*100*
Mecklenburg	299	*33,9*	264	*29,9*	18	*2,0*	88	*10,0*	214	*24,2*	883	*100*
Sachsen-Anhalt	627	*33,1*	581	*30,7*	33	*1,7*	169	*8,9*	484	*25,6*	1 894	*100*
Thüringen	437	*33,2*	411	*31,2*	23	*1,8*	111	*8,5*	333	*25,3*	1 315	*100*
Sachsen	1 093	*35,6*	885	*28,8*	48	*1,6*	253	*8,3*	790	*25,7*	3 069	*100*
Ost-Berlin	364	*35,4*	245	*23,9*	17	*1,7*	73	*7,1*	328	*31,9*	1 027	*100*

[1]) 1. Halbjahr 1950 Ist-Werte, 2. Halbjahr 1950 Plan-Werte.

[2]) Differenzen zu den Werten anderer Anlagen und in der Quersumme erklären sich aus Abrundungen in den Einzelwerten.

Tabelle 7

Die Konsumgenossenschaften in der sowjetischen Zone und Ost-Berlin Mitglieder und Verkaufsstellen 1946—1951

Gebiet	31. 8. 1948	in vH	31. 8. 1949	in vH	30. 6. 1950	in vH	31. 7. 1951[2]	in vH
I. Zahl der Mitglieder[1]								
Brandenburg . . .	291 472	*15,3*	324 615	*14,9*	343 387	*14,3*	348 000[3]	*14,4*
Mecklenburg . . .	101 584	*5,3*	141 448	*6,5*	178 307	*7,4*	—	—
Sachsen-Anhalt . .	486 787	*25,5*	540 584	*24,8*	567 070	*23,6*	—	—
Thüringen	326 185	*17,1*	381 092	*17,4*	426 451	*17,8*	—	—
Sachsen	524 476	*27,5*	614 399	*28,1*	707 324	*29,5*	—	—
Ost-Berlin	178 540	*9,3*	180 567	*8,3*	178 387	*7,4*	—	—
Sowjetische Zone und Ost-Berlin . .	1909 044	*100,0*	2182 705	*100,0*	2400 926	*100,0*	2413 086	*100,0*
II. Zahl der Verkaufsstellen								
Brandenburg . . .	1 610	*19,3*	2 510	*20,2*	2 714	*19,6*	3 011	*19,5*
Mecklenburg . . .	622	*7,5*	1 035	*8,3*	1 246	*9,0*	1 453	*9,4*
Sachsen-Anhalt . .	1 803	*21,6*	2 878	*23,2*	3 275	*23,7*	3 538	*23,0*
Thüringen	1 432	*17,1*	2 188	*17,6*	2 393	*17,3*	2 745	*17,8*
Sachsen	2 435	*29,1*	3 265	*26,3*	3 602	*26,0*	3 975	*25,8*
Ost-Berlin	453	*5,4*	551	*4,4*	603	*4,4*	688	*4,5*
Sowjetische Zone und Ost-Berlin . .	8 355	*100,0*	12 427	*100,0*	13 833	*100,0*	15 410	*100,0*

[1]) Zahl der Mitglieder insgesamt 1946: 1 242 700; 1947: 1 768 900.
[2]) Ende 1951: 2 500 000 Mitglieder, 16 000 Verkaufsstellen. [3]) Meldung vom 21. 7. 1951.

Tabelle 8

Einzelhandelsumsatz der Konsumgenossenschaften in der sowjetischen Zone u. Ost-Berlin 1947—1955

(in Millionen DM)

1947	1948	1949	1950[1]	1951[2]	1952	1953	1954	1955
1122	1465	2000	2755	4000	4800	5550	6200	6750

[1]) 1. Halbjahr 1950 Ist-Werte, 2. Halbjahr Plan-Werte. Die Verteilung auf die Länder ist folgende:

Brandenburg	436	= 15,8 vH
Mecklenburg	283	= 10,3 vH
Sachsen-Anhalt	628	= 22,8 vH
Thüringen	434	= 15,8 vH
Sachsen	753	= 27,3 vH
Ost-Berlin	221	= 8,0 vH

[2]) Ab 1951 Plan-Werte.

AUS DEM ZEITGESCHEHEN

8. JAHR 20. JANUAR 1953 2. FOLGE

Kurzberichte und Zeittafel

Die Ergebnisse der Pariser Tagung des Atlantikrates

Von der zehnten Tagung des Atlantikrates, die in Paris vom 15. bis 18. Dezember 1952 stattfand, waren, wie schon vorher von maßgebenden Teilnehmern betont wurde, keine weitreichenden Beschlüsse zu erwarten. Das lag einesteils an der Zurückhaltung, die sich die amerikanische Delegation im Hinblick auf den bevorstehenden Regierungswechsel auferlegen mußte, andererseits aber auch daran, daß der Jahresbericht, der einen Ueberblick über die Ausführung des auf der Lissabonner Tagung beschlossenen Programms (vgl. EA 6/1952, S. 4773 und 4795) geben soll, noch nicht vorlag.

Die Minister beschränkten sich daher darauf, die von dem Generalsekretär und dem Militärausschuß vorgelegten Berichte zu prüfen, die sich im wesentlichen mit der inneren Organisation der NATO sowie mit Fragen der militärischen Ausbildung, Standardisierung und Strategie befaßten. Aus einem Vorbericht über die Erreichung der in Lissabon gesteckten Rüstungsziele nahm der Rat zur Kenntnis, daß die für das Jahr 1952 vorgesehene Verstärkung praktisch erreicht worden ist. Es wurde jedoch beschlossen, in Zukunft unter Zurückstellung der geplanten zahlenmäßigen Vergrößerung der Streitkräfte in erster Linie ihre Schlagkraft und Ausrüstung zu verbessern, soweit das vorhandene Wirtschaftspotential nicht genügt, um beide Aufgaben gleichzeitig zu erfüllen. Das bedeutet eine Verlangsamung der in Lissabon beschlossenen langfristigen Programme, die besonders von den europäischen Mitgliedstaaten befürwortet wurde, obwohl sich der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, General *Ridgway*, vor dem Rat nachdrücklich für die vollständige Erfüllung des Lissabonner Programms eingesetzt hatte. Mit der Kürzung des „Infrastruktur"-Programms (Ausbau von Flugplätzen) um ein Drittel wurde bereits der erste Schritt in dieser Richtung getan. (Vgl. den Wortlaut des Schlußkommuniqués auf S. 5441—42 dieser Folge.)

In der lange umstrittenen Frage des Oberbefehls im Mittelmeer bestätigte der Rat einen in britisch-amerikanischen Verhandlungen erzielten Kompromiß, mit dem die Rivalität beider Länder um diesen Kommandoposten beigelegt wurde. Zum Oberbefehlshaber im Mittelmeer wurde der britische Admiral Lord *Mountbatten* ernannt, dessen Aufgabenbereich der Schutz der Seeverbindungen sein wird. Daneben werden die schweren Einheiten der amerikanischen 6. Flotte, die hauptsächlich zur Unterstützung der Landstreitkräfte in Südeuropa vorgesehen sind, weiterhin dem Kommando des amerikanischen Admirals *Carney* unterstehen.

Ferner nahm der Rat zu zwei Problemen Stellung, die in enger Verbindung mit der atlantischen Verteidigung stehen: Nachdem die französischen Minister *Schuman* und *Letourneau* die Anstrengungen Frankreichs im Krieg in Indochina eingehend dargelegt und einen Appell an die Solidarität der freien Völker gerichtet hatten, billigte der Rat eine Resolution, in der er den Regierungen der NATO-Staaten die Unterstützung Frankreichs empfahl (vgl. den Wortlaut auf S. 5441 dieser Folge). Zur EVG faßte der Rat eine Entschließung, deren Kern die Bekräftigung ist, daß die atlantische Gemeinschaft nach wie vor großes Interesse am raschen Inkrafttreten des EVG-Vertrages habe (vgl. den Wortlaut auf S. 5441 dieser Folge).

Für eine möglichst rasche Ratifizierung des EVG-Vertrages trat der scheidende amerikanische Außenminister, Dean *Acheson*, noch einmal ausdrücklich ein, als er sich mit einer eindrucksvollen Ansprache vom Atlantikrat verabschiedete. Er betonte, daß auch unter der neuen Regierung die Kontinuität der amerikanischen Außenpolitik gewiß sei.

Aus der Arbeit des Europäischen Verfassungsausschusses

Der unter dem Vorsitz des deutschen Abgeordneten Heinrich von *Brentano* stehende Verfassungsausschuß der ad hoc-Versammlung hat auf Grund der Arbeiten seiner vier Unterausschüsse in seiner dritten Sitzung vom 15. bis 20. Dezember 1952 sechs Entschließungen formuliert, die nunmehr der ad hoc-Versammlung als Vorentwurf für das Statut der Europäischen Politischen Gemeinschaft vorgelegt worden sind. Der Entwurf unterliegt ferner der Diskussion durch die Beratende Versammlung des Europarates und wird im Anschluß mit deren Stellungnahme erneut die ad hoc-Versammlung und den Verfassungsausschuß beschäftigen.

Die Entschließungen beruhen weitgehend auf den Ergebnissen der Unterausschüsse und machen vielfach von elastischen Möglichkeiten einer Uebergangsregelung Gebrauch. Sie bringen im wesentlichen folgende Vorschläge:

1. Die Gemeinschaft übernimmt die Zuständigkeiten der Teilgemeinschaften der Montanunion und der EVG, mit denen zusammen sie eine Rechtseinheit bildet. Das Parlament sowie der Rat der nationalen Minister der Gemeinschaft treten an die Stelle der entsprechenden Einrichtungen der beiden Sondergemeinschaften. Ihre Verwaltung bleibt für eine Uebergangszeit noch getrennt bestehen, jedoch unter Leitung und Kontrolle des zu bildenden Europäischen Exekutivrates (vgl. unten Ziff. 3). Die vollständige Verschmelzung der beiden Spezialgemeinschaften in der künftigen Politischen Gemeinschaft

soll während der Anpassungszeit verwirklicht werden. Danach erst übernimmt der Europäische Exekutivrat die Verwaltungsaufgaben der Montanunion und der EVG.

2. Die Gemeinschaft ist unauflösbar. Zu ihrem Aufgabengebiet gehört außer den bereits bekannten Primärkompetenzen, wie sie sich aus den Zuständigkeiten der beiden Zweckgemeinschaften ergeben (vgl. EA 1/1953, S. 5419), auch die Beratung der Mitgliedstaaten auf wirtschaftlichen Gebieten. Entscheidungsbefugnisse, insbesondere in Zoll-, Währungs- und Liberalisierungsfragen, hat man im Hinblick auf mögliche Ratifizierungsschwierigkeiten in das Statut nicht aufnehmen wollen. Bestimmungen hierüber, die im einzelnen schon näher umrissen werden, sollen den Gegenstand eines besonderen Protokolls bilden, das den Staaten gleichzeitig mit der Satzung zur Ratifizierung übermittelt wird. Im übrigen wird besonders erklärt, daß die im Statut ausdrücklich übertragenen und abgegrenzten Zuständigkeiten der Gemeinschaft im Zweifel eng auszulegen sind.

3. Das Parlament der Gemeinschaft besteht aus der Völkerkammer (Abgeordnetenhaus) und dem Senat. Zugunsten der kleinen Staaten hat man auf den Bevölkerungsschlüssel verzichtet und bei der Sitzverteilung der 1. Kammer für Frankreich, Italien und Deutschland je 63, für Belgien und Holland je 30 und für Luxemburg 12 Abgeordnete vorgesehen. In direkter Wahl gewählt, sollen die Abgeordneten Vertreter der Gesamtgemeinschaft sein. Auch die Mitglieder des Senats, von den nationalen Parlamenten als Vertreter ihrer Staaten gewählt, sollen nicht durch Weisungen ihrer Regierungen gebunden sein, sondern individuell abstimmen. Entsprechend der EVG-Sitzverteilung haben Deutschland, Frankreich und Italien je 21, Belgien und Holland je 10 und Luxemburg 4 Sitze. Die Frage des Wahlsystems ist offen. Für eine Uebergangszeit sollen die Sonderparlamente der Montanunion und der EVG zunächst noch bestehen bleiben. Für die Exekutive liegen mehrere Vorschläge vor. Nach dem Hauptvorschlag besteht sie aus dem Exekutivrat und dem Rat der nationalen Minister. Auf ein Staatsoberhaupt ist verzichtet. Der Ministerrat, gebildet aus den von den Staatsregierungen für die europäischen Angelegenheiten eingesetzten Ministern, ernennt einen Präsidenten, der sechs Mitglieder für den Exekutivrat innerhalb und außerhalb des Parlaments auswählt. Ferner sollen dem Exekutivrat die Präsidenten der Hohen Behörde der Montanunion und des Kommissariats der EVG angehören. Der parlamentarischen Verantwortlichkeit unterliegt der Exekutivrat solidarisch. Das mit einfacher Mehrheit gefaßte Mißtrauensvotum einer der beiden Kammern zwingt zum Rücktritt. Zu den Beschlüssen des Exekutivrates ist die Genehmigung des Ministerrates einzuholen.

4.—6. In der 4. Entschließung sind die Arten der Streitigkeiten im einzelnen aufgeführt, für die der Gerichtshof zuständig sein soll, ferner Bestimmungen über die Richterernennung. Die Beziehungen der Gemeinschaft zu dritten Staaten und internationalen Organisationen sind in der Entschließung 5 und das Verhältnis zum Europarat in Entschließung 6 geregelt.

Zur Förderung des europäischen Bewußtseins in der Oeffentlichkeit wird in einer besonderen Entschließung den Staaten vorgeschlagen, mit Inkrafttreten des Vertrages den Visumzwang untereinander aufzuheben und einheitliche Postwertzeichen herauszugeben.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik

Anläßlich des Jahreswechsels 1952/53 wurde von der Bundesregierung der deutschen Oeffentlichkeit ein Tätigkeitsbericht vorgelegt, in dem in einem Beitrag des Bundesministeriums für Wirtschaft ein Rückblick auf die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft im Jahre 1952 vermittelt wird. Zum gleichen Zeitpunkt erfuhr die deutsche Wirtschaftslage eine gemeinsame Beurteilung durch die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute in Bonn. Aus beiden Berichten ist zu entnehmen, daß die wirtschaftliche Expansion in der Bundesrepublik bis in die jüngste Zeit angehalten hat. Entgegen allen Befürchtungen ist es auch in der zweiten Jahreshälfte 1952 nicht zu einer Stagnation der wirtschaftlichen Aktivität gekommen. Die Zahl der Beschäftigten in der Bundesrepublik hat vor wenigen Wochen mit insgesamt 15,5 Millionen Arbeitnehmern einen neuen Höhepunkt erreicht. Der Bedarf an Arbeitskräften ist während der letzten zwölf Monate so stark gestiegen, daß nicht nur alle neu in das Erwerbsleben eintretenden Personen in den Wirtschaftsprozeß eingegliedert werden konnten, sondern daß darüber hinaus auch die Zahl der Arbeitslosen zurückging. Das Sozialprodukt ist während des Berichtszeitraums weiter gewachsen und dürfte nach Auffassung des Bundeswirtschaftsministeriums auch noch im kommenden Jahr ansteigen. Die weitere Eingliederung der Bundesrepublik in die internationale Arbeitsteilung hatte eine zusätzliche Erhöhung der wirtschaftlichen Produktivität und des Lebensstandards zur Folge. Die Preisentwicklung hat in den meisten Wirtschaftssparten keine nennenswerte Veränderung erfahren. Versorgungsschwierigkeiten der Wirtschaft auf den Gebieten Kohle und Stahl, die noch Anfang 1952 bestanden, konnten im wesentlichen beseitigt werden. Hierzu hat die Freigabe der Eisenpreise im August 1952 einen erheblichen Beitrag geleistet.

Die Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute weist jedoch darauf hin, daß sich die Konstellation der Kräfte, welche die gesamtwirtschaftliche Expansion im Gange halten, seit den Sommermonaten von Grund auf verändert hat: „Während in der ersten Jahreshälfte 1952 die Zunahme von Produktion und Beschäftigung hauptsächlich dadurch bedingt war, daß die Investitionstätigkeit wieder recht lebhaft in Gang kam (wozu die günstige Entwicklung der Bauwirtschaft nicht wenig beitrug) und auch der Export noch immer wuchs, so daß die Rückgänge in der Verbrauchswirtschaft mehr als ausgeglichen wurden, zeigen seit den Sommermonaten Investitionstätigkeit und Export eindeutig Anzeichen der Abschwächung; die Zunahme von Produktion und Beschäftigung wird daher in der Hauptsache von der Belebung der Verbrauchswirtschaft und der anhaltenden Aufwärtsbewegung in den Grundstoffindustrien getragen."

Zeittafel vom 16. bis 31. Dezember 1952

Die Ereignisse in Europa

Europäische Integration

18.—22. Sitzung der Ministerstellvertreter des Ministerkomitees des Europarates in Paris. Die Ministerstellvertreter nehmen von dem Stand der Arbeiten des Verfassungsausschusses der ad hoc-Versammlung Kenntnis und erörtern die Beziehungen zwischen dem Europarat und der geplanten politischen Gemeinschaft. Der Vorschlag zur Bildung einer europäischen Transportunion wird der OEEC zur Begutachtung zugeleitet.

20. Fertigstellung des Entwurfs einer Verfassung der Europäischen Politischen Gemeinschaft durch den Verfassungsausschuß der ad hoc-Versammlung (vgl. Kurzbericht auf S. 5455—56).

23. Sitzung des Ministerrates der Montanunion. Die Stellungnahme des Rates zu der Umlage der Montanunion wird der Hohen Behörde übermittelt: Der Rat empfiehlt, die Umlage so niedrig wie möglich zu halten.

30. In dem erstmals erscheinenden Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl verkündet die Hohe Behörde ihre Entscheidung über die Höhe der Umlage auf die Montanbetriebe der Mitgliedstaaten, die als erstes europäisches Gesetz unmittelbar für die Adressaten verbindlich ist. Die Umlage, die zur Deckung der Haushaltsausgaben der Montanunion und als Kreditplafond verwendet werden soll, beträgt 0,9 vH der steuerpflichtigen Werte der Kohle- und Stahlerzeugung aller Montanunternehmen der Mitgliedstaaten.

Nordatlantikpakt-Organisation

18. Beendigung der am 15. Dezember begonnenen Tagung des Atlantikrates in Paris (vgl. Kurzbericht auf S. 5455).

Bekanntgabe der Ablösung des bisherigen Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte in Nordeuropa, Admiral Sir Patrick *Brind* (Großbritannien), durch den britischen Generalleutnant Sir Robert *Mansergh.*

30. In einer Neujahrsbotschaft an den Obersten Alliierten Befehlshaber in Europa, General *Ridgway,* erklärt der gewählte Präsident der Vereinigten Staaten, Dwight D. *Eisenhower,* daß sich seine früher geäußerten Ansichten zur europäischen Einigung und Verteidigung nicht nur nicht geändert, sondern noch gefestigt hätten, zumal er jetzt die Schwächen aller Alternativlösungen genauer kenne.

Deutschland

16. Der Parteivorstand der CDU spricht sich in einer Entschließung für eine baldige Ratifizierung der deutsch-alliierten Vertragswerke aus.

Das Bundeskabinett verabschiedet eine Gesetzesvorlage über die Errichtung des Bundesversicherungsamtes. Dieses Amt soll als selbständige Behörde zur Durchführung von Aufgaben der Sozialversicherung dem Bundesarbeitsminister unterstehen.

17. In einem Rundfunkinterview betont Bundeskanzler *Adenauer,* er stehe nach wie vor zu den deutsch-alliierten Verträgen und zu seiner Europapolitik. Die Vertagung der dritten Lesung der Vertragswerke bedeute keinen politischen Kurswechsel. In einem am 22. Dezember veröffentlichten Interview mit der amerikanischen Zeitschrift *U. S. News and World Report* spricht der Bundeskanzler die Erwartung aus, daß die deutsch-alliierten Verträge bald ratifiziert werden. Hinsichtlich der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft lehnt er die Bildung von nationalen Armeen ab. Die Probleme der Wiedervereinigung Deutschlands und der deutschen Grenzen müßten endlich durch einen Vertrag der Westmächte und der Sowjetunion geregelt werden.

Sitzung der Volkskammer der DDR: Wahl von Heinrich *Homann* (NDPD) zum neuen Vizepräsidenten der Volkskammer an Stelle des mit militärischen Aufgaben betrauten bisherigen Vizepräsidenten, Vincenz *Müller* (NDPD). Verabschiedung des Gesetzes über den Volkswirtschaftsplan 1953. Das Gesetz sieht eine Steigerung der industriellen Produktion auf 112,8 Prozent gegenüber 1952 vor, wobei die Erweiterung der gesamten Rohstoffbasis angestrebt wird. Die landwirtschaftliche Produktion soll durch die Förderung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften verbessert werden. In ihrer Sitzung am 18. Dezember ruft die Volkskammer in einer Erklärung zur Verwirklichung der Beschlüsse der Berliner „Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage“ vom 8. bis 10. November auf.

Note der Bundesregierung an die Arabische Liga (vgl. Aegypten).

Tagung der Ministerpräsidenten der deutschen Bundesländer in Stuttgart: In einem Kommuniqué wird festgestellt, die nationale Selbständigkeit des deutschen Volkes könne nur dann gesichert werden, wenn die außenpolitischen Entscheidungen von einer breiten Mehrheit getragen würden. Die Ministerpräsidenten appellieren an alle demokratischen Kräfte, sich für die Sicherung der Grundlagen des demokratischen Staates einzusetzen. Am 18. Dezember erörtern sie in Bonn mit Bundeskanzler *Adenauer* die deutsch-alliierten Vertragswerke und die damit zusammenhängenden verfassungsrechtlichen Fragen.

18. Unterredung zwischen Bundeskanzler *Adenauer* und dem SPD-Vorsitzenden, Erich *Ollenhauer,* über innen- und außenpolitische Fragen.

Das Plenum des Bundesverfassungsgerichtes erörtert die von Bundesjustizminister *Dehler* und von Bundesrichter Willi *Geiger* geäußerte Kritik wegen des am 9. Dezember gefaßten Beschlusses zum Gutachten über die Ratifizierung der deutsch-alliierten Verträge. Am 19. Dezember stellt die Bundesregierung in einer Erklärung fest, sie habe niemals daran gedacht, die Rechte und die Würde des Bundesverfas-

sungsgerichtes anzutasten oder auch nur in Zweifel zu ziehen. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, *Höpker-Aschoff,* trifft am gleichen Tage in Bonn mit Bundespräsident *Heuss* zu einer Unterredung zusammen. Der in Bonn weilende Regierende Bürgermeister von Berlin, *Reuter,* übt Kritik an der Bundesregierung und fordert die Rückkehr zum Gutachten, um den Verfassungskonflikt zu beenden. Die Fraktion der SPD übermittelt dem Präsidium des Bundestages am gleichen Tage einen Mißbilligungsantrag gegen den Bundesjustizminister. Am 22. Dezember stellt das Bundesverfassungsgericht den Oppositionsparteien die Klage der Koalitionsparteien über die deutsch-alliierten Verträge zu. Beide Parteien werden gebeten, sich bis zum 24. Januar zu der Klage zu äußern.

Der Sicherheitsbeauftragte der Bundesregierung, Theodor *Blank,* fordert die ehemaligen Berufssoldaten auf, sich über ihre Einstellung zur Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages klarzuwerden und eine verantwortungsbewußte Entscheidung zu treffen.

19.—21. Dritte Tagung des Zentralrats der FDJ in Berlin: In einem Referat übt der stellvertretende Ministerpräsident der DDR, *Ulbricht,* Kritik an der ideologischen Arbeit der Führung der FDJ und fordert die Verbesserung der Aufklärungsarbeit.

20. Sieben Angeklagte werden in Erfurt zu Freiheitsstrafen von acht bis fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Sie sind beschuldigt, Spionage im Auftrage des amerikanischen Geheimdienstes und des Ostbüros der westdeutschen CDU getrieben zu haben.

Die am 22. November erfolgte Absetzung des Vorsitzenden der saarländischen Einheitsgewerkschaft und Vorsitzenden des Industrieverbandes Bergbau, Paul *Kutsch,* wird vom Landgericht Saarbrücken für ungültig erklärt. Kutsch wird damit in seine früheren Rechte wieder eingesetzt. Daraufhin gründen seine Gegner am 21. Dezember in Sulzbach eine zweite Industriegewerkschaft Bergbau, zu deren Vorsitzendem der Gewerkschaftssekretär und sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Hermann *Petri* gewählt wird.

22. Auf einer vom Ministerium für Verkehr der DDR einberufenen Konferenz werden Maßnahmen zur Beseitigung der Transportschwierigkeiten beraten.

23. Der bisherige saarländische Ministerpräsident, Johannes *Hoffmann,* wird vom Landtag mit 45 von 49 Stimmen wiedergewählt. Das neue Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident und Minister für öffentliche Arbeiten sowie für auswärtige und europäische Angelegenheiten: Johannes *Hoffmann* (CVP), Minister für Finanzen und Forsten und stellvertretender Ministerpräsident: Erwin *Müller* (CVP), Innenminister: Edgar *Hector* (CVP), Justizminister: Heinz *Braun* (SPS), Kultusminister: Franz *Singer* (CVP), Arbeitsminister: Richard *Kirn* (SPS), Wirtschaftsminister: Franz *Ruland* (CVP).

24. Jahresbericht der Bundesregierung (vgl. Kurzbericht auf S. 5456).

27. Das Bundespresseamt bestätigt den Eingang des Antwortschreibens des französischen Außenministers, *Schuman,* auf die am 17. Oktober übermittelten Vorschläge Bundeskanzler *Adenauers.*

30. Die Regierungskanzlei der DDR gibt die Auflösung des Amtes für Information zum 1. Januar 1953 bekannt. An seine Stelle tritt das Presseamt beim Ministerpräsidenten der Regierung der DDR.

Frankreich

23. Rücktritt der Regierung, nachdem die Volksrepublikanische Bewegung (MRP) bekanntgegeben hat, daß sie in der bevorstehenden Vertrauensabstimmung über die Familienzulagen die Regierung nicht unterstützen werde. Staatspräsident Vincent *Auriol* beauftragt zunächst den Führer der Sozialisten, Guy *Mollet,* und nach dessen Ablehnung den früheren Fraktionschef der Gaullisten, Jacques *Soustelle,* mit der Neubildung der Regierung. Soustelle gibt am 28. Dezember den Auftrag zurück. Nach vergeblichen Bemühungen des MRP-Abgeordneten Georges *Bidault,* die Regierung zu bilden, wird am 31. Dezember der Radikalsozialist René *Mayer* beauftragt.

Griechenland

17. Bekanntgabe des Programms der neuen Regierung durch Ministerpräsident Alexander *Papagos.* In der Regierungserklärung heißt es, Griechenland hoffe auf die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Türkei und Jugoslawien zur Verteidigung des östlichen Mittelmeerraumes. Ferner werde sich die Regierung um eine Vertiefung der Beziehungen Griechenlands zu Italien und um den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland bemühen. Die Kammer spricht der Regierung am 18. Dezember das Vertrauen aus.

Großbritannien

16. Debatte des Unterhauses über die Lage in Kenia. Ein Tadelsantrag der Opposition gegen die Verhängung von Kollektivstrafen zur Bekämpfung des Terrors der Mau-Mau-Sekte wird abgelehnt. Die Regierung hatte für den Fall der Annahme des Antrags ihren Rücktritt angekündigt.

Italien

22.—23. Besuch des türkischen Außenministers, Fuad *Köprülü,* in Rom. Besprechungen über Fragen der Verteidigung des östlichen Mittelmeeres und über die Ausdehnung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Jugoslawien

16. Rede Marschall *Titos* in Smederewka Palanka: Er bezeichnet die Ernennung des Erzbischofs von Agram, *Stepinac,* zum Kardinal als eine Beleidigung Jugoslawiens und kündigt an, daß die Regierung eine Wiederaufnahme der Amtstätigkeit Stepinacs nicht erlauben werde. Der Vatikan lasse sich als Werkzeug der imperialistischen Politik Italiens gebrauchen, das versuche, die Hilfe der westlichen Länder für Jugoslawien zu unterbinden. Am 17. Dezember werden die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan abgebrochen.

27. In der Budgetdebatte der Nationalversammlung kündigt die Regierung eine Verminderung der Verteidigungsausgaben um 20 Milliarden Dinar (10 vH) und die Verkürzung der Dienstzeit einiger Waffengattungen von drei auf zwei Jahre an.

Oesterreich

18. Rede von Außenminister *Gruber* vor dem Politischen Ausschuß der Vereinten Nationen (vgl. UN).

Auf dem am 12. Dezember eröffneten kommunistischen „Völkerkongreß für den Frieden" verliest Oberbürgermeister a. D. Wilhelm *Elfes* eine Erklärung der gesamtdeutschen Delegation. Die Delegation, die im Namen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes zu sprechen behauptet, fordert darin den gemeinsamen Kampf gegen den Generalvertrag und den EVG-Vertrag, die Einberufung einer Deutschlandkonferenz der vier Großmächte, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und die Errichtung einer demokratischen Ordnung, den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug aller Besatzungstruppen. Am 19. Dezember wird der Kongreß mit einem Appell an die Völker der Welt und einer Adresse an die fünf Großmächte abgeschlossen. In der Adresse werden die fünf Mächte aufgefordert, Verhandlungen zum Abschluß eines Friedenspaktes aufzunehmen.

Rumänien

28. Beendigung der am 15. Dezember begonnenen 7. Sitzung der Donaukommission in Galatz. Jugoslawische Anträge auf Aenderung der Statuten der Kommission wurden abgelehnt.

Sowjetunion

24. In einem von der *New York Times* veröffentlichten Interview gibt Generalissimus Josef *Stalin* seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß ein Krieg zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten nicht unvermeidlich sei. Auf die Frage des Korrespondenten nach der Möglichkeit einer persönlichen Zusammenkunft zwischen ihm und dem künftigen Präsidenten *Eisenhower* erklärt Stalin, daß er diesem Vorschlag positiv gegenüberstehe. Er betont ferner das Interesse der Sowjetunion an der Beendigung des Korea-Krieges.

Tschechoslowakei

16.—18. Parteikonferenz der Kommunistischen Partei. Im Hauptreferat richtet Staatspräsident Klement *Gottwald* scharfe Angriffe gegen die Ministerien und Verwaltungsstellen, die für die gegenwärtige Lebensmittelknappheit verantwortlich seien. Die neuen Statuten der Partei, die eine Angleichung an das neue Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beinhalten, werden angenommen. Bei der Neuwahl der Mitglieder des Zentralkomitees werden die Angehörigen und Mitarbeiter der Slansky-Gruppe aus dem ZK ausgeschlossen.

Vatikan

30. In einer Enzyklika „Orientales Ecclesias" verurteilt der Papst die Verfolgung der Kirchen in den östlichen Ländern. Er verweist auf die Einkerkerung von Priestern, auf die Behinderung der Religionsausübung und auf die Herabwürdigung alles Göttlichen in diesen Staaten und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das Martyrium der Gläubigen mit einem Siege über die Feinde des Christentums enden werde.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten

17. Der deutsche Botschafter überreicht Ministerpräsident Mohammed *Naguib* die Antwort der Bundesregierung auf die Protestnote der Arabischen Liga vom 13. November zum deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommen.

26. Konferenz der diplomatischen Vertreter von 13 arabischen und asiatischen Staaten in Kairo über das Tunesien- und Marokko-Problem. In einem Kommuniqué wird erklärt, daß die arabischen und asiatischen Staaten Frankreich zu einer baldigen Lösung des Problems im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen auffordern und daß sie eine künftige Zusammenarbeit mit Frankreich für unmöglich halten, falls der bisherige Zustand der Unruhe in Nordafrika andauere.

Tunesien

16. Der Bey, Sidi *Lamine*, lehnt die von der französischen Regierung verlangte Unterzeichnung der beiden ersten Dekrete des sieben Punkte umfassenden Reformplanes ab. In einer Botschaft an Staatspräsident *Auriol* fordert er die Einsetzung einer gemischten Kommission zur Revision des gesamten Reformplanes. Nach Erhalt einer ultimativen Note der französischen Regierung vom 18. Dezember werden die Dekrete schließlich am 20. Dezember vom Bey unterzeichnet. Sie beinhalten die Reform der Gemeinde- und Bezirksverwaltungen.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

16. Rede Präsident *Trumans* in Washington, in der er die künftige Regierung vor einer Kürzung der Rüstungsausgaben warnt.

26. Der designierte Außenminister der künftigen Regierung, John Foster *Dulles*, erklärt zu dem Interview *Stalins* mit der *New York Times* (vgl. Sowjetunion), die neue amerikanische Regierung werde konkrete Vorschläge Stalins mit Sympathie aufnehmen. Sie sei der Ansicht, daß die Diplomatie und die Vereinten Nationen über geeignete Verbindungen zum Austausch von Ansichten zur Förderung des Friedens verfügen.

28. Neujahrsbotschaft des Gewerkschaftsverbandes AFL, in der der künftigen Regierung echte Zusammenarbeit zugesichert wird. Dagegen kündigt die Bergarbeitergewerkschaft an, daß sie sich in geschlossener Front gegen die republikanische Regierung stellen werde.

ASIEN

Chinesische Volksrepublik

24. Rede Ministerpräsident *Tschu En-lais* vor dem Volksrat: Ankündigung einer neuen Verfassung und der Ausschreibung von Wahlen für das Jahr 1953. In einem Rückblick stellt Tschu fest, daß die Periode der wirtschaftlichen Rehabilitierung Chinas jetzt im wesentlichen beendet sei.

Israel

19. Rücktritt der Regierung nach dem Amtsantritt des neuen Staatspräsidenten, Isaac *Ben-Zevi*. Am 22. Dezember Neubildung der Regierung unter Erweiterung der Koalition auf die Allgemeinen Zionisten. Ministerpräsident David *Ben Gurion* und Außenminister Moshe *Sharett* behalten ihre Aemter.

Korea

17. Der nordkoreanische Außenminister, *Pak Hen Yen*, lehnt in einem Telegramm an den Präsidenten der UN-Vollversammlung den Friedensplan der UN für Korea ab, da er die Haltung der Vereinigten Staaten unterstütze und überdies ohne Hinzuziehung Nordkoreas beschlossen worden sei.

Organisation der Vereinten Nationen

Vollversammlung

Plenum

16.—21. Wichtige Resolutionen während des Berichtszeitraumes:

Abhaltung von Volksabstimmungen in den unselbständigen Gebieten und Beteiligung der Bevölkerung dieser Gebiete an der Verwaltung (16. 12., 35:14 Stimmen).

Auflegung einer Konvention über das Recht der Regierungen auf Berichtigung falscher oder irreführender Berichte (16. 12., 25:22).

Tunesische Frage (Inhalt vgl. Zeittafel in EA. 1/1953, Politische Ausschüsse) (17. 12., 44:3).

Marokkanische Frage (Inhalt vgl. Politische Ausschüsse) (19. 12., 45:3).

Frage des österreichischen Staatsvertrages (Inhalt vgl. Politische Ausschüsse) (20. 12., 48:0).

Aufnahme neuer Mitglieder (Inhalt vgl. Politische Ausschüsse) (21. 12., 48:5).

Empfehlungen der Aufnahme bestimmter Staaten (21. 12.): Japan (50:5), Jordanien (49:5), Libyen (51:5), Vietnam (40:5), Laos (36:5), Kambodscha (38:5).

Bekräftigung der Souveränität der Staaten über ihre Naturschätze (21. 12., 36:4).

Empfehlung an die Mitgliedstaaten, ihre Anbauflächen durch Bodenreformen zu erweitern (21. 12., 53:0).

18. Die vom Politischen Ausschuß empfohlene Resolution zur Beendigung des Palästina-Krieges (Inhalt vgl. Zeittafel in EA 1/1953, Politische Ausschüsse) erhält mit 24 gegen 21 Stimmen nicht die zu ihrer Annahme erforderliche Zweidrittelmehrheit.

22. Die Klage der Sowjetunion gegen die Vereinigten Staaten wegen unmenschlicher Behandlung von Kriegsgefangenen in Korea wird mit 45 gegen 5 Stimmen abgewiesen.
Die Tagung der Vollversammlung wird auf den 24. Februar 1953 vertagt.

Politische Ausschüsse

17. Billigung eines von lateinamerikanischen Staaten eingebrachten Resolutionsentwurfs zur Marokko-Frage, in dem die Hoffnung ausgedrückt wird, daß Frankreich und Marokko Verhandlungen über die Entwicklung freiheitlicher politischer Institutionen mit dem Ziele der Selbstverwaltung aufnehmen. Ein schärfer formulierter Antrag der arabisch-asiatischen Staatengruppe wird abgelehnt.

18. Beginn der Debatte über Oesterreich. Die Staaten des Sowjetblocks bleiben der Debatte aus Protest fern. Der österreichische Außenminister, Karl *Gruber*, der vor dem Ausschuß den Standpunkt der österreichischen Regierung darlegt, appelliert an die Vereinten Nationen, die latente Gefahr zu beseitigen, die die fortdauernde Besetzung Oesterreichs für Europa und die Welt darstelle. Am 19. Dezember wird ohne Gegenstimme ein Resolutionsentwurf gebilligt, in dem die vier Großmächte zu neuen Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag aufgefordert werden.

21. Beendigung der am 12. Dezember begonnenen Debatte über die Aufnahme neuer Mitglieder durch Billigung eines lateinamerikanischen Antrages auf Bildung einer Kommission zur Prüfung der vorliegenden Aufnahmegesuche. Ein polnischer Antrag auf en bloc-Aufnahme aller um die Aufnahme nachsuchenden Staaten wird abgelehnt.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Erika Feldmann, Frankfurt; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guiton, Paris; Dr. Walter Hofer, Berlin; Boris Meißner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dipl.-Ing. Alexander Sieger, München; Joachim Willmann, Frankfurt.

Karte: Ilse Haucke, Frankfurt

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Hauffstraße 5, Telefon 78 021

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Schillerstraße 19

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Einzelpreis jeder Folge DM 2,50. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalsschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Börse

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12

Ausgabe für die Schweiz: Prometheus Druck GmbH, Hirzbodenweg 80, Basel